DE KNIPSELKRANT



GUERRILLA STRIJD, SMERIS, IMPERIALISME, FASCISME, COUNTER INSURGENCY...

Resistance
DE KNIPSELKRANT
Documents and Analysis [from] the Illegal Front

****

ABONNEMENT-BEDINGUNGEN

De Knipselkrant kostet 180 Gulden im Jahr incl. Porto. Es erscheinen ca. 45 Nummern pro Jahr ingesammt ca. 1900 Seiten. Seit August 1978 erscheint De Knipselkrant wöchentlich. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch, holländisch und englisch. Die Themen: Bewaffneter Widerstand in West-Europa, Kampf der politischen Gefangenen, antiimperialistischer Widerstand, anti-AKW-Bewegung Antimilitarismus, Counterinsurgency, Geheimdienste, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Grundlage für die Herstellung der Zeitung sind ca.175 Zeitungen bzw. Zeitschriften, desweiteren anderes uns zugesandtes Material. Deshalb: Wir sind jederzeit sehr interessiert an Erklärungen, Texten und übersetzungen u.a. für die Zeitung. Schickt uns also Material!
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen, und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist, mit einer der letzten Nummern eine Aufforderung, wieder einzuzahlen.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung bzw. - überweisung auf unser Postscheckkonto. (Postscheckamt Arnheim)
Buchläden: Buchläden erhalten 30% Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Diesen Rabatt können wir nur gewähren, wenn mindestens 5 Exemplare bestellt werden.
De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland. Postscheckkonto 4246655.

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

Seit dem Frankfurter Treffen ist klar, daß sich Ziele der RAF nicht ändern

Die Justiz scheint gelegentlich blind / Von Helmut Herles

BONN, 17. Juli. Nach dem Münchener Doppelmord an dem Siemens-Forscher Beckurts und seinem Fahrer Groppler sowie der Selbstbezichtigung der RAF-Täter ist die Rolle jenes Treffens der Unterstützer des Terrorismus – „Internationaler Kongreß: Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa" – vom 31. Januar bis 4. Februar in einer Frankfurter Fachhochschule vielen klarer geworden. Nun fragt man erst recht, warum die Verwaltungsgerichtsbarkeit trotz der seinerzeit geäußerten Bedenken des Generalbundesanwaltes (er hatte auf die Flugblätter hingewiesen, auf denen mit den Emblemen terroristischer Organisationen wie RAF, Brigade Rosse und Action Directe geworben worden war) das Versammlungsverbot des Oberbürgermeisters Wallmann und die Rücknahme der Vermietung der Fachhochschule am Nibelungenplatz durch deren Kanzler und Rektor nicht bestehen ließ. Die Justiz erwies sich in diesem Fall als blind. Andererseits hatten damit die Behörden die Gelegenheit, trotz der „Einmauerung" der Teilnehmer durch die Organisatoren Erkenntnisse zu sammeln und Warnungen auszusprechen.

Ursprünglich hatte dieses Treffen schon am 31. Oktober in der Stadthalle von Bergen-Enkheim stattfinden sollen. Ein entsprechender Aufruf war am 14. Oktober 1985 in der „Tageszeitung" (taz) abgedruckt worden. Nachdem dieser erste Anlauf keinen Erfolg hatte, wurde zur Vorbereitung des von seinen Veranstaltern als „Sieg" gefeierten Kongresses ein Tagungsbüro in Frankfurt eingerichtet. An der Vorbereitung der Veranstaltung waren Angehörige des näheren RAF-Umfeldes aus Frankfurt und Stuttgart beteiligt. Das Büro versandte Teilnehmerkarten zum Preise von 20 Mark (inklusive Schlafplatz).

Konspiratives Verhalten der Organisatoren

Frankfurter Allgemeine Zeitung

In mehreren Städten der Bundesrepublik fanden Vorbereitungstreffen statt. Mit der Einladung wurde ein Programm übermittelt, das unter anderem vorsah: Veranstaltung zum Nahen Osten mit Genossen von dort; Veranstaltung zu Mittelamerika; Veranstaltung der „Angehörigen der Polit-Gefangenen aus der BRD und anderen westeuropäischen Ländern"; Veranstaltungen zu Portugal, Italien, Griechenland, Irland und Spanien; ferner „nationale und internationale Widerstandsbewegungen und Gruppen, also Hafenstraße, Wendland, Mutlangen, Anti-WAA-AKW, Brixton, Dänemark, Holland, Österreich."

Die Organisatoren verhielten sich konspirativ. Sie kontrollierten beim Einlaß mit eigenen Metalldetektoren, „beschlagnahmten" gegen Quittung verdächtige Gegenstände, ließen „Doppelstreifen" innerhalb und außerhalb des Veranstaltungsortes patroullieren, bewachten die Schlafplätze und das Gepäck, hatten Warnposten am Eingang und auf dem Dach mit Funkgeräten, hörten den Polizeifunk ab, hielten Wurfgeschosse auf dem Dach bereit, ebenso Feuerlöscher und Schläuche zum erwarteten Gemenge mit der Polizei. Für die Vermummten waren besondere Fluchtwege ausgedacht und gesichert worden. Viele Teilnehmer trugen Handschuhe. Die „Wachposten" auf dem Dach und am Eingang trugen schwarze Lederkleidung und hatten die Gesichter schwarz gefärbt. Es waren wahre Dunkelmänner.

Es wurden etwa 1000 Teilnehmer gezählt, die nicht immer in der Fachhochschule waren. Parallel wurden Verwandten- und Anwaltstreffen der RAF im Bürgertreff Westend und im Gallushaus veranstaltet. Nach Einschätzung der Behörden waren etwa ein Drittel der Anwesenden „Antiimperialisten", also Anhänger der RAF, zwei Drittel sogenannte „Autonome", also Teile des „militanten Widerstands", zum Beispiel auch Startbahngegner, Kernkraftgegner und Altmaoisten. Eine der Grundlagen des Treffens war die Schrift „Zusammen Kämpfen" (Januar 1986). Darin war die Rede von einer „Sommeroffensive". Der Doppelmord geschah jetzt im Sommer. Den Verlauf des „Kongresses" kann man aus Zeitungsberichten rekonstruieren sowie einem am 20. April in Wiesbaden erschienenen „Exclusivbericht" des Verlags „Das junge Wort". Als Veranstalter traten damals zur Eröffnung zwei Frauen auf, die nur ihre Vornamen nannten.

Wegen der zunehmenden „internationalen Verflechtung der Polizei und der Geheimdienstapparate" sei eine neue Strategie für den „antiimperialistischen Kampf zu entwickeln". Dabei wurde ausdrücklich ein gemeinsames „Aktionskonzept" von deutscher RAF und französischer Action Directe gelobt. Danach sprach ein Mitglied der portugiesischen-marxistisch-leninistischen Partei, der die lateinamerikanische Stadtguerrilla und die Tupamaros als Vorbild herausstellte. Die Diskussion ergab, daß „militärische Aktionen" gegen Einrichtungen des „Imperialismus" zu einer allgemeinen Verunsicherung der Militärs und Politiker beitragen könnten, diese aber schwer zu koordinieren seien. Am 1. Februar wurden die drei Arbeitsgruppen „Frontabschnitt im internationalen Klassenkrieg", „Formierung des imperialistischen Gesamtsystems" und „Abschnitt Westeuropa" eingerichtet. Daß es auch in dieser „Internationale" keineswegs brüderlich zugeht, äußerte sich in einem heftigen Streit von Flugblättern einer türkischen gegen eine kurdische Gruppe. Am Sonntag tagten außerdem Gruppen von Verwandten inhaftierter Terroristen, wurde über Aktionen in Palästina (mit Anti-Arafat-Sprüchen), Spanien und Italien geredet. Am Montag wurde von einem Teil der Teilnehmer Kritik an der internen Überwachung geübt und die Veranstalter angegriffen, da sie Beschlüsse ohne das Plenum faßten.

Am Dienstag kamen 60 „Startbahngegner", welche die Einlaßkontrollen ablehnten. Am frühen Abend erfuhren die Veranstalter telefonisch vom Anrükken größerer Polizeieinheiten; daraufhin wurden Papiere verbrannt oder in den Toiletten weggespült. In kleineren Gruppen verließen sie die Fachhochschule wieder. Eine Internationale des Terrorismus hatte sich mitten in Frankfurt getroffen.

Den juristischen Sieg über den Staat bejubelt

Aber sie waren sich nicht immer einig: Die „Autonomen" kritisierten nicht nur die interne Beherrschung des „Kongresses", sie lehnten auch die Ermordung des amerikanischen Soldaten Pimental ab. Damit seien Gemeinsamkeiten im Ansatz erstickt worden. Diese Teilnehmer sagten, daß die Veranstaltung eine „politische Niederlage" gewesen sei. Die Organisatoren aber schrieben in ihr „Kommuniqué": „Für uns ist der Anfang der internationalen Diskussion hier auf dem Kongreß ein Sieg." Alle jedoch stimmten überein, daß es ein Erfolg gewesen sei, die juristische Auseinandersetzung mit der Stadt und der Fachhochschule gewonnen und die Veranstaltung mit so vielen Teilnehmern überhaupt organisiert zu haben.

In der Wiesbadener Auswertung des Treffens heißt es etwas widerspruchsvoll: „Eine Veranstaltung dieser Größenordnung mit internationaler Beteiligung wirkt sich auf die eigene Anhängerschaft stimulierend und stabilisierend aus. Auf europäischer Ebene stärkte die RAF und mit ihr das engere RAF-Umfeld ihr Gewicht. Ihr eigentliches Ziel aber hat die RAF scheinbar (gemeint ist wohl anscheinend) verfehlt." „Die Distanz zu autonomen Gruppen ist zumindest nicht kleiner geworden." „Damit ist sie (die RAF) dem Ziel einer antiimperialistischen Front in der Bundesrepublik nicht näher gekommen. Auf internationaler Ebene konnte die Distanz zu den belgischen CCC nicht überbrückt werden."

Ob dies für die Wirklichkeit des Terrorismus von Bedeutung ist, ob die Saat der Gewalt nicht dennoch gedeiht, steht auf einem anderen Blatt. Das Frankfurter Treffen machte klar, daß sich die Ziele des RAF-Terrorismus nicht geändert haben. Besonders der „militärisch-industrielle Komplex" („MIK") bleibt im Visier der Terroristen.

Leider hat die in jenem Wiesbadener Dienst erschienene Einschätzung in einem Punkt Recht behalten: „Da selbst von ‚Autonomen', also nicht nur den ‚Antiimpis' der RAF die Morde an General Audran und MTU-Chef Zimmermann akzeptiert wurden, ist bei künftigen Anschlägen eine starke Gefährdung von Repräsentanten dieser Bereiche gegeben." Die Gefährdeten aber konnten schon im November 1985 in den „Roten Blättern", dem Studentenmagazin des DKP-kommunistischen Spartakus, ihre Namen lesen. Die Liste ist jetzt neulich veröffentlicht worden.

Der Letzte auf dieser Namensliste war das erste Opfer dieses neuen Schubs an krimineller Energie. Er stand dort so eingetragen: „Professor Dr. Beckurts, Karl-Heinz, Siemens AG München." Vom DKP-Spartakus war auch er zuvor so abgestempelt worden: „Unsere SDI-Mafia." Auch dies gehört in die Debatte über Täter, Helfer und Wegweiser.

Die Bombe von Straßlach

DIE ZEIT – Nr. 30 – 18. Juli 1986

Mord als Hauptzweck

Erste Analysen nach dem Anschlag auf Karl Heinz Beckurts / Von Dietrich Strothmann

Zur Bombe gehörte die bombastische Erklärung: In der Nähe des Tatorts in Straßlach bei München, wo ein Kommando der RAF den Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts und dessen Fahrer Eckhard Groppler durch eine Bombe getötet hatte, fanden Fahnder ein sieben Seiten langes Schriftstück, unter dem Titel: „Die aktuellen strategischen Projekte der politischen, ökonomischen und militärischen Formierung des imperialistischen Systems in Westeuropa angreifen".

Die Länge des Papiers deutet nach erster Durchsicht der Sicherheitsexperten darauf hin, daß die „Rote Armee Fraktion" unter einem sonst nicht bekannten Rechtfertigungsdruck und Begründungszwang steht. Früher sprach die Tat für sich selbst, genügte ihr in der Regel der Anschlag – ohne große, unverständliche, langatmige Worte. Den Inhalt des jetzt gefundenen Schriftstücks, der sich weniger mit dem Opfer, dem Forscher Beckurts, hauptsächlich mit dem „kapitalistisch-imperialistischen System" befaßt, stufte ein Verfassungsschützer als den schwerverständlichen „Besinnungsaufsatz eines Abiturienten über Politik" ein. Dort stehen solche Bandwurmsätze:

„Die Situation ist, daß das internationale Kapital unter Führung der USA aus seinem Versuch der strategischen Rekonstruktion imperialistischer Macht auf allen Ebenen heute mit einer Entwicklung konfrontiert ist, in der seine Unfähigkeit zur Stabilisierung der politischen und ökonomischen Lage in allen Regionen der Welt evident ist."

Beschrieben wird, Seite um Seite, in einem pseudopolitischen, ideologisch-verqueren Jargon eine Welt, wie sie abstruser nicht vorstellbar ist – eine Welt, die angeblich wegen SDI, Wackersdorf, Streikrecht und Arbeitslosigkeit kurz vor dem Zusammenbruch steht, also reif für die Revolution ist. Darum der „bewaffnete Kampf" der RAF gegen das verhaßte, als bankrott vermutete System, darum der Mord an dem Siemens-Forscher Beckurts. Die Täter hielten vielleicht auch deshalb eine so langatmige Erklärung für nötig, weil er nicht in der vordersten Reihe der Prominenz stand.

Terrorismus-Sachbearbeiter geben noch einen anderen Grund für den ungewöhnlichen Umfang des Mordbekenntnisses an: Nach der „Hinrichtung" Ernst Zimmermanns, des Vorsitzenden der Münchner Motoren- und Turbinen-Union, durch

ein RAF-Killerkommando im Februar 1985 und der Ermordung des zwanzigjährigen US-Soldaten Edward Pimental bei Wiesbaden im August des letzten Jahres, war unter den Sympathisanten der „Roten Armee" ein heftiger Streit über den Sinn solcher Aktionen entbrannt. Schon damals waren die Täter gezwungen gewesen, sich in umfangreichen Stellungnahmen zu rechtfertigen. Vorgehalten wurde ihnen auch von ausländischen Gesinnungsfreunden, so aus dem Kreis der französischen „Action Directe", daß sie nur noch in „militärischen Kategorien" argumentierten und nicht mehr mit marxistisch-leninistischer Terminologie. Das haben sie diesmal umständlich nachgeholt und ihr Soll mehr als erfüllt. Was durch die spektakuläre Tat allein, den brutalen Mord, nicht verstanden wird, soll durch den verworrenen ideologischen Überbau begreiflich werden.

Nach der ersten Aufregung und Empörung unter Politikern, den voreiligen, vorschnellen Erklärungsversuchen von Strafverfolgern und Ministerialbeamten geben inzwischen die nüchternen Analysen und besonnenen Empfehlungen der Sicherheitsexperten den Ton an.

Sie haben herausgefunden, daß der in Straßlach verwendete Sprengstoff selbstfabriziert war (aus „hergebrachten Bordmitteln") und nicht aus ausländischen Beständen stammte. So ist nach Ansicht von Verfassungsschützern der damals von der belgischen CCC-Gruppe über die „Action Directe" an die RAF gelieferte Sprengstoff bei dem mißglückten Anschlag gegen die Nato-Schule in Oberammergau vom Dezember 1984 „verbraucht" worden. Ein Versuch, den in einem baden-württembergischen Kieswerk gelagerten Sprengsatz (875 Kilogramm) zu stehlen, scheiterte im Juli des letzten Jahres.

Aus der Tatsache versiegter „Fremdquellen" und aus dem Begründungstext des Mordkommandos schließen die Fachleute, daß die RAF noch immer weit davon entfernt ist, mit ausländischen „Schwesterorganisationen" so etwas wie eine „westeuropäische Guerilla" zu bilden. Abgesehen von ideologischen Differenzen (etwa mit den inzwischen aufgeriebenen „Roten Brigaden" aus Italien oder den aufgelösten „Kämpfenden kommunistischen Zellen – CCC" in Belgien), scheuen sie aus konspirativen Gründen vor allzu enger Kooperation zurück, gar vor einem Zusammenschluß. Dagegen spricht vor allem auch der elitäre Charakter der RAF.

Sie empfindet sich selbst als „Speerspitze" und geht daher im Inland – auch aus Angst vor Verrat, wie im Fall der „Roten Brigaden" – auf gehörige Distanz zu anderen Gruppen des Linksextremismus, wie Autonomen und Militanten. Nützliche Helfer mögen sie wohl sein, Unterstützer im weitesten Sinn – aber eine organisatorische Einheit verbietet sich für die „rote Untergrundarmee" schon aus Überlebensgründen von selbst.

Im Höchstfall, und das auch nur in Einzelfällen und nach langer Beobachtungszeit, rekrutiert das „Kommando" (immer noch zwanzig Mitglieder) oder der „legale Arm" (nach wie vor 200 Angehörige) der RAF aus diesem Sympathisanten-Umfeld ihre neuen „Soldaten". Für die Verfassungsschützer hat die Behauptung der 1982 verhafteten Brigitte Mohnhaupt noch heute Gültigkeit: „Guerilla ist 'ne Hydra, das heißt, sie kriegt immer neue Köpfe." Es wäre dann, nach den Anfängen mit Baader, Ensslin und Meinhof, bereits die fünfte Terroristengeneration.

Ihre unmittelbaren Vorgänger, die jetzt aus dem Untergrund gelegentlich auftauchenden Mörder der RAF – dies ist die dritte, vorläufige Erkenntnis der Staatsschützer – sind brutaler als je zuvor. „Der Menschenmord ist der Hauptzweck", resümiert ein hoher Verfassungschutzbeamter.

Die gesteigerte Brutalität hat mehrere Gründe: die zunehmende Isolierung der Terrorgruppen, der Niveauverlust in ihrer politisch-ideologischen Auseinandersetzung sowie die zunehmende Erkenntnis, daß dieses „System" Bundesrepublik trotz Brokdorf, Wackersdorf und des „Hamburger Kessels", trotz SDI und Eureka – dem „militärisch-industriellen Komplex" – nicht in der erhofften Agonie liegt, aus der es sich zu retten versucht – Sternstunde der RAF; daß eben keine revolutionäre Situation besteht – Dilemma der RAF. Und nach dem Mord von Straßlach ist auch dies deutlich geworden: Die Täter erkennen selbst die Schwierigkeit, ihre Tat den „Massen" zu vermitteln – siehe das langatmige Bekennerschreiben.

So bleibt es bei abstrakten Parolen wie dieser aus dem Begründungspapier zum Attentat auf den Manager Beckurts: Zur „Umwälzung der täglichen Realität in der westeuropäischen Metropole" gebe es „nur eine Strategie – die des revolutionären bewaffneten Kampfs und des Aufbaus der politisch-militärischen Front in Westeuropa". So bleibt es wohl auch bei den sinnlosen, kaltblütigen Morden der „Rote Armee Fraktion".

Die neue RAF

Quick 17-7-1986

Nur noch blindwütige Killer

Wenige Tage vor dem Attentat auf Karl Heinz Beckurts sprach QUICK mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Dr. Heinrich Boge, 57, über die neue RAF und ihre Angriffsziele

QUICK: Wie strukturiert sich die neue RAF?

Boge: Also, in der Struktur würde ich keine wesentlichen Unterschiede zur alten RAF machen. Sichtbar wird nur diese wahllose Brutalität, die wir früher in dieser Form kaum erlebt haben. Die RAF entfernt sich damit immer weiter von ideologischen Konzeptionen, die entwickelt worden waren, von den Programmen der Meinhof, der Ensslin. Mordanschläge wie gegen den US-Soldaten Pimental oder das Zünden einer Autobombe, wie auf der US-Air-Base, ohne zu wissen, wen's trifft: Dieses Blindwütige, was da zum Ausdruck kommt, das sind Dinge, da werden sie immer mehr zu brutalen Killertypen.

QUICK: Wo rekrutiert eigentlich die RAF ihren Nachwuchs? Unter den autonomen Gruppen, die bei Wackersdorf und Brokdorf Steine und Molotow-Cocktails werfen?

Boge: Daß man sagt, dieses Gewaltpotential ist Rekrutierungsreservoir der RAF, ist nicht zu belegen. Die RAF rekrutiert immer noch „traditionell" über ihre eigenen militanten Anhänger. Es gibt jedoch immer wieder einzelne aus solchen Kreisen von Gewalttätern, die versuchen, sich an das regionale RAF-Umfeld heranzubringen.

QUICK: Gibt es eine Achse zwischen RAF und der französischen Action directe, Belgiens CCC und Italiens Roten Brigaden?

Boge: Im ideologischen, im logistischen Bereich, in der Propaganda erkennen wir Übereinstimmungen. Von der Untergrundzeitschrift der RAF „Zusammen kämpfen" gibt es eine ganze Ausgabe, die sich ausschließlich mit dem italienischen Terrorismus der Gruppe „Brigate Rosse" beschäftigt. Ebenso gibt es gemein-

same Erklärungen mit der Action directe. Offensichtlich ist das ein Versuch, internationale Verbindungen aufzubauen und darzustellen.

QUICK: Wer ist heute der Kopf der neuen RAF? Läßt sich da eine bestimmte Person ausmachen?

Boge: Der eine oder andere geistert als angeblicher Kopf in den Medien herum. Als Akteure haben wir eine ganze Reihe feststellen können. Aber wir können nicht sagen, daß eine Führungsperson erkennbar wäre.

QUICK: Wie stark ist der Kern der neuen RAF?

Boge: Die RAF ist personell mit einer Zahl von etwa 25 immerhin genauso stark wie in Zeiten ihrer anderen aktiven Phasen.

QUICK: Offensichtlich ist die RAF aber auch noch genauso schlagkräftig und gefährlich wie in früheren Phasen.

Boge: Das können wir auf keinen Fall ausschließen.

QUICK: Bedeutet das, daß es auch keine neuen Strategien bei der RAF gibt?

Boge: Die alten anti-imperialistischen Strategien werden immer wieder auf neue Themen bezogen, aktualisiert.

QUICK: Wie können sich denn gefährdete Personen wirksam schützen?

Boge: Als Polizei erwarten wir von ihnen zum Beispiel auch, daß sie ein entsprechendes Gefahrenbewußtsein entwickeln. Das ist zum Teil unterentwickelt oder baut sich im Laufe der Zeit immer wieder sehr schnell ab. Jeder einzelne sollte sich immer wieder vor Augen führen, wie leicht ausspähbar er ist.

QUICK: Wann kommt der nächste Schlag und gegen wen? Wieder gegen die Industrie? Oder den Bereich Politik? Militär? Deutsche oder Amerikaner?

Boge: Diese Frage kann ich nicht so beantworten. Sicher: Im Vordergrund der Ziele der RAF stehen – wie eh und je – der sogenannte amerikanische Imperialismus, die Nato... aber ebenso der politisch-militärisch-industrielle Komplex. Und weiteres Ziel ist der Repressionsapparat, wie sie das nennen. Die Justiz und die Polizei.

QUICK: Und wie steht's um den internationalen Erkenntnisaustausch der Polizei?

Boge: Hier kann man mit Genugtuung feststellen, daß die deutschen Bemühungen – auch aus dem BKA heraus – zu beachtlichen Erfolgen geführt haben. Ich kann heute feststellen, daß nach einem besonderen Ereignis innerhalb von wenigen Stunden oder Tagen die Möglichkeit besteht, internationale Fachleute an einen Tisch zu bringen, also diejenigen, die die Ermittlungen vor Ort zu führen haben. Das Wir-Gefühl ist unter den Polizeien viel ausgeprägter als noch vor eineinhalb Jahren. Alle haben gemerkt, daß Terrorismus nicht mehr isoliert bekämpft werden kann. *Interview: Heiner Emde/ Paul Limbach*

SDZ 20-7-1986

Attentäter von Straßlach identifiziert

München (Reuter) – Als einer der Mörder des Siemens-Managers Karl Heinz Beckurts und seines Fahrers Eckhard Groppler kommt nach Auffassung der Fahnder der schon seit einiger Zeit als mutmaßlicher Terrorist gesuchte Horst Meyer in Frage. Ein Sprecher der Bundesanwaltschaft sagte auf Anfrage, daß mehrere Zeugen Meyer in der Nähe des gesuchten weißen VW-Kastenwagens am frühen Mittwochmorgen vor der Explosion der Bombe in der Nähe von Straßlach erkannt hätten. Der Haftbefehl gegen Meyer sei deshalb auf Verdacht der Mittäterschaft bei diesem Anschlag erweitert worden. Erstmals richtet sich die Fahndung damit gegen einen bestimmten möglichen Täter.

Die Beobachtungen der Zeugen seien in einem Zeitraum ab 3 Uhr nachts am Tattag des 9. Juli gemacht worden. Eine Person, die die Zeugen als Meyer identifiziert hätten, sei in unmittelbarer Nähe des Tatortes und neben dem VW-Kastenwagen in dem Weg gesehen worden, aus dem der Wagen nach der Explosion mit hoher Geschwindigkeit Richtung München gefahren sei. Es bestehe deshalb der dringende Verdacht, daß es sich bei der Person, die den Sprengsatz aus dem Kastenwagen lud und zum Tatort brachte, um Meyer handele, sagte der Sprecher.

Nach den Zeugenaussagen könnte der Handwagen, auf dem die in einer Torftüte verpackten Gasflaschen mit insgesamt etwa 50 Kilogramm Sprengstoff lagen, zwischen 5.30 und 5.45 Uhr an die Stelle der späteren Detonation gebracht worden sein, sagte der Sprecher des Generalbundesanwalts. Der weiße VW-Kastenwagen älterer Bauart, nach dem weiterhin gesucht werde, sei schon ab drei Uhr im Raum Straßlach gesehen worden. Ein Sprecher der Sonderkommission des Bundeskriminalamtes in Straßlach sagte, der Hinweis auf Meyer sei der aktiven Mitarbeit der Bevölkerung zu verdanken. Mittlerweile seien seit der Tat fast tausend Einzelinformationen eingegangen.

Nach Auskunft der Bundesanwaltschaft gehört Meyer zu dem Kreis von insgesamt zwölf mutmaßlichen Mitgliedern der Rote Armee Fraktion (RAF), die in den Untergrund gingen, nachdem die gesuchte Manuela Happe im Sommer 1984 nach einer Schießerei festgenommen worden war. Meyer, der am 18. Februar 1956 in Schwenningen geboren wurde und von Beruf Starkstromelektriker ist, steht im Verdacht, an einem Sprengstoffanschlag in Oberammergau und an einem versuchten Sprengstoffdiebstahl beteiligt gewesen zu sein.

„Es gibt keine Fingerabdrücke"

ker. Karlsruhe (Eigener Bericht)

Mehr als eine Woche nach dem Straßlacher Bombenattentat der Roten Armee Fraktion (RAF) auf den Siemens-Manager Karl Heinz Beckurts und seinen Fahrer Eckhard Groppler beklagt Generalbundesanwalt Kurt Rebmann vor allem das Fehlen von Sachbeweisen. „Es gibt keine Fingerabdrücke", sagte er am Freitag in einem Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung" in Karlsruhe. Dies störe ihn mehr als die Tatsache, daß erst sechs Tage nach dem Anschlag das vermutlich zur Tat benutzte Auto im nächstgelegenen S-Bahnhof, der fünf Kilometer von Straßlach entfernten Haltestelle Deisenhofen, gefunden worden sei.

Rebmann äußerte sich auch zu der Frage, warum der jüngste Anschlag wiederum in der südlichen Region von München verübt wurde, nachdem am 1. Februar 1985 in Gauting bei München der Vorsitzende der Geschäftsführung der Maschinen- und Turbinen-Union (MTU), Ernst Zimmermann, von Terroristen ermordet worden ist. Der Generalbundesanwalt sieht darin keinen Hinweis auf eine gezielte Aktivität der RAF in diesem Raum.

Nach den Worten Rebmanns sind in beiden Fällen die Bedingungen aus Sicht der Terroristen „günstig" gewesen. So hätten die Täter bei Beckurts, einer der „Zielfiguren" der RAF, wohl gewußt, daß dieser nicht in einem gepanzerten Auto fuhr. Nach der Besichtigung des Tatorts in Straß-

LUTZ TAUFER/CELLE

was du auf der ersten seite deines briefes sagst,hat mich sehr stark angesprochen,weil es sich gleich vermittelt,dass du mit mut von dir ausgehst und ich das spüre,dass du dich entschlossen hast, die sache anders anzupacken,als du es bisher gemacht hast,weil du verstanden hast,dass es so einfach nicht geht.vertrauen in die eigenen fähigkeiten,die erfahrung,dass doch etwas möglich ist,was du bisher nicht gesehen hast,für möglich gehalten hast,die erfahrung der eigenen und kollektiven möglichkeiten und stärken,worin das gefühl der ohnmacht oder des nicht wissens,was tun,das du zu zeiten der fb gehabt hast,wie du sagst,verblasst,einen ganz anderen,sagen wir mal,handhabbaren stellenwert bekommt.was vorher abstrakt schwierig war,ist jetzt konkret schwierig.ich finde es auch deshalb gut und produktiv,darüber zu reden,weil es mit dem zusammenkommt,was wir auch im kopf haben:aufarbeitung und weiterentwicklung der gemachten erfahrungen,und da kannst du und tust das sicher auch,deinen ausbruch aus dem eingesperrtsein über die eigenen illusionen über dich selbst,verallgemeinern.
von der eigenen erfahrung ausgehend begreifen,dass es keine individuelle ist,sondern die situation von jedem hier,und wie das wirklich ist,was man als wörter jahrelang im kopf mit sich herumgetragen hatte:vereinzelung,konkurrenz,besitzdenken,was weiss ich.und so ist es die vorraussetzung,um die sperren und fussangeln untereinander zu beseitigen,die unterschiedlichen fähigkeiten,kenntnisse,bedürfnisse im kollektiven kampf zu integrieren. die erfahrung von stärke,die gewissheit,dass du allein kämpfen kannst,ist die basis,auf der der kollektive kampf auf neuer stufe möglich wird,seinen erweiterten sinn bekommt.

was du falsch findest:die objektive notwendigkeit bestimmen-wo du sagst:nicht anspruch,sondern subjektive notwendigkeit,da hab ich den eindruck,dass wir schon dasselbe meinen.ich würd's nicht als widerspruch zwischen subjektiver/objektiver notwendigkeit bezeichnen,sondern als widerspruch zwischen blinder muss-notwendigkeit und <u>begriffener notwendigkeit</u> . aus dem entfremdeten anspruchsdenken befreien wir uns ja nicht,wollten wir uns,mal überspitzt gesagt,überhaupt keine ziele setzen.konsequent zu ende gedacht wäre das ja nur die fortsetzung der unfähigkeit,selbstbestimmt zu handeln und zu denken,mit anderen mitteln.worauf du aus bist läuft ja aber gerade in die entgegengesetzte richtung.-wir müssen da auch unterscheiden zwischen dem anspruch als eine art autoritärem impetus,der mechanismus,über den die autoritäre leistungsgesellschaft funktioniert-wollten wir auf dieser basis was anfangen,wäre der kampf verloren,bevor wir ihn begonnen hätten. darin wäre kein revolutionäres gesellschaftliches ziel,sondern nur die stumpfe und brutale wiederholung dessen,was wir aufheben wollen.man kann das kleinbürgerliche individuum mit allen seinen in sich gebrochenen gedanken,handlungen und entscheidungen nicht zerstören,ohne sich zum kollektiven menschen zu entwickeln.das ist manchmal auch brutal,bloss ist hier der anfang brutal und dort das ende.dann würde ich sagen:nicht alles,was abstrakt ist, ist anspruch.jeder anfang ist abstrakt,der weg,der zum ziel führt ,ist unbekannt,das terrain kennt noch keiner und selbst das ziel ist noch reichlich verschwommen.das verunsichert manchmal.ein reflex darauf ist die ideologisierung der politik.eine klare und einfache"theorie"verschafft einem über die illusion der sicherheit das gefühl,schon das richtige zu tun.das hat sich oft als sehr verhängnisvoll erwiesen.vom abstrakten zum konkreten zu kommen,klar,das ist ein kampf gegen die eigenen ängste,die unbegriffene eigene geschichte bis hin zu ideologischen vorurteilen.ich denke, das hast du grade in die hand genommen.schliesslich denke ich:wir müssen bei der entwicklung von einzelnen wie von bewegungen zwischen innerer ursache und äusseren anstössen unterscheiden.als jugendlicher hatte ich eine verschwommene pazifistische-antinazistische einstellung.so ein pazifismus dürfte bei jugendlichen in diesem mörderischen imperialistischen jahrhundert eine schon fast natürliche reaktion sein.abstrakt war das richtige sozusagen schon da,bloss hatte ich keinen schimmer davon.das ist natürlich auch mal irgendwie irgendwann von aussen in mich reingekommen, durch äussere anstösse und ereignisse,durch ihre mehr oder weniger klare verarbeitung,ist mir das,was ich wollte,über alle möglichen und unmöglichen umwege,vom äusseren anstoss zur inneren ursache,bedürfnis,überzeugung geworden.dann,ohne das geht's natürlich nicht,die gruppen,die politisierung der gesellschaft nach 66,die bewegungen,guerilla.und nicht zu vergessen:der knast.es kommt also nicht nur auf die unmittelbaren resultate an,sondern nochmehr auf die bewegung.der begriff politische identität fasst die sache wohl besser:die einheit von kollektiv-politischem denken,fühlen,handeln.-"nicht individuell"-ich denke,ich weiss,was du da siehst,und die überwindung der vereinzelung und ihrer mechanismen ist auch ein ganz zentraler punkt.vor allem in den me-

tropolen,wo nicht nur der kapitalismus höchstentwickelt ist,sondern auch die von ihm produzierte entfremdung.wir können allerdings auf die seit 150 jahren laufende verhinderung des individuums durch das kapital,seiner fähigkeit,als innerlich und äusserlich freier mensch zusammen mit anderen sein leben und seine gesellschaft nach seinen bedürfnissen und plänen zu organisieren, nicht mit einer unbewussten reproduktion bürgerlicher einheitsvorstellungen reagieren.in der geschichte der proletarischen klassenkämpfe hat das zu schweren niederlagen beigetragen.

"im verlauf dieses prozesses,wo es den sozialismus lediglich der möglichkeit nach gab,war ein grundlegender faktor der mensch.auf ihn,auf das einzelwesen mit name und vorname,vertraute man,von seiner befähigung zur aktion hing der erfolg oder misserfolg des unternommenen kampfes ab"-so che über den kubanischen befreiungskrieg-und marx ganz ähnlich:
"die voraussetzungen,mit denen wir beginnen,sind keine willkürlichen,keine dogmen,es sind wirkliche voraussetzungen,von denen man nur in der einbildung abstrahieren kann.es sind die wirklichen individuen,ihre aktion und ihre materiellen lebensbedingungen,sowohl die vorgefundenen wie die durch die aktion erzeugten."

damit kannt du sicher was anfangen.
marx predigt hier keinen individualismus,er sagt:um den kampf richtig bestimmen zu können,um erfolgreich kämpfen zu können-und das heisst auch für kollektivität,für die "durch die aktion erzeugten lebensbedingungen"überhaupt-muss man vom real existierenden,vom"wirklichen individuum"ausgehen-ohne jegliche illusion, "einbildung und dogmen".er kritisiert hier also idealismus und ideologie,hinter der die lebendige wirklichkeit der menschen verschwindet und so die möglichkeit,sie w i r k l i c h zu verändern,den kampf w i r k s a m führen zu können.er sagt:das ideologisierte,das der wirklichkeit entfremdete bewusstsein liegt quer zum erfolg des kampfes.

wenn wir in den metropolengesellschaften zu einer produktiven wechselwirkung zwischen einzelnem und gruppe,gruppe und bewegung bewegung und gesellschaft kommen wollen,werden wir vom endpunkt einer 160 jahre lang akkumulierten entfremdung des individuums von sich selbst ausgehen müssen und auch von seinen"dogmen und einbildungen".entfremdung gibt es auch in den ländern der 3.welt aber hier hat sie eine spezifische totalität angenommen,und so ist es eine spezifische kampfbedingung in den metropolen.im kleinbürgerlichen individualismus ist jede individualität zerstört.er ist in allem das gegenteil von konsequentem,selbständigem und selbstbewusstem handeln und denken.er ist ein zustand,wie er entsteht,wenn 160 jahre lang einer generation nach der anderen in der materiellen,der produktion für ihre existenz also,die individuellen selbstbestimmten fähigkeiten,die "talente",der eigene wille abgeschliffen werden.wenn die prinzipien aus der organisation des materiellen lebens-arbeitsteilung nach den gesetzen der warenproduktion;warentausch-im lauf der 160 jahre zu strukturprinzipien des politischen und sozialen lebens geworden sind,die entfremdung auf erweiterter stufe somit zementiert ist,wenn schliesslich in den beziehungen der menschen untereinander an die stelle der individualität ein einheitliches warentauschverhältnis und -verhalten tritt,ist ein zustand einer allgemeinen gesellschaftlichen passivität und stagnation entstanden(eine variante davon ist der aktionismus).

bekanntlich bilden sich erkenntnisse aus widersprüchen in der wahrnehmung.unter der herrschenden entfremdung wird zwar gelitten ,aber wegen ihrer totalität,in der es keine andersartige erfahrung,erinnerung gibt,wird sie als normalität hingenommen.mehr denn je müsste es zentrales moment einer authentischen,also einer "wirklichen" metropolenstrategie sein,diesen unterschied zwischen dem alten und dem neuen in der praxis als real existierende möglichkeit zu zeigen.das können wir nur-so deine erfahrung jetzt-wenn wir die "einzelwesen mit name und vorname" das auch s i n d, dieses andere.

die herrschenden kennen die unterschiedliche wirkung von stärke und ohnmacht,von schwächen und "starken möglichkeiten",wie du sagst,von gruppen,die auf dem weg zur befreiung sind und solchen, die sich in ihrer eigenen entfremdung verheddern,sehr genau.wo sich kollektive beziehungen und strukturen in die gesellschaft vermitteln,setzen sie alles dran,dieses bild zu zerstören.das ist eines der hauptprojekte der psychologischen kriegsführung.-hinter prävention und vergeltung steckt nichts anderes,als den unterdrückten die normalität der ohnmacht als unausweichlich und ewig vorzumachen.-in der analyse imperialistischer strategien vermittelt sich dieser radikale bruch mit den herrschenden verhältnisse nicht.bruch ist weniger zerstörung als freisetzung.die strategien sind für uns die äusseren kampfbedingungen,aber nicht die innere ursache des kampfes.in ihrer analyse steckt kein überzeugender

vorschlag an die übrigen,nicht-bürgerlichen teile der gesellschaft und sie sind auch keine basis für eine interaktion,die was in bewegung setzt.

trotz aller verinnerlichten entfremdung,der akzeptanz ihrer "normalität" haben die menschen ihr bedürfnis,ihre hoffnung nach sinnvoller lebenstätigkeit,selbstverwirklichung,nach befreitem organisiertem leben nie aufgegeben.das kleinbürgerliche bewusstsein ist die widersprüchliche einheit der revolutionären wie der reaktionären möglichkeit.

damit ich mich dir verständlich machen kann,welche bedeutung das für uns hier hat,muss ich was zur geschichte der proletarischen klassenkämpfe sagen,deinem satz gemäss:"das neue gegen das alte" (mit dem ich nicht so ganz einverstanden bin,aber unter einem aspekt stimmt er natürlich).

der machtinstinkt der nazis erfasste diesen widerspruch des kleinbürgerlichen bewusstseins besser als das doktrinär vernagelte denken der kpd-führung.das war eine ihrer stärken und eine elementare schwäche der organisierten arbeiterklasse.der faschismus war nicht eine für jeden sofort erkennbare reaktionäre bewegung-er war eine mischung aus rebellischen emotionen und reaktionären sozialen und politischen zielen.die faschistische mentalität war die mentalität des kleinen,unterdrückten,autoritätssüchtigen und gleichzeitig rebellischen "kleinen mannes".am anfang jedenfalls war die "volksgemeinschaft" ein gigantisches populistisches illusionsspektakel,über das die sozialen und politischen bedürfnisse der menschen usurpiert und manipuliert wurden.

auch der kpd-arbeiter war nicht frei von diesem widerspruch zwischen revolutionär und kleinbürgerlich bis konservativ.der grosse teil der basis war kämpferisch und zu grossen opfern bereit,ihr alltag,ihr verhältnis untereinander zu ihren frauen und kindern und kollegen blieb stark kleinbürgerlich.die parteispitze verschob diese problem ideologisch auf die zeit nach der revolution. soweit sie überhaupt ein problembewusstsein hatten.die entfremdung wurde nicht zur revolutionären seite hin aufgelöst,sondern auf der ebene der organisation und ihrer politik "kommunistisch" reproduziert.daraus entstand eine "mächtige" einheit,deren grundlage nicht die politische identität des einzelnen,die übereinstimmung von denken,fühlen und handeln war,sondern eine einheit, die in jedem ihrer mitglieder gebrochen war;und so auch erreichbar für den faschismus.

da gab es zb. einen rotfrontkämpferbund,eine sog. massenorganisation der kpd,in die auch arbeiter aus der spd und anderen kleineren proletarischen parteien gingen.aus der tatsache,dass die mitgliederzahl des rfb in kürzester zeit mächtig anschwoll,konnte man schliessen,dass das ein ausdruck der kampfbereitschaft der arbeiter war.die rfb-leitungskader liessen die aufgestellten abteilungen sonntags im wald mit stöcken exerzieren oder als schalmeienkapellen in den städten und dörfern reklamemärsche für die kpd veranstalten.das war die reaktionäre seite der geschichte. statt eine revolutionäre kampforganisation zu entwickeln,hatte die partei eine kleinbürgerliche karikatur der reichswehr veranstaltet.das desorientierendste dabei war aber,dass sie das ganze als reale stärke verkauft hat.

was war das "wirkliche individuum",von dem die parteienspitze in ihrer einbildung abstrahiert hatte?

die frage der "revolutionären talente".
die gesellschaftliche teilung der arbeit,sagt marx,wird nicht mit rücksicht auf die talente der individuen und das interesse des ganzen durchgeführt,sondern findet vielmehr nach den gesetzen der kapitalistischen warenproduktion statt.der arbeiter ist in dem,was er macht,in seiner wirklichen persönlichkeit negiert,seiner eigenen tätigkeit gegenüber entfremdet.dieses verhältnis wird in der kpd nicht gebrochen,sondern auf erweiterter ebene wiederholt.und damit entsteht an der basis eine entfremdung gegenüber den eigenen revolutionären bedürfnissen und kämpfen.die proletarischen politischen organisationen waren aufgebaut wie die preussische armee.hierarchisch,befehlsstruktur von oben nach unten, politische erziehungsanstalt nach den prinzipien der bürgerlichen aufklärung-eben strikt innerhalb der vom kapital gesetzten vorstellungen gesellschaftlicher organisation.in der kpd hatte das einfache parteimitglied so gut wie keine gelegenheit,seine "revolutionären talente" zu entwickeln,und so gingen sie dem ganzen verloren.sie hatten nicht die möglichkeit,kenntnisse,fähigkeiten, die willenskraft zu entwickeln und zu stärken,um den kampf auch ohne leitung von oben selbständig weiterführen zu können.

die frage des revolutionären willens.

die stärkste entfremdung wird von der einführung der maschine hervorgerufen.ebenfalls feststellung von marx.bis dahin waren die menschen herr über ihr werkzeug.jetzt sind sie sein objekt,sein anhängsel.vorher bestimmten sie selbst den rhytmus und die dauer der arbeit,die reihenfolge der einzelnen arbeitsabschnitte,den

zusammenhang mit der arbeit der anderen,lagen die geistigen funktionen,die planung der arbeit bei ihnen.sie waren es,die dem werkzeug ihren willen aufzwangen und sich in ihrem produkt verwirklichten,jetzt ist es ein ding aus eisen und holz,das dem arbeiter seinen unbegreiflichen willen aufzwingt."wir müssen die dampfmaschinen zerschlagen,die marterhäuser dem erdboden gleichmachen!" sagt einer,der vor 150 jahren damit konfrontiert war. "marterhäuser"-daran kann man ermessen,welche vergewaltigung des willens und der ganzen persönlichkeit da stattgefunden hat,in welchem mass von generation zu generation die fähigkeit,selbständig zu handeln und zu denken abgeschliffen und verkrüppelt wurde, wie die menschen selbst und ihre beziehungen untereinander den gespenstischen charakter einer dinghaftigkeit angenommen haben. "der mensch erscheint weder objektiv noch in seinem verhalten zum arbeitsprozess als dessen träger,sondern er wird als mechanisierter teil in ein mechanisches system eingefügt,das er fertig und in völliger unabhängigkeit von ihm funktionierend vorfindet,dessen gesetzen er sich willenlos zu fügen hat.diese willenlosigkeit steigert sich noch dadurch,dass mit zunehmender rationalisierung und mechanisierung des arbeitsprozesses die tätigkeit des arbeiters immer stärker ihren tätigkeitscharakter verliert und zu einer kontemplativen (betrachtenden)haltung wird"-das war vor 60 jahren,als lukacz das geschrieben hat.überflüssig zu betonen, dass diese von generation zu generation täglich gemachte erfahrung sich auf die gesamte gesellschaft überträgt.die betrachtende haltung ist heute auch eine normalität der linken.ihre ständige reproduktion ist die stärkste waffe der konterrevolution,stärker als prävention und vergeltung,auch wenn das sicher eine kampfbedingung ist.

die menschliche willenskraft ist nichts angeborenes und nichts bleibendes.ich glaube,man erfährt das nirgends stärker als im knast,in der isolation.der wille entwickelt sich im kampf,im erlernen von selbständigem handeln und dh. im selbständigen treffen von entscheidungen,in der suche nach möglichkeiten ihrer verwirklichung,im übernehmen konkreter verantwortung.übern kopf klar machen,das gehört sicher dazu,reicht aber nicht,wo die eigene erfahrung fehlt,dass mans wirklich kann.

bei der regierungsübernahme durch die nazis klappte die "stärkste der parteien" buchstäblich innerhalb einer woche zusammen.die führung war weg,die drähte zerschnitten,es gab keine anweisungen mehr von der parteizentrale,die basis war weniger gelähmt als einfach ahnungslos über das,was sie tun könnten.sie dachten an flugblätter etwa,sie wussten auch,was sie da reinschreiben sollten,allein sie wagten es nicht,hatten sie doch gelernt,dass sowas nur zentral geht.ein teil der arbeiter an der basis hatte auch waffen.die parteispitze,die ihre revolutionäre ziellosigkeit auf die basis projiziert hatte,hatte deshalb nie für ein bewusstsein gesorgt,in dem waffen vorkamen.die parteidisziplin aber funktionierte:kein einziger schuss fiel aus diesen gewehren.der widerstand gegen den faschismus wurde aus der illegalität später mit denselben mitteln geführt,mit denen davor in der legalität gekämpft worden war.zahllose kommunisten starben,weil sie beim kleben oder drucken erwischt worden waren.ein teil der basis desertierte zu den nazis,denn da gings ja auch "gegen die bonzen und das jüdische kapital",und ihre gewaltige macht schien erfüllung der jahrelang frustrierten hoffnung,siegen zu können,zu versprechen.ein anderer teil marschierte ein paar jahre später mit dem gewehr in der hand nach stalingrad.

so falsch das bild der parteispitze von der basis war,so ideologisch versperrt war die bizarre fehleinschätzung des kräfteverhältnisses,das sie unbesehen von stalin's komintern übernommen hatte.innerhalb der partei beschränkte sich der theoretische prozess darauf,die einhaltung der parteilinie zu überwachen.wenn die arbeiter auch in der theoretischen analyse nicht besonders erfahren waren,die grundlegenden voraussetzungen dafür lagen jedenfalls bei ihnen:die konkreten erfahrungen mit den nazis .die parteispitze hingegen-zuerst:faschismus kann in einem industriell hochentwickelten land nicht an die macht kommen(sondern nur im rückständigen italien);dann,als er dran war,das gegenteil:faschismus ist ausdruck der fäulnis und degeneration des kapitalismus.erst 1935 die selbstkritische einsicht der komintern/dimitroff:unzulässige unterschätzung der faschistischen gefahr.da wars aber zu spät.

neben dem widerstand,der von den kommunisten unter brutalem opfer durchgehalten wurde,der aber dem faschismus nichts entgegensetzen konnte,waren die einzigen orte im dritten reich,wo es den nazis sozusagen nicht gelang,die kpd zu zerschlagen,die knäste und konzentrationslager.was weniger damit zu tun hatte,dass die genossen dort zusammen waren und in gestalt der lagerkomitees die gewohnte struktur den umständen entsprechend rekonstruieren konnten als damit,dass der luxus kleinbürgerlicher illusionen dort unmittelbar mit dem leben nicht nur einzelner bezahlt werden musste.

die kpd hat vieles von den bolschewiki übernommen.insofern ist der unterschied nicht so einfach zu verdeutlichen.immerhin hatte lenin eine vorstellung von dem "wirklichen individuum",seiner zwiespältigkeit.mit dem die bolschewiki eine revolution machen wollten.über die soldatenrebellionen aus dem revolutionsjahr 1905 berichtet er:
"der soldat war voller sympatie für die sache der bauern;seine augen glühten auf bei der blossen erwähnung von land.mehrfach war die macht bei den truppen in die hände der soldaten übergegangen, doch es hat fast nie eine geschlossene ausnützung dieser macht gegeben;die schwankten.einige stunden,nachdem sie irgendeinen verhassten vorgesetzten getötet hatten,setzten sie die anderen in freiheit,traten in verhandlungen mit den behörden und liessen sich dann erschiessen..."
von daher bestimmte(und veränderte)er seine vorstellungen über die bedeutung der kämpfe im ökonomischen bereich-es waren für ihn keine ökonomistischen kämpfe,sondern das zentrum des lebens des russischen arbeiters,in dem die "betrachtende haltung" entsteht und indem sie über die erfahrung,kämpfen und siegen zu können,am ehesten und breitesten zu einer selbständigen,kämpferischen haltung wird.wie marx war lenin immer bemüht,vom "wirklichen" zu lernen.hatte er vor den erfahrungen mit den revolutionären kämpfen des jahres 1905 noch eine etwas schematische vorstellung von der wechselwirkung zwischen ökonomischen und politischen kämpfen:

"das politische klassenbewusstsein kann dem arbeiter n u r v o n a u s s e n gebracht werden,das heisst aus einem bereich ausserhalb des ökonomischen kampfes,ausserhalb der sphäre zwischen arbeitern und unternehmern"(1902)-
präzisierte er diese vorstellungen in seiner analyse der revolutionären kämpfe des jahres 1905:
"die breite masse der ausgebeuteten würde man nie in eine revolutionäre bewegung hineinreissen können,wenn die masse nicht täglich vor sich beispiele zu sehen bekäme,wo die lohnarbeiter verschiedenster branchen unmittelbare,sofortige verbesserungen ihrer lage von den kapitalisten erzwängen."(1917)

wenn auch das besondere darin auf unsere situation hier und heute nicht zutrifft.das allgemeine schon:die fabrik-würden wir sagen: die eigene situation-war nicht bloss der ort der ersten kampferfahrung.sie war weit mehr der ort des konkreten beispiels,dass die kapitalisten besiegbar sind.lenin wusste:die überzeugung von der möglichkeit des p o l i t i s c h e n siegs würde bei den "breiten massen" nie und nimmer greifen,wenn es noch nicht mal gelingt,den kapitalisten den sieg über fünf minuten teepause abzuzwingen.deshalb hat er die bedeutung dieser ökonomischen "siege",ausgehend von seiner konkreten beobachtung-sagen wir mal:als moralischer motor-hervorgehoben.ökonomischer und politischer kampf waren für ihn nichts einander ausschliessendes,sondern einander bedingend.so wenige zeilen später:
"die wirkliche erziehung der massen kann niemals getrennt vom und ausserhalb vom selbständigen politischen und revolutionären kampfe der masse selbst geschehen.erst der kampf erzieht die ausgebeutete klasse,erst der kampf gibt ihr das mass ihrer kräfte,erweitert ihren horizont,steigert ihre fähigkeit,klärt ihren verstand auf,stählt ihren willen."
was die beiden seiten dieser wechselseitigen bedingung miteinander verbindet,ist die frage,wie revolutionäres bewusstsein,kampfmoral entsteht.in den hintergrund rückt dabei die frage,w o die kämpfe geführt werden zugunsten der frage,w i e sie geführt werden.darin liegt das w e s e n des politischen:konstitution der revolutionären klasse.
in der vorbereitung des oktoberaufstands schreibt er aus seinem petrograder versteck an seine zaudernden genossen im zk:"es gilt t ä g l i c h (handelt es sich um e i n e stadt,so können wir sagen stündlich)wenn auch keine erfolge zu erreichen und dadurch um jeden preis das "moralische übergewicht" festzuhalten."
daniel ortega berichtet,dass die fsln die moralische autorität/akkumulation und den beispielcharakter ihres kampfes später in eine massive militärische kraft verwandeln konnte:
"sie(die bevölkerung) hatten mit eigenen augen sehen können,dass der feind schwach war und dass es möglich war,ihm schläge zu versetzen.sie hatten zum beispiel beobachten können,wie am 17.oktober zwischen managua und masaya eine kleine gruppe unserer soldaten einen konvoi von dreihundert nationalgardisten in schach hielt.solche aktionen gaben der bevölkerung wieder vertrauen,und zwar zu einer zeit,als der guerillakampf eine sehr kritische phase durchmachte.die aufrechterhaltung des kampfes in den bergen des nordens spielte eine wesentliche rolle auf moralischer ebene, konnte doch das volk so die hoffnung bewahren,dass die diktatur mit dem krieg eines tages gestürzt werden konnte.das beispiel des guerillakriegers war zur politisierung der bevölkerung der pazifischen küste sehr nützlich.diese begann auch,am kampf teilzunehmen,und inspirierte sich an diesem vorbild...so entwickelte sich ein klima der grossen erwartungen."

und che in seinem bericht über den kubanischen befreiungskrieg: "ich war der meinung,man sollte die gelegenheit nicht verschenken,einen lastwagen abzufangen,und wir sollten es besonders darauf anlegen,sie auf den landstrassen zu jagen,wo sie sorglos in beide richtungen vorbeifuhren:doch fidel hatte schon die aktion von el uvero im kopf,und er äusserte den gedanken,es sei viel interessanter und habe einen viel nachhaltigeren erfolg,wenn wir als nächste aktion den posten von el uvero einnähmen,denn das hätte eine grosse psychologische wirkung und würde im ganzen land bekannt,was bei einem angriff auf einen lastwagen nicht geschehen würde."
der gebrauchswert liegt auch hier im allgemeinen,nicht im besonderen.

bei den bolschewiki war der widerspruch zwischen partei und basis /klasse nicht soweit aufgelöst,dass sich das bewusstsein der revolutionären klassen,bei ausbleiben vor allem der revolution in deutschland,unter dem druck der konterrevolution,der inneren bürokratisierung und dem tiefen materiellen elend zur progressiven seite weiterentwickeln konnte.
die partei war streng zentralistisch und hierarchisch aufgebaut und eingeübt.der beschluss,denbewaffneten aufstand auszulösen, wurde von zwei personen "gefasst"-lenin und trotzki.lenin zu den gegnern des beschlusses im zk:" ein hysterischer pessimismus.bei der bourgeoisie und bei kerenski steht alles ausgezeichnet,bei uns dagegen alles schlecht.bei den kapitalisten ist alles grossartig vorbereitet,bei den arbeitern dagegen alles schlecht."das war sieben tage vor der oktoberrevolution.die aufstandsgegener hatten den fehler gemacht,von einer linearen entwicklung statt vom qualitativen sprung auszugehen,der dann auch gelaufen ist. dass in dieser organisationsstruktur,die natürlich das ganze land erfasste und durchdrang,das revolutionär-vorwärtstreibende den erstickungstod finden nusste,ahnte lenin wohl einige jahre nach der revolution kurz vor seinem tod."institutionen sind scheisse",sagt er da.seine bemühungen,gegen den sich fett machenden bürokratismus arbeiterkader in die parteiapparate zu bringen, waren ebenso unwirksam wie sein versuch,stalin abzubiegen,zu spät kam.
der stalinismus m u s s t e nicht aus dieser struktur kommen,er k o n n t e es aber.er war nicht zwingend,um mit dem faschismus fertig zu werden oder gar mit der inneren konterrevolution.nach

dem sieg über den faschismus und mit der stalinistisch zementierten gesellschaft ging von der su keinerlei internationalistische orientierungskraft mehr aus,und das ist,wie wir aus der geschichte wissen,eines der wichtigsten dinge an einer wirklichen revolution,solange der kommunismus noch nicht "auf einmal und gleichzeitig" möglich ist.während der oktoberkämpfe verliehen arbeiter-und soldatensowiets ihren öffentlichen anordnungen durch den hinweis autorität,die pariser kommune habe genauso gehandelt. lenin selbst hat in vorbereitung des aufstands die kämpfe der kommune immer und immer wieder studiert.

könnte man vielleicht so sagen:die revolutionäre,also die,die wirklich die revolutionäre macht erobern wollten(einen willen,den die kpd-spitze nie gehabt hat),wussten,dass das programm dazu den unterdrückten und ausgebeuteten eincodiert ist und dass es "nur" darum geht,es ihnen selbst zu entschlüsseln und freizusetzen. "die arbeiterklasse verlangt keine wunder von der kommune.sie hat keine fix und fertigen utopien durch volksbeschluss einzuführen. sie weiss,dass,um ihre eigne befreiung und mit ihr jene höhre lebensform hervorzuarbeiten,der die gegenwärtige gesellschaft durch ihre ökonomische entwicklung unwiderstehlich entgegenstrebt,dass sie,die arbeiterklasse,lange kämpfe,eine ganze reihe geschichtlicher prozesse durchzumachen hat,durch welche die menschen wie die umstände gänzlich umgewandelt werden.sie hat keine ideale zu verwirklichen;sie hat nur die elemente der neuen gesellschaft in freiheit zu setzen,die sich im schoss der zusammenbrechenden bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben."marx in seiner aufarbeitung der pariser kommune.
ich hab beim besuch die bemühungen angesprochen,inhalte in die friedensbewegung reinzutragen.es geht ja aber nur so,dass wir vom vertrauen in unsre eigenen politischen möglichkeiten ausgehen und das heisst,dass wir diese inhalte s i n d.indem wir in der praxis einen strategischen vorschlag erklären,der dann überzeugen wird, wenn er in der offensiven taktik als bruch mit der normalität der ohnmacht und in der für jeden sichtbaren kollektiven struktur als ein element der neuen gesellschaft vermittelt ist.nicht zu vergessen die revolutionären talente,die jeder hat,er muss sie nur ausgraben.-schliesslich befinden wir uns in einer gesellschaft,die nach der extensiven entwicklung der produktivkräfte reif für den kommunismus ist.und so ist die entfremdung hier und heute auch eine entfremdung gegen die zukunft.

Uitstel in TNT-zaak

Onderzoek naar reden arrestatie Japanner

AD 19-7-86

HAARLEM — De Haarlemse rechtbank heeft gisteren besloten de zaak tegen de Japanner Yu Kikamura (33) aan te houden. Hij werd op 1 mei op Schiphol gearresteerd met een kilo TNT en zes elektronische ontstekers in zijn bagage.

De rechtbank wil dat wordt uitgezocht op welke grond de rijkspolitie de man heeft aangehouden, toen hij met een vliegtuig uit Athene arriveerde. Tegen hem was de maximumstraf van vier jaar geëist wegens overtreding van de Vuurwapenwet.

Volgens de advocaat van de Japanner, mr. P. Wiewel, is de arrestatie onrechtmatig omdat er geen redelijk vermoeden van schuld was. De Japanner ontkende tijdens de zitting iets van de explosieven af te weten.

Enkele dagen voor de aankomst van Yu Kikamura op Schiphol gaf de commandant van de rijkspolitie dienst luchtvaart opdracht tot verscherpte controle van passagiers die in het bezit waren van in Japan vervaardigde elektronische apparatuur.

SMOKKEL

Hij baseerde zich hierbij op informatie van de Binnenlandse Veiligheidsdienst (BVD), die meldde dat een Japanse terroristische organisatie steun had beloofd aan Libanese bevrijdingsorganisaties. Deze groeperingen zouden voor de smokkel van explosieven elektronica van Japanse makelij gebruiken.

De Japanner meldde zich bij aankomst op Schiphol bij de douane om een paar sloffen sigaretten aan te geven. Bij het doorzoeken van zijn bagage werd een in een doek gewikkelde radio gevonden, waarin zes ontstekers waren verstopt. Een blik instant-sinaasappelsap in zijn tas bleek TNT te bevatten.

GEEN BEWIJS

De Japanner beweerde tijdens de zitting dat hij de radio aan een Amerikaanse vriendin had uitgeleend. Ook het blik zou hij van haar hebben meegekregen voor onderweg. Hij weigerde echter haar naam en adres te geven.

Later arresteerde de politie een 27-jarige Groninger, die er van werd verdacht de Japanner opdracht te hebben gegeven de explosieven mee te smokkelen naar Belgrado. De man is lid van de extreem linkse organisatie De Knipselkrant, die contacten zou onderhouden met de Communistische Strijdende Cellen in België. Hij werd wegens gebrek aan bewijs vrijgelaten.

Als verdachte van dat feit werd op 1 mei 1986 te Schiphol aangehouden:
Y u K I K U M U R A , geboren op 18 juli 1952 te Miyazaki (Japan).

Volgens informatie van de rijkspolitie te Schiphol zou een persoon per vliegtuig op de luchthaven Schiphol arriveren die in het bezit zou zijn van explosieven welke in de bagage waren verstopt. In een draagbare radio-cassette speler, kleur rood, zou één en ander zijn verpakt. Op 1 mei 1986 te 13.40 uur trof de douane recherche tijdens een controle van de passagiers van vluchtnummer JU 260 een dergelijk apparaat aan in de bagage van één van de passagiers.

In de radio waren op een kundige wijze, dat wil zeggen bij een routinecontrole eigenlijk niet te achterhalen, zes electrische springstofmomentontstekers verborgen. Zie de bijgevoegde foto's.
De ontstekers gemerkt 1 zijn van Tsjechoslowaakse herkomst; het type van de ontstekers ad 2 en 3 is vooralsnog onbekend. Volgens inlichtingen van het Bundes Kriminalamt in Wiesbaden zouden ontstekers als ad 2 en 3 op 29 december 1983 op de luchthaven van Istanboel bij een poging tot een aanslag op een vliegtuig van Alitalia zijn veiliggesteld.

Y. Kikumura voornoemd op 29 en 30 april 1986 te Belgrado (Joegoslavië) verbleven heeft in het 'Astoria' hotel. Er kon echter niet worden vastgesteld met wie de verdachte gedurende zijn verblijf in Belgrado contact had gehad. – – –

Vingerafdruk van Paternostre op FRAP-opeisingsbrief

Geen terroristengeheimen in computer van CCC-fan

BRUSSEL — Informatikadeskundigen en politiemannen zijn erin geslaagd de computer te „kraken" die was gevonden in het appartement van Pierre Vos, de aangehouden sympatizant van de Cellules Communistes Combattantes. De computer bevatte echter niet de geheimen die de anti-terreurdienst gehoopt had te vinden. In het geheugen van de computer vond men wel de adressen van kranten, Belgische top-bedrijven en andere losse maar voor het onderzoek onbruikbare inlichtingen. Wat ging Pierre Vos met die informatie aanvangen ? Hijzelf wil daarover niets kwijt.

Op 13 juni arresteerde de gerechtelijke brigade van de Brusselse politie tijdens een routinekontrole Pierre Vos, een gekend lid van het Brussels extreem-links kollektief Ligne Rouge en sympatizant van de CCC. Vos werd al een tijdje opgespoord. Enkele maanden na de aanhoudingen van Pierre Carette, Didier Chevolet, Pascale Vandegeerde en Bertrand Sassoye was hij tot ontsteltenis van de antiterreurdiensten verdwenen uit de Brusselse extreem-linkse kringen.

„Vos duikt onder. Is hij onder druk gezet of gaat hij vrijwillig vanuit de klandestiniteit een nieuwe CCC-terreurreeks voorbereiden ?", vroegen de politiediensten zich af. Men besloot Vos te laten opsporen. Maar veel resultaat hadden de opsporingen niet, tot de stadspolitie de man bij toeval op straat identificeerde. Vos had een valse identiteitskaart getoond maar was formeel herkend. Hij was in het bezit van een schietklaar pistool. De CCC-sympatizant werd aangehouden.

Top-5000

Bij een huiszoeking in zijn Brusselse verblijfplaats vond men een mini-computer. Het zeer klein toestel kon volgens de politiediensten wel eens informatie bevatten over een geplande reeks aanslagen. Maar men zag niet onmiddellijk in hoe de info uit het toestelletje te krijgen. Uit angst het computergeheugen door een foutieve manipulatie te vernietigen, riep men de hulp in van deskundigen die zeer snel het probleem oplosten en de computer kraakten.

Het parket hield het ontdekken van de opgeslagen info angstvallig geheim. Enkele dagen nadat het toestel zijn geheimen had prijsgegeven werd nog formeel ontkend dat men wist wat erin stak. Nochtans moest de persoon die dat formeel ontkende zeker al lang op de hoogte zijn geweest van de waarheid. Was de ontgoocheling dan zo groot ?

Misschien wel, want men vond geen precieze aanduidingen over aanslagen, eventuele uitvoerders of verborgen springstof. Wel vond men een nauwkeurige adressenlijst van de Belgische kranten. En een selektie van top-bedrijven, afgepend uit een boek over de 5.000 suksesrijkste Belgische ondernemingen. Een boek zoals men er ook had teruggevonden in de flats van Carette & Co, maanden geleden. Waren die opgesomde top-bedrijven de toekomstige doelwitten ? Misschien, maar nergens vond men daarvan bewijzen. En het opslaan van adressen in een mini-computer is in ons land niet strafbaar. Het computergeheugen is voor Vos dan ook geen bijkomende gerechtelijke last, niettegenstaande men er hem wel over ondervraagt. Maar veel zegt hij niet.

Opeisingsklad

Ander nieuws is er over Chantal Paternostre, de Linkebeekse psychologe die verleden jaar op 15 augustus werd aangehouden tijdens het onderzoek naar het Revolutionair Front voor de Proletarische Aktie. Het FRAP pleegde op 20 en 21 april 85 twee bomaanslagen te Brussel en Ukkel. En op 26 juni 85 poogde het FRAP de Acec-gebouwen te Drogenbos op te blazen, maar dat lukte niet.

Vroeger al werden vingerafdrukken van Paternostre gevonden in terroristenflats te Anderlecht en Ukkel. Een van die flats was gebruikt door de leiders van de Franse terreurgroep Action Directe, die ervan worden verdacht samen met Paternostre het FRAP te hebben gevormd en de aanslagen te hebben gepleegd.

Nu is bekendgeraakt dat de vingerafdrukken van Chantal Paternostre zijn gevonden op een met de hand geschreven klad van een opeisingsbrief die moest worden verzonden naar de pers, na de aanslag bij Acec. De aanslag mislukte en de opeisingsbrief werd niet verstuurd alhoewel graffiti op de Acec-muur naast de bom geen twijfel liet bestaan over de verantwoordelijkheid van het FRAP. (Dezelfde graffiti was teruggevonden na de wel opgeëiste bomaanslagen in april 85.)

Tijdens huiszoekingen na de arrestatie van Paternostre, vond de Brusselse rijkswacht het klad van de Acec-opeisingsbrief, verborgen onder het vast tapijt in een appartement. Ontleding van de handgeschreven opeising heeft nu een vingerafdruk van Paternostre aan het licht gebracht. Volgens gerechtelijke kringen volstaat dat om haar formeel te betichten van medeplichtigheid bij de bomaanslagen.

Overigens vernamen we kort geleden dat ook tijdens het CCC-onderzoek gegevens zijn gevonden die belastend zijn voor Paternostre. En er werd ons gezegd dat die gegevens volstaan om Chantal samen met Carette & Co te doen terechtstaan. Maar wat die gegevens zijn, wordt door het parket nog geheim gehouden. (HDK)

NB 18-7-1986

CCC-ers gaven les in bomtechniek in Londen. Geheim verslag Britse veiligheid. LN 19-7-86

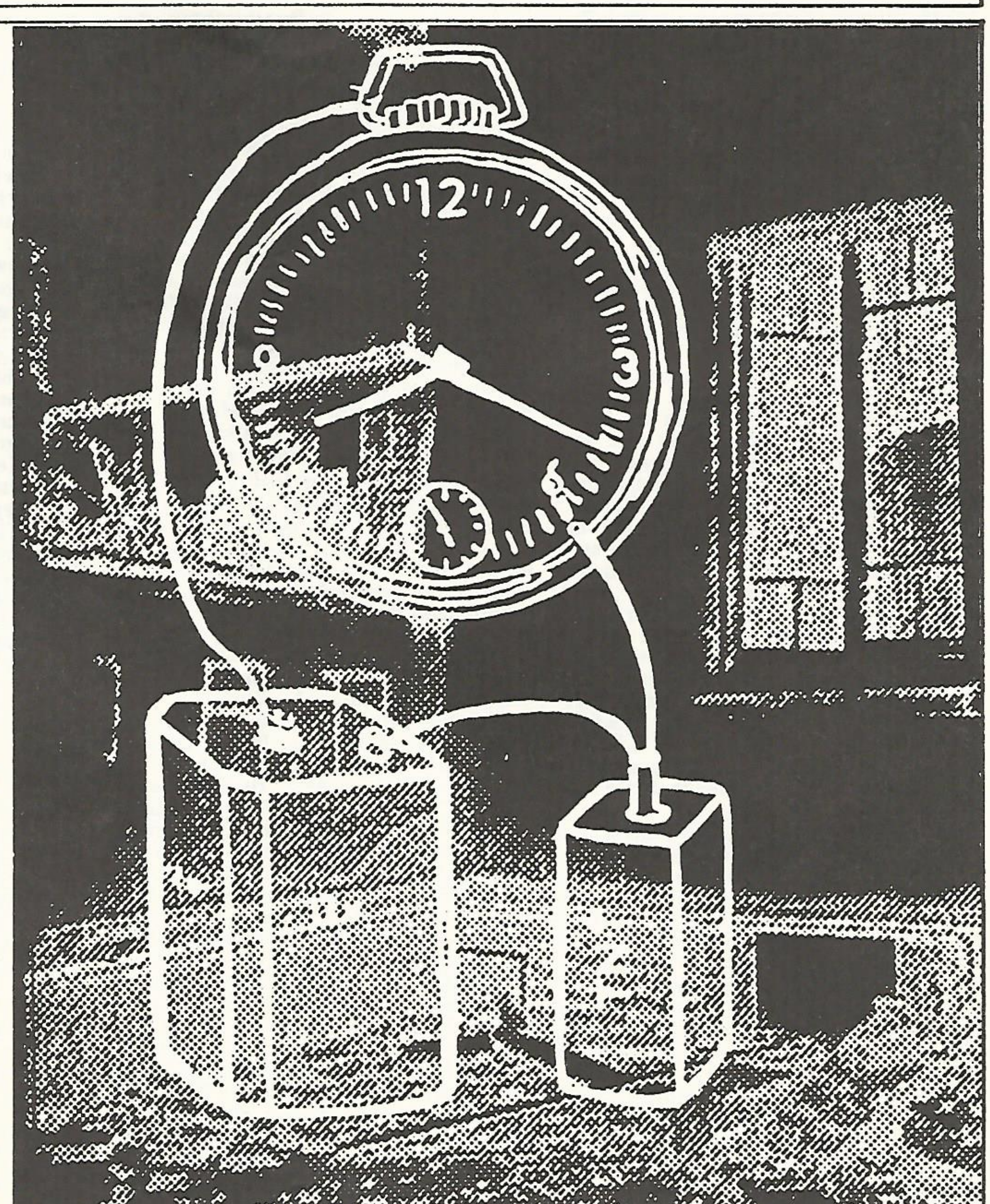
Volgens een vertrouwelijk rapport van de Britse veiligheidsdiensten zijn ten minste twee leden van de Belgische C.C.C. (de Strijdende Communistische Cellen) in augustus 1985 met de boot Oostende-Dover naar Londen getrokken om daar les te geven aan een aantal linkse beginneling-terroristen. De vergaderingen vonden plaats in de «Labour And Trade Club» aan de Dalston Lane in de Londense East End.

Daar waren slechts een achttal personen, waaronder blijkbaar ook een infiltrant. Daarom liet men destijds de C.C.C.-ers ongehinderd terugkeren naar België, ook al had de bloedige bomactie met twee doden van 1 mei 1985 toen al plaatsgevonden.

Het is inderdaad verbazingwekkend dat tot nog toe Groot-Brittannië de enige grote Europese natie is, die gespaard is gebleven van «links» terrorisme. De enige bomaanslagen die de Britten kennen, zijn die van de I.R.A., de katholieke vrijheidsstrijders van Ulster.

Op het eind van de jaren '60 kende Engeland nochtans een «Angry Brigade», maar die beweging verdween in het begin van de jaren '70.

Onlangs ontstonden in het Verenigd Koninkrijk nieuwe groepen, die zich «Class War» en «Black Flag» zouden noemen. Blijkbaar bezitten de leden van deze groepen niet de technologische en logistieke kennis van de bommenleggers op het vasteland, de leden van C.C.C., Action Directe, Rote Armee en Rode Brigaden. Volgens de Britse veiligheidsdiensten zijn de actiefste «linkse» terroristen in Groot-Brittannië de lui van Animal Liberation Front (het bevrijden van proefdieren uit laboratoria en kennels en zo), meer niet. Zij zijn er van overtuigd dat de C.C.C.-ers, die in augustus 1985 naar Londen kwamen, daar de eerste contacten kwamen leggen voor een meer actief soort terrorisme en voor technische bijscholing, maar dat de aanhouding van Pierre Carette en zijn vrienden deze plannen terug heeft vertraagd; aldus de verbinding werd verbroken tussen «Class War» en «Black Flag» enerzijds en «Action Directe» en de R.A.F. anderzijds.



Personenschutz und Vorsicht haben durchaus einen Sinn

FAZ 21-7-1986

BONN, 20. Juli. Die auf den Listen der Terroristen stehenden Industriellen, Forscher und Politiker wissen, daß es absolute Sicherheit für sie nicht gibt. Hanns-Martin Schleyer hatte seinerzeit fünf Polizisten bei sich, der italienische Politiker Moro galt als noch besser bewacht. Auch deshalb möchten sich viele der Gefährdeten lieber wie Herbert Wehner verhalten, der einmal – nach einem Koalitionsgespräch – im Hofe des Kanzleramtes die Abfahrt der schweren schwarzen Limousinen und die in den Wagen sitzenden „Schatten" der Politiker beobachtete und dann, indem er auf seine hinter ihm stehende damalige Sekretärin Greta Burmester zeigte, zu seinem Freunde Mischnick sagte: „Sicherheit? Ich habe die!" Wehner ließ sich nie bewachen.

Weder Personenschutz noch Vorsicht sind sinnlos. Polizisten meinen gelegentlich, der Personenschutz bringe die Täter dazu, längere Vorbereitungszeiten einzukalkulieren und größeren Abstand von ihren möglichen Opfern zu halten. Die Bedrohten wiederum müßten darauf achten, daß die Stunden ihres Tageslaufs nicht wie von einer öffentlichen Kirchturmuhr abzulesen seien. Sie sollten nicht immer zur gleichen Stunde in ihrem Club spielen oder denselben Weg zur selben Zeit benutzen. Ebensowenig sind die Beschützer zufrieden, wenn ihre Schützlinge „plakatiert" durch die Lande reisen. So fuhr der ermordete MTU-Chef Zimmermann mit dem sinnfälligen Autokennzeichen „M-TU". Andere Firmen machen mit Leuchtschrift auf ihre besonders gefährdeten Forschungsabteilungen aufmerksam. Andere schützen ihre neuralgischen Punkte allenfalls mit Maschendrahtzäunen. Nur: Es fällt einer

freiheitlichen, auf Wettbewerb und Werbung angewiesenen Gesellschaft schwer, auf solche „Veröffentlichung" zu verzichten. Sie braucht Öffentlichkeit. Dennoch ist es möglich, daß die Bedrohten sich nicht dem Fatalismus hingeben: „Wir sind doch nicht zu schützen". Denn weder Angst noch Schicksalsgläubigkeit sind gute Ratgeber.

Sicherheitsbehörden und Polizei geben den Bedrohten Ratschläge. Diese kommen sich dann manchmal allerdings so vor wie ein durch einen Einbruch Geschädigter, wenn er die Ratschläge der Polizei nach der Tat erhält, ohne daß die Täter gefaßt werden. Aber es ist sinnvoll, wenn sich Firmen und Institutionen Klarheit verschaffen. Auch die Analyse der eigenen Lage ist ein Stück geistiger Auseinandersetzung mit dem Terrorismus; von der Diebstahlkriminalität auf diese Art der Bedrohung übertragen: „Sei schlauer als der Klauer." Oder, wie es der Gründungschef der GSG 9, Wegener, seinen Beamten stets „eingehämmert" hat: Sie müßten sich in die Ideologie der Täter „einlesen", müßten wissen, mit wem sie es zu tun haben. Ein Teil dieser Quellen ist offen zugänglich, kann also nicht nur von den staatlichen Behörden ausgewertet werden, zum Beispiel jene „Roten Blätter" des MSB-Spartakus mit der Proskriptionsliste der angeblichen „SDI-Mafia", die ihrerseits auf eine vorausgegangene Veröffentlichung der Kieler Jusos verwiesen hatten.

Wie könnte also ein „Arbeitsgang" der Erforschung der eigenen Lage aussehen? Das Bundeswirtschaftsministerium und die Sicherheitsbehörden erteilen entsprechende Ratschläge. Zunächst müsse der Standort der eigenen Firma oder Institution im wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Gebiet beurteilt werden. Dies hänge nicht nur von „konstanten" Faktoren ab wie Produktions- oder Forschungsauftrag, sondern auch von der Darstellung in den Medien. Es könne Meinungsumschwünge geben, wie man es etwa beim Thema Kernkraft und -forschung nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl gesehen habe. „Ansehen eines Objektes und die Meinung der gewalttätigen Szene darüber können schlagartig wechseln." Deshalb sei Wachsamkeit geboten, wie die in Erftstadt erscheinenden „Sicherheitspolitischen Nachrichten" in ihrer Sonderausgabe über betriebliche Sicherheit vom 5. Juni schreiben. Dieser Dienst zitiert zunächst aus „radikal": „Baufirmen setzen als letztes Glied in der Kette die Stadtplanung in die Realität um. Sie gehorchen dabei der kapitalistischen Logik, in der nicht zählt, was produziert wird, sondern nur, wieviel Profit dabei rausspringt." Dieser Gesichtspunkt der Stadtplanung sei Anfang 1986 offensichtlich noch maßgebend gewesen. Wie die Situation in Wackersdorf zeige, habe sich nun die Ideologie der Gewalttäter auf die Kernkraft verlegt, würden Firmen angegriffen, „die am Bau von Kernkraftwerken beteiligt sind, im Gegensatz zu früher, wo Baufirmen ganz allgemein ein Ziel waren". Deshalb sei zu empfehlen, sich Klarheit zu verschaffen, was die eigene Situation sei und ob ein eventueller Angriff „Öffentlichwirksamkeit" für die Sympathisanten des Terrorismus haben könnte. Zum Beispiel „hat der Mord an dem amerikanischen Soldaten Pimental in Frankfurt zur Vorbereitung des Anschlages auf die Rhein-Main-Airbase in der terroristischen Szene zu schweren Kontroversen über die Zweckmäßigkeit hinsichtlich der öffentlichen Meinung geführt. Dabei haben sich offensichtlich einmal die Kräfte durchgesetzt, die' in Pimental einen Unschuldigen sahen." Andererseits ist die Bedrohung zu sehen, wenn man bedenkt, daß oft dieselben Unterstützer den Mord an MTU-Chef Zimmermann gutgeheißen hatten und bei der Ermordung Beckurts nicht nur den Tod seines Fahrers, sondern auch den einer zufällig vorbeikommenden Mutter und deren Kind kaltblütig einkalkuliert hatten. Zur Beurteilung der eigenen Lage wird den Firmen und Institutionen ein Fragenkatalog vorgelegt, der der Selbsterkenntnis und damit dem Selbstschutz dient. Ein Beispiel: „Welche Stellung nimmt das Unternehmen/Institution in seiner/ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung ein? 1. Ist es von internationaler Bedeutung? 2. Ist es repräsentativ für eine freiheitliche, leistungsbezogene und kapitalbedingte Wirtschaftsordnung? 3. Trifft die Bezeichnung „Multi" zu. 4. In welcher Branche ist es tätig? 5. Ist es national bedeutend? 6. Ist es repräsentativ für Forschung und Technik, Handel, Versicherung oder Finanzen? 7. Ist es staatlich oder gibt es staatliche Beteiligung oder staatlichen Einfluß? 8. Welche Rolle spielt es in der politischen, gesellschaftspolitischen, sicherheitspolitischen Diskussion?" Weiter wird gefragt, ob Produktion und Forschung mit „High Tech" in Zusammenhang stehen, oder ob die Tätigkeit im Zusammenhang mit dem „militärisch-industriellen Komplex (MIK)" stehe (hier sieht man, daß es den Terroristen gelungen ist, ihre Kampfsprache durchzusetzen). Weitere Fragen aus dem Analysevorschlag zielen auf Verbindungen zu Staaten mit Krisensituationen oder revolutionären Bewegungen, Beteiligung an Produktion, Forschung oder Planung auf dem Gebiet der Kernkraft, Betätigung auf dem Gebiet der Gen-Technologie, der chemischen Forschung und Produktion. „Steht das Unternehmen/Institution durch Versicherungen beziehungsweise Finanzierungen mit Aktivitäten in Verbindung, die sich auf Entwicklungshilfe, Kernkraft, High Tech oder den 'militärisch-industriellen Komplex' beziehen?" Wichtig sei schließlich die Erforschung des eigenen Bildes in der Öffentlichkeit, wie es im Fernsehen, Rundfunk oder der überregionalen Presse dargestellt wird, ob es Gegenstand in- oder ausländischer Propaganda sei, worauf sich diese Propaganda beziehe, in welchen ideologischen Zusammenhang das Unternehmen gebracht werde, welche Parolen und Flugblätter es gebe und ob man Erwähnung in der „Untergrundpresse" finde.

Schließlich wird zur Untersuchung der eigenen „örtlichen Gegebenheiten" geraten. Dabei sei auch an die Lage von Zweigstellen und entfernten Abteilungen des Betriebs zu denken. Also sei zu fragen, welche eigenen Einrichtungen für Gewalt oder Sabotage von besonderer Bedeutung sein, welche besonderen geographischen Verhältnisse wichtig sein könnten, wie das soziale Umfeld geschaffen ist, ob es Gruppenbildung „mit ideologischem Hintergrund" im Betrieb gebe. Nicht zuletzt wird die Erforschung der Ideologie geraten, der Versuch, die Sicht der Gewalttäter zugunsten der eigenen Abwehr zu studieren: „Welche Gründe aus der Sicht der Gewalttäter können Anlaß zu Aktionen geben?" Auch hier reicht der Katalog von antiimperialistischen, antimilitaristischen und antistaatlichen Vorstellungen bis hin zu den „Lehrgebäuden" des Marxismus, Leninismus, Kommunismus. Oder auch die Frage, ob der Vorwurf des Rassismus, ob Probleme des Umweltschutzes, der Gegnerschaft zur Kernkraft, zur „High Tech", zu Computern, der Gentechnologie oder das Argument des Tierschutzes möglichen Tätern als Vorwand ihrer Anschläge dienen könnten. Auch das Ergebnis einer solchen Selbstprüfung wird absolute Sicherheit nicht garantieren, aber vermutlich doch die Erfahrung bestärken, daß erkannte Gefahr verminderte Gefahr ist.

lach am Mittwoch geht Rebmann davon aus, daß die RAF dort „fast optimale Bedingungen" für einen Anschlag ausgespäht habe.

Das vermutlich zur Tat benutzte Fahrzeug ist, wie berichtet, ein dunkelblau-metallicfarbener VW-Passat mit dem gefälschten Kennzeichen M - EL 5830. Das schmutzbespritzte Auto wurde am Dienstagmorgen an der Laufzorner Straße in Oberhaching, etwa 300 Meter vom S-Bahnhof Deisenhofen entfernt, von der Polizei gefunden. Es wurde am 23. Juni in Rosenheim gestohlen. Die 60köpfige Sonderkommission der Polizei nimmt an, daß der Wagen „mit großer Wahrscheinlichkeit" zur Vorbereitung und Ausführung des Straßlacher Bombenanschlags verwendet worden ist. Nach Mitteilung des Präsidenten des Bundeskriminalamts, Heinrich Boge, ist das Kennzeichen eine sogenannte Doublette. Ein Wagen des gleichen Typs, der gleichen Farbe und mit dem gleichen Kennzeichen sei im Raum München ordnungsgemäß zugelassen. Die Polizei fahndete nach dem Fahrzeug zunächst mit der Verteilung von Handzetteln an alle Autofahrer, die regelmäßig morgens auf der Staatsstraße zwischen Grünwald und München verkehren.

Suche nach hellem Kastenwagen

Unterdessen ist laut AP eine neue große Suchaktion nach einem hellen Kastenwagen, Bus oder Kombiwagen angelaufen, der nach Meinung der Ermittlungsbehörden mit dem Anschlag von Straßlach zu tun hat. Ein Sprecher der Sonderkommission in Straßlach sagte, es habe eine systematische Suche nach diesem Fahrzeug in einem Radius von zehn Kilometern um den Tatort begonnen. Die Sonderkommission gehe davon aus, daß der Wagen in diesem Raum von den Terroristen abgestellt worden ist. An der Suche beteiligen sich nach Angaben des Sprechers Einheiten der Bereitschaftspolizei und der Schutzpolizei.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Siemens AG, Karlheinz Kaske, hat zusätzlich die Leitung des Zentralbereichs Forschung und Technik des Unternehmens übernommen. Dieser Bereich war von Karl Heinz Beckurts geführt worden.

Leider empfangen wir noch immer kaum leserlichen Kopien,
bitte versuch doch mal .....

SIEMENS AG
Kampfwertsteigerung durch Elektronik

WT: *Bevor wir auf die Siemens-Aktivitäten für die Verteidigung eingehen, möchten wir Sie bitten, unseren Lesern mit einigen Worten einmal das Gesamtunternehmen vorzustellen.*

von Sanden: Daß Siemens mit seinem Geschäftsvolumen von ca. 30 Mrd. DM eines der größten deutschen Unternehmen ist und in der Elektrobranche weltweit das fünftgrößte, brauche ich hier wohl nicht weiter auszuführen. Hinweisen möchte ich vielmehr darauf, daß es ein Charakteristikum unseres Unternehmens ist, das fast komplette Spektrum der Elektrotechnik zu bearbeiten, also vom Mikroprozessor mit der nächsten Generation der integrierten Schaltkreise bis hin zu Magnetkernspulen für zukünftige Kernfusion — um Ihnen nur einmal das kleinste und vielleicht größte Teil zu nennen. Dies alles geschieht voll bei Siemens oder den Tochtergesellschaften, beispielsweise der Ihnen wohl bekannten Kraftwerk-Union (KWU).

WT: *Sie sind stolz darauf, das gesamte Spektrum der Elektrotechnik zu bearbeiten — war das schon immer so, war es gar ein Ziel der Firma Siemens?*

von Sanden: Das war ein erklärtes Ziel des Firmengründers, Werner von Siemens, und später von Karl-Friedrich von Siemens. Seinerzeit wurde bewußt zusammengefaßt die medizinische Technik, die Starkstromtechnik — damals Siemens-Schuckert — und Schwachstrom/Fernmeldetechnik in der Urfirma Siemens & Halske. Dieser Punkt wird noch heute im Hause diskutiert, und wir stellen uns in Abständen von einigen Jahren die Frage: Können und wollen wir das gesamte Spektrum selbst bearbeiten, sollen wir uns in branchenfremden Gebieten diversifizieren, wie beispielsweise einige amerikanische elektrotechnische Unternehmen? Unsere Antwort war bisher immer: Keine Diversifikation um der Diversifikation willen. Uns geht es mehr um die Tiefe. Wenn z. B. ein Unternehmen in der Datenverarbeitung und auch auf dem Bauelementegebiet gleich stark tätig ist und beide Bereiche auch intern koppelt, so kann es, wenn es richtig gemacht wird, in der gesamten Elektronikbranche eine Führungsposition erreichen. So traut man uns auch als einziger europäischer Firma zu, auf dem Mikroelektroniksektor gegen USA und Japan bestehen zu können.

WT: *Bedeutet dies alles, daß — um das breite Spektrum auch in schlechten Zeiten aufrecht erhalten zu können — ein Unternehmensbereich auch einmal in roten Zahlen stecken kann und über einige Jahre hinaus von anderen Bereichen unterstützt wird?*

von Sanden: Die Unternehmensbereiche und weiter die Geschäftsbereiche bis hin zu den Geschäftszweigen sind ja eigene Profitcenter — aber sie fühlen sich auch als Teil des Ganzen: sie bevorzugen beispielsweise Rechner und Bauelemente unserer Firma und streben synergetisches Zusammenwirken an, wo immer möglich. Ein breites Spektrum kann also auch helfen, auf bestimmten Sektoren führend tätig zu sein. So wollen wir beispielsweise in der Starkstromtechnik durch Hinzufügen moderner Prozeßrechner Energie sparen — Sie sehen, eines ergänzt das andere. Dies gilt auch für die Arbeiten auf dem Gebiet der Wehrtechnik.

WT: *Damit geben Sie schon das Stichwort Wehrtechnik. Warum war Siemens bisher eigentlich so sehr zurückhaltend auf diesem Sektor — tätig sind Sie doch schon lange für das Militär?*

von Sanden: Ja, eigentlich schon seit Gründung unseres Hauses. Es ist vielleicht nicht allgemein bekannt, daß im Jahre 1847 Werner von Siemens mit Major von Etzel eine unterirdische Telegraphenlinie von Bremen nach Bremerhaven gebaut hat. Dies war u. a. Voraussetzung, daß der König von Preußen 1856 die Feldtelegraphie in seinem Heere einführen konnte. Seit dieser Zeit haben unsere Leistungen auf dem Gebiet der Fernmeldetechnik auch dem Verteidigungsbedarf gedient. Warum wir gegenüber der Öffentlichkeit vielleicht manchmal etwas zurückhaltend waren, das hat mehrere Gründe. Vor allem ist dies mit der Firmenstrategie, mit der Steuerung nach innen verbunden. Wir wollen verhindern, daß dieses Geschäft innerhalb des Unternehmens ein zu großes Gewicht bekommt — denken Sie nur an die Abhängigkeit vom öffentlichen Auftraggeber. Vor einigen Jahren war es unser erklärtes Ziel, die Datenverarbeitung voranzubringen — diesem Ziel galten alle unsere Anstrengungen. Hätten wir damals die Wehrtechnik stärker herausgestellt, so wären wir sehr wohl zu einer falschen Motivation auch unserer Mitarbeiter gekommen. Aber wir haben unseren wehr-

technischen Beitrag nie geleugnet. Unser Aufsichtsratsvorsitzender, Peter von Siemens, hat sich schon vor Jahren in einer Hauptversammlung positiv dazu bekannt, wir haben im Geschäftsbericht darauf hingewiesen. Wir sollten nie vergessen, daß wir schon sehr früh für die Bundeswehr tätig wurden, ja schon vorher haben wir beispielsweise Funkwagen an einige NATO-Länder geliefert.

WT: *Sind alle wehrtechnischen Aktivitäten bei Ihnen in einem Unternehmensbereich zusammengefaßt?*

Kügler: Wenn Sie sich unsere produktorientierten Unternehmensbereiche ansehen, so werden Sie verstehen, daß man nicht alle wehrtechnischen Tätigkeiten in einem Unternehmensbereich zusammenfassen kann. Sie sind verteilt auf vier Unternehmensbereiche: Bauelemente, Daten- und Informationssysteme, Energietechnik und Kommunikationstechnik, wobei der letzte Unternehmensbereich aber den weitaus größten Anteil hat. Dieser Unternehmensbereich hat selbst wiederum vier Säulen: Terminals, also Endgeräte, dann private Kommunikationsnetze, öffentliche Kommunikationsnetze und Sicherungssysteme.

WT: *... also eine neue Umschreibung für Wehrtechnik?*

Kügler: Nein, ganz und gar nicht, denn zu diesem Bereich gehören auch andere sicherungstechnische Arbeitsgebiete wie Eisenbahnsignaltechnik, Straßenverkehrsanlagen, Brandschutzanlagen, Einsatzleitzentralen und — um jetzt zur Wehrtechnik zu kommen — der Geschäftsbereich Funk- und Radarsysteme.

WT: *Dann ist im Bereich Sicherungssysteme ja vor allem die öffentliche Hand Ihr Auftraggeber — also ein planbarer Bedarf?*

Kügler: Wenn Sie Politik und ihre Entwicklung als planbar bezeichnen — dann ja. Ansonsten aber ganz und gar nicht. Sie können den Markt durch eigene Leistung nicht nennenswert beeinflussen. Sie sind weiterhin von relativ wenigen, großen Kunden abhängig, die von einem zum anderen Jahr ihr Bestellvolumen drastisch ändern können. Sie müssen Wahltermine, auch auf Kommunalebene, beachten — alles beeinflußt ihr Geschäft ungemein und ist leider nicht planbar.

WT: *Wie hoch sind die Umsätze im Bereich Sicherungssysteme?*

Kügler: Von den annähernd 10 Mrd. DM Umsatz des Unternehmensbereichs Kommunikationstechnik entfallen auf Sicherungssysteme etwa ein Viertel. Der Bereich Funk- und Radarsysteme bringt davon etwa 1 Mrd. DM.

WT: *Ist die 1 Mrd. DM noch durch die GEPARD-Lieferungen beeinflußt?*

Wiesner: Ja; deshalb werden wir auch in den nächsten zwei Jahren ein Tief durchzustehen haben, der Auftragseingang ist aber gut, so daß wir für die Zukunft optimistisch sind.

WT: *Für das Gesamtunternehmen gilt, das ganze elektrotechnische Spektrum abzudecken — auf dem wehrtechnischen Sektor muß man davon wohl einige Abstriche machen?*

von Sanden: Ja, hier haben wir uns die Gebiete herausgegriffen, auf denen wir glauben, stark zu sein aus dem internen Know-how heraus, sei es von der Bauelemente-, sei es von der Rechner- oder der Nachrichtentechnik-Seite her.

WT: *Welche wehrtechnischen Gebiete sind dies nun?*

Kügler: Ich möchte vier große Gebiete nennen: Fernmeldewesen, Orten und Leiten, Datenverarbeitung sowie elektrische und elektronische Ausrüstungen — oder etwas detaillierter: Für das militärische Fernmeldewesen bieten wir die Vermittlung und Übertragung von Sprache, Text, Bild und Daten, sei es über Kanal, Funk oder Richtfunk sowie die entsprechenden Endgeräte; wir sorgen auch für die Sicherheit, d. h. Verschlüsselung von Nachrichten jeder Art, und beschäftigen uns mit Funkaufklärung. Zum zweiten großen Gebiet »Orten und Leiten« gehört die Technik der Führungsmittel, Ziel- und Lenkmittel im Luftraum, auf See und auf dem Gefechtsfeld an Land. Grundelemente hierfür sind vor allem die verschiedenen Radarsysteme und die Optronik mit Laser-, Infrarot- und Wärmebild-Geräten. Ein wichtiges Teilgebiet ist dabei die Freund-/Feind-Kennung.

Die Datenverarbeitung befaßt sich mit Hard- und Software großer Rechenanlagen, Kompaktrechner und Mikrocomputer. Hier sind es vor allem die Führungs- und Informationssysteme, für die seit mehr als zehn Jahren militärische Versuchssysteme bestehen.

Aber auch im klassischen Fernmeldewesen, in der Ortung und in der Waffenleitung spielen Rechenanlagen eine immer größere Rolle.

An vierter Stelle sind elektrische und elektronische Ausrüstung samt Stromerzeugungsanlagen, die Regel- und Steuertechnik sowie Check-out-Systeme für Wartung und Reparatur zu nennen. Hier reicht unser Engagement ebenfalls von einzelnen Geräten bis zu komplexen Anlagen und einer umfassenden Logistik.

WT: *Die vier von Ihnen jetzt genannten Großgebiete entsprechen im Detail nicht der Gliederung Ihrer Unternehmensbereiche.*
Welche Gebiete gehören zum Unternehmensbereich Kommunikationstechnik?

Wiesner: Im Geschäftsbereich »Funk- und Radarsysteme« gibt es drei Geschäftsgebiete: Einmal »Funksysteme«, also militärische Fernmeldetechnik mit Übertragung auf allen Frequenzbereichen, Sicherung von Nachrichten mit Funkaufklärung. Dann das Geschäftsgebiet »Ortungssysteme« mit Radaranlagen, Kennsystemen, Optronik und Luftverteidigungssystemen — beispielsweise interessieren wir uns sehr stark für das geplante Nachfolge-/Ergänzungssystem für NADGE, das NATO Air Command and Control System ACCS. Das dritte Gebiet sind »Leitsysteme«.

Da der GEPARD jetzt ausläuft, soll dieses Geschäftsgebiet neue Aufgaben übernehmen, um das dort in den letzten Jahren erworbene Know-how zu nutzen.

WT: *An welche Aufgaben denken Sie?*

Wiesner: Einmal wird der GEPARD in den kommenden Jahren sicher verbessert werden können. Ein anderes Thema ist die Hubschrauberabwehr — hier wäre eventuell an ein spezielles System zu denken. Dann erwarten wir eine Beteiligung am PATRIOT-Nachbauprogramm, und zwar weniger Nachbau dieser oder jener Kleinkomponenten als vielmehr kompletten Nachbau bzw. Integration von — wie es so schön heißt — »major items«, wie z. B. der Radaranlagen. Wir wollen hierdurch verstärkt weiteres System-Know-how erwerben. Im gleichen Geschäftsgebiet sind auch unsere Aktivitäten für das Heeresführungssystem HEROS angesiedelt. Hier ist Siemens Hauptauftragnehmer für das Testsystem 1 - X - 3 geworden.

WT: *Nun bearbeiten Sie Führungssysteme doch auch in Ihrem Unternehmensbereich Daten- und Informationssysteme. Wie ziehen Sie hier eine Grenze — auch bei Ihnen selbst, denn Sie haben ja auch Führungssysteme in den Bereichen »Ortungssysteme« und »Leitsysteme«?*

Wiesner: Sobald der Schwerpunkt in den Führungssystemen mehr bei Management- und Informationsaufgaben, also der Nutzung großer Rechenanlagen mit umfangreichen Datenbanksystemen liegt, sind die Kollegen vom Unternehmensbereich Daten- und Informationssysteme angesprochen, hängt es aber mehr mit dem unmittelbaren Einsatz von Waffen zusammen, muß in Realzeit gearbeitet werden, so fällt das in unsere Zuständigkeit. Großräumige Luftraumüberwachungs- und Verteidigungssysteme werden bei »Ortung« bearbeitet, für Flugabwehr- und Heeressysteme ist »Leitsysteme« zuständig. — Letzteres allein schon wegen der guten, durch GEPARD gewonnenen Verbindungen zum Heer.

Um jetzt alle Aktivitäten unseres Unternehmensbereichs zu vervollständigen, muß ich noch Text- und Datenkommunikationssysteme mit ihren Endgeräten nennen und auch die Intrusionsschutzanlagen, also ein Objekt- und Flächenschutzsystem gegen unbefugt eindringende Personen.

WT: *Bisher waren immer nur Führungssysteme für Heer und Luftwaffe genannt worden — wie steht es mit ähnlichen Systemen für die Marine, aber auch Ortungs- und Leitsystemen für diese Teilstreitkraft?*

Wiesner: Unsere Marineaktivitäten sind vor allem im Unternehmensbereich »Energietechnik« konzentriert und umfassen die elektrischen Ausrüstungen für alle Arten von Überwasserschiffen und von U-Booten. Daß wir das Marinegeschäft bisher nicht auch auf Ortungs- und Leitsysteme ausgedehnt haben, liegt an zwei Gründen: der verfügbaren Kapazität und der Größe des Marktes. Auch wenn diese Teilgebiete nicht bearbeitet werden, unsere Marineaktivitäten in Erlangen haben sich sehr gut entwickelt.

WT: *Wird es auch einmal einen Generalunternehmer Siemens für ein ganzes Marinevorhaben geben?*

Kügler: Das ist wohl nur eine Frage der Zeit.

WT: *Um nun etwas ins Detail, zu den Produkten selbst, zu gehen: Was steht auf dem Fernmeldesektor gegenwärtig im Vordergrund?*

Wiesner: Hier ist es das Automatische Korps-Stammnetz AUTOKO für die Bundeswehr, an dem wir erheblich mitarbeiten. Derzeit steht die Erneuerung der Richtfunkgeräte an durch das FM 1000 und das FM 15000 als Zubringersystem, die wir gemeinsam mit AEG-Telefunken entwickelt haben. Beide Systeme übertragen nur noch digitalisierte Nachrichten und sind damit weitestgehend störsicher. Der erste Serienauftrag soll wohl noch dieses Jahr erteilt werden. Gleichzeitig arbeiten wir auch an einer nächsten

Generation des Export-Richtfunk-Systems FM 200, das u. a. in Belgien, den Niederlanden und — im Nachbau — in Großbritannien eingeführt ist. Dann sollte ich die neue Truppenfunkgerätegeneration SEM 70/80/90 von SEL nennen, an der wir mitarbeiten und zuständig sind für Verschlüsselung — übrigens ein auf allen Kommunikationsgebieten durch uns stark bearbeiteter Sektor — und die für das Frequenzsprungverfahren benötigte Systemsteuertechnik. Eine Art Verbindung von Truppenfunkgeräten und AUTOKO-Netz ist das Wählfunknetz, das wir in der Vorphase bearbeiten.

WT: *Wie weit lassen sich derartige Anlagen oder auch Systeme, wie das AUTOKO, exportieren?*

Wiesner: Handicap ist, daß man sich bei der NATO in der EUROCOM nicht auf gemeinsame Spezifikationen einigen konnte — jeder hat daher sein eigenes Verfahren. Ein Export von Systemen wie AUTOKO in Nicht-NATO-Länder wird wohl nicht möglich sein — es sind doch sehr hochentwickelte und auch geschützte Systeme.

WT: *Entwickeln Sie auch Funkanlagen für die Luftwaffe?*

Wiesner: Ja — und zwar im Kurzwellenbereich. Zusammen mit Rohde & Schwarz entwickeln und fertigen wir den Bordtransceiver für das Kampfflugzeug TORNADO und arbeiten auch an einem Kurzwellentransceiver für die Aufklärungsfahrzeuge des Heeres.

WT: *Wie weit ist, falls Sie das hier sagen können, der Sektor EloKa bei Ihnen ausgebaut?*

Kügler: Im wesentlichen arbeiten wir nur auf dem Teilgebiet ELINT — einfach, weil uns eine breitere Aufgabenstellung, die uns auch herausfordert, fehlt. Hier würden wir gerne mehr tun, aber man müßte uns sagen, was man haben will, was benötigt wird.

WT: *Wie weit ist es mit dem Auftrag der Amerikaner für das ETS ihrer Streitkräfte in Europa?*

von Sanden: Als Systemführer haben wir den Auftrag mittlerweile bekommen und werden das sehr moderne, digitale System 1982 liefern. Selbstverständlich werden wir ein derartiges System dann auch anderen Kunden anbieten, in etwas geänderter Form auch unserer Luftwaffe, die für das GAFCON ähnliche Forderungen hat.

WT: *Jetzt zum Radarsektor: Wie weit ist das Tieffliegerüberwachungsradar TÜR?*

Wiesner: Die Entwicklung dieses später auf MARDER-Fahrgestell zu montierenden Radars MPDR 3002 läuft bereits seit einiger Zeit. Dieses TÜR und das Luftraumüberwachungsradar LÜR von AEG-Telefunken werden im Heeresflugabwehr-Aufklärungs- und Führungssystem zusammengebunden. Für die Entwicklung dieses Systems sind wir als Generalunternehmer ausgewählt worden.

WT: *Mit Tieffliegerüberwachungssystemen haben Sie doch auch im Ausland recht guten Erfolg gehabt?*

Kügler: Ja, aus dem Tieffliegermelde- und Leitdienst der Luftwaffe haben wir unser System SILLACS abgeleitet, das wir schon an mehrere Länder, sogar mit Nachbestellungen, liefern konnten. Hier hoffen wir auch noch auf andere Kunden.

WT: *Wie wird die Zukunft Ihres Unternehmens auf dem Radarsektor aussehen? Sie hatten einmal das Versuchsmodell eines phasengesteuerten Radars, das System VM 256, gebaut. Sind diese Arbeiten fortgeführt worden?*

Wiesner: Wegen Mittelknappheit wird hier derzeit nicht sehr viel unternommen — eine gute Gelegenheit, weiterzukommen, wäre natürlich der Nachbau des PATRIOT-Radars. Vielleicht kommt danach die Entwicklung eines EURO-SAM, also eines HAWK-Nachfolgemusters. Wir wollen dabei auf jeden Fall mitmachen.

WT: *Ein weiteres Gebiet ist die Optronik. Was gehört hier zu Ihrem Programm?*

Wiesner: Natürlich Laser-Entfernungsmesser, wie wir sie für den GEPARD und auch für den Export liefern. In einigen Exemplaren wurde auch schon der Infrarot-Radial-Tracker zur Verfolgung von Flugzielen an das Ausland geliefert. Auf dem Nachtsichtsektor entwickeln wir in einem trilateralen deutsch-französisch-britischen Programm das MILAN-Nachtsichtgerät MIRA. Basierend auf dem IR-Tracker, jedoch nicht im 5-μ-, sondern im 10-μ-Bereich bearbeiten wir auch ein eigenes, von Common Modules unabhängiges Wärmebildgerät, das u. a. durch unsere Schweizer Tochtergesellschaft für den neuen Schweizer Kampfpanzer vorgeschlagen wird.

WT: *Weil Sie die Schweiz erwähnen: Sie haben dort in der Siemens-Albis eine Tochter, die auch mit eigenen Systemen hervortritt. Gibt es eine Art Arbeitsteilung zwischen Ihnen?*

Kügler: Nein. Siemens-Albis arbeitet auf dem Rüstungssektor im wesentlichen unabhängig von uns für die Schweizer Armee.

WT: *Als wohl erste Firma im NATO-Bereich hat sich Siemens mit einem neuen Kennungs- und Identifizierungssystem — Sie nennen es CAPRIS — beschäftigt. Wie weit sind Sie hier fortgeschritten? Welche Vorteile hat CAPRIS?*

Kügler: Mit CAPRIS ist erstmals durch die unmittelbare Kopplung an die Waffen auch eine sichere Kennung und Identifizierung auf dem Gefechtsfeld möglich, und zwar mit den verschiedensten Betriebsarten Boden/Boden, Boden/Luft usw. — und es ist täusch- und störsicher. Erste Versuchsmuster wurden schon mit gutem Erfolg in Munster erprobt. Jetzt soll es in der NATO zu einer Standardisierung auf diesem Gebiet kommen mit einem NATO Identification System NIS, für das CAPRIS natürlich ein wesentlicher Beitrag ist. Mittlerweile gibt es auch schon ein MoU zwischen Deutschland, USA und Großbritannien über dieses NIS — damit ist sichergestellt, daß alle Informationen ausgetauscht werden. Wir hoffen jetzt auf eine schnelle Erstellung der taktischen Forderung, um mit der Geräte-Entwicklung beginnen zu können.

WT: *Wir sprachen schon etwas über Führungssysteme — Sie nannten auch das HEROS und das Heeres-Flugabwehr-Aufklärungs- und Führungssystem. Für die Luftwaffe hatten Sie EIFEL 1 entwickelt. Kommt jetzt EIFEL 2?*

Wiesner: Beim Einsatzführungssystem EIFEL 2 — EIFEL 1 war ja nur eine Art Testsystem — bewerben wir uns um die Generalunternehmerschaft. An diesem System sind auch die Amerikaner interessiert, die EIFEL 1 durch die Zusammenarbeit mit der Luftwaffe kennen und schätzen gelernt haben. Manche glauben sogar, daß EIFEL 2 noch ein NATO-System wird.

WT: *Bei mehreren Gelegenheiten konnten wir feststellen, daß die NATO jetzt des öfteren als Auftraggeber für Systemstudien, Definitionsarbeiten und ähnliches auf dem elektronischen Sektor auftritt. Haben Sie auch schon daran partizipieren können?*

Kügler: Ja, zumeist in internationaler Zusammenarbeit. Zu den NATO-Behörden haben wir durch unsere spezielle NATO-Verbindungsstelle in Brüssel gute Verbindungen.

WT: *Auf zivilem Sektor geben Sie sehr viel für Entwicklung aus — wie steht es mit eigenfinanzierten Entwicklungen für militärische Systeme?*

von Sanden: Natürlich geben wir auch Eigenmittel für militärische Entwicklungen aus — sie liegen ungefähr, jährlich schwankend, in der Größenordnung der uns vom Staat, also dem Verteidigungsministerium, zufließenden Entwicklungsgelder. Auf dem Zivilgebiet hingegen entwickeln wir fast ausschließlich mit Eigenmitteln — beispielsweise stecken wir 10 % des 10 Mrd.-Umsatzes des Unternehmensbereichs Kommunikationstechnik in die Entwicklung. 5 Mio. DM haben wir vom Forschungsministerium nur erhalten, weil wir die einzige Firma in Deutschland waren, die ein spezielles Gebiet bearbeitet. Im allgemeinen sind wir bemüht, selbst zu entwickeln, denn nur dann haben wir auch alle Rechte an der Entwicklung.

Im fernmeldetechnischen Bereich überwiegt auf militärischem Gebiet die eigene Entwicklung — auch, weil hier doch eine recht große Verwandtschaft mit dem zivilen Bereich besteht. Es gibt aber auch Radargeräte und optronische Geräte, die wir allein und aus eigenem Antrieb entwikkelt haben.

WT: *Sie liefern für die Streitkräfte recht unterschiedliche Systeme — einerseits Hardware, also Geräte, andererseits auch Software. Kann da noch von einer durchschnittlichen Fertigungstiefe gesprochen werden?*

Kügler: Sie deuten es schon an — ein Durchschnittswert ist durch die Nichtvergleichbarkeit der Systeme nicht angebbar. Die Fertigungstiefe ist hoch, beispielsweise bei Radarsystemen, sehr niedrig war sie beispielsweise beim GEPARD, da wir dort im wesentlichen zu integrieren hatten. Dann ist, denken Sie an die Führungssysteme, der Software-Anteil stark ansteigend. Während beispielsweise vor wenigen Jahren der Anteil der Hard- zu Software in der Entwicklung bei 80 : 20 % lag, liegt er jetzt schon ungefähr bei 50/50. Das gilt auch für unsere Fertigungsbetriebe — der Anteil der reinen Fertigung an Drehbänken usw. geht zurück. Integration zugelieferter Komponenten zu einem Gesamtsystem nimmt ebenso zu wie die Softwareerstellung.

WT: *Beim Militär, besonders beim Heer, spürt man hin und wieder eine Art reservierten Verhaltens gegenüber der Elektronik — sie sei zwar von großem Nutzen, sie müsse aber weit weniger störanfällig, also zuverlässiger werden. Wird hier die Zukunft Besserungen bringen?*

von Sanden: In den letzten Jahren ist die Zuverlässigkeit eines Systems oder Gerätes stark in den Vordergrund gerückt — nicht nur im militärischen, sondern auch im zivilen Bereich — denken Sie an die Buchungssysteme bei Fluggesellschaften oder Hotels. Der Mensch verläßt

sich oder muß sich ganz auf deren Zuverlässigkeit verlassen können. Die Nutzung der Mikroelektronik wird uns hier mit Sicherheit einige Schritte voranbringen, allein schon dadurch, daß viele Löt- und Steckverbindungen wegfallen.

WT: *Wird die Elektronik bei den Streitkräften weiter zunehmen?*

Kügler: Mit Sicherheit. Einmal, weil gewisse Funktionen und Aufgaben nur durch die Elektronik ausgeführt werden können. Andererseits aber auch, weil man durch sinnvolle Nutzung der Elektronik Leistungssteigerungen erzielen kann. Und durch Elektronik kann man vorhandene Systeme besser nutzen, langer nutzen — Elektronik ist das beste Mittel, um zu einer Kampfwertsteigerung eingeführter Waffen zu kommen. Hier sind noch viele Möglichkeiten nicht ausgenutzt worden; die Elektronik ist ja eines der wenigen technischen Gebiete, in dem die spezifischen Kosten laufend sinken.

WT: *Auf einigen Teilgebieten haben wir schon den Export angesprochen. Können Sie einen generellen Exportanteil auf dem militärischen Sektor angeben und entwickeln und produzieren Sie Verteidigungselektronik auch im Ausland?*

von Sanden: Der Exportanteil liegt je nach Sachlage und Zeitpunkt zwischen 10 und 30 %. Einmal, weil ein Großprojekt, wie etwa der GEPARD, die Statistik stark verschiebt, zum anderen ist »Export« kein eindeutig definierbarer Begriff. Beispiel: Unsere Beteiligung am ROLAND müßte formal zum Export zählen, da der Auftraggeber in Paris sitzt, obwohl die Bundesrepublik Deutschland letztlich zu einem guten Teil Empfänger ist. Gleiches gilt für den ETS-Auftrag: Der Kunde sind die amerikanischen Streitkräfte, der Auftrag selbst wurde uns jedoch durch die Bundespost erteilt.

Wir haben einen Fertigungsbetrieb in Oostkamp in Belgien, in dem einige unserer Produkte hergestellt werden, z. B. die Radargeräte für den GEPARD. Daneben gibt es in unseren Tochtergesellschaften in einigen NATO-Ländern wie Großbritannien, Niederlande und Norwegen Aktivitäten für den jeweiligen nationalen Markt.

Mit der schon genannten Ausnahme Schweiz, und eventuell auch Österreich, produzieren wir sonst im Ausland keine speziell für das Militär entwickelte Elektronik — etwas anderes ist es natürlich mit normalen elektrotechnischen und elektronischen Produkten unseres Programms, die gleichermaßen zivil wie militärisch genutzt werden können.

WT: *Insgesamt doch ein, auch für die Zukunft recht positives Bild für die wehrtechnischen Aktivitäten Ihres Unternehmens?*

von Sanden: So sehen wir es auch. Wir betrachten die Ausrüstung der Streitkräfte als eine legitime Aufgabe und Möglichkeit für die Industrie und werden deshalb fortfahren, unsere traditionelle Führungsposition auf den Gebieten der Nachrichtentechnik und Elektronik ganz selbstverständlich auch für die Verteidigung zu nutzen. Da größere Systeme immer mehr Gemeinschaftsvorhaben innerhalb des westlichen Bündnisses sein werden und auch der amerikanische Markt über kurz oder lang für Firmen unserer Statur zu öffnen ist, steht für uns die Bewahrung der Konkurrenzfähigkeit durch Leistung im Vordergrund.



aus: 'Frieden schaffen mit europäischen Waffen?'
Otto Pirschel, ISP-Pocket 15, DM 10,80
April 1986

Institutionen außen- und militärpolitischer Zusammenarbeit

Die multinationale Abstimmung der westeuropäischen Staaten über ihre Außen- und Militärpolitik findet in der Hauptsache in vier Institutionen statt: In der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), in der Westeuropäischen Union und in der Eurogroup und der Unabhängigen Europäischen Programmgruppe in der NATO. Durch dieses Geflecht von Gremien werden die meisten kapitalistischen Staaten Westeuropas erfaßt und in die Integration imperialistischer Politik eingegliedert. Die wechselnde Mitgliedschaft in den Gremien ist zugleich ein Indiz für die Widersprüchlichkeit des Integrationsprozesses, der von nationalstaatlichen Rücksichtnahmen und Sonderinteressen gebremst wird.

Die Europäische Politische Zusammenarbeit ist formal gar nicht Bestandteil der EG-Institutionen, aber auf das Engste mit ihnen verknüpft, weil es eine Trennung der EPZ vom EG-Außenministerrat nicht gibt. Innerhalb der EG bildet die EPZ den „Anfang einer koordinierten Sicherheitspolitik"[7]. Das gemeinsame Vorgehen der EG-Staaten gegen Argentinien während des Malwinen-Krieges wurde in der EPZ vereinbart. Diese Ansätze reichen in der westdeutschen Bourgeoisie kaum jemanden aus. Befürworter einer klareren militärpolitischen Aufgabenstellung und Kompetenz der EPZ führen das Wort. Die Vorstellungen reichen dabei von der EPZ als Grundstein für eine westeuropäische Nuklearstreitmacht bis hin zu multilateralen Interventionstruppen für fernere Krisenregionen. Bei den Versuchen, diese Ziele ansatzweise in der EPZ zu verankern, erwiesen sich in der Vergangenheit das neutrale Irland und die oft als „De-facto-Neutralisten" verschrienen Dänemark und Griechenland als größte Hemmnisse, weil sich die beiden letztgenannten die Reste von Eigenständigkeit, die sie sich im NATO-Rahmen bewahrt haben, nicht durch neue EG-Integrationszwänge nehmen lassen wollen. Übereinstimmungen bei der Bildung einer Politischen Union (siehe Kapitel 4) werden durch innenpolitische Auseinandersetzungen in Dänemark und Griechenland bereits wieder in Frage gestellt.

Stärker ins Rampenlicht als die EPZ ist seit 1983 die WEU (Westeuropäische Union) geraten, nachdem von Frankreich und der Bundesrepublik verschiedene „Wiederbelebungsversuche" unternommen wurden. Die führende Rolle der Bundesregierung bei diesen Vorgängen ist umso bemerkenswerter, je klarer man sich macht, daß die unmittelbare Vorläuferorganisation der WEU, die Westunion, 1948 noch als Instrument gegen jegliche „Erneuerung der deutschen Aggressionspolitik" gegründet worden war. Nach der Umwandlung der Westunion in die WEU 1954 und der Aufnahme Italiens und der Bundesrepublik bleiben gleichwohl viele Rüstungsbeschränkungen gegenüber der BRD bestehen. Hinsichtlich der Herstellung konventioneller Waffen sind diese Beschränkungen inzwischen allesamt aufgehoben worden. Dieser Vorgang war erstens Bedingung der Bundesregierung für jede weitere Unterstützung von „Belebungsversuchen" der WEU und zweitens die juristische Absicherung von Gemeinschaftsprojekten mit Frankreich (Seezielflugkörper, ANS) und mit den USA und Großbritannien (Abstandsflugkörper LR-SO11). So ist denn die Geschichte der WEU auch die Geschichte des Aufstiegs der BRD von der Verlierermacht des Zweiten Weltkrieges mit Begrenzungen der staatlichen Souveränität zur stärksten EG-Nation und der schlagkräftigsten konventionellen Streitmacht Westeuropas.

Die westdeutschen Gründe für eine Ausweitung der WEU-Befugnisse sind:

- Die im Unterschied zum NATO-Vertrag geltende automatische und uneingeschränkte Beistandspflicht aller Mitgliedsstaaten, die nach westdeutscher Meinung den Einsatz französischer Atomwaffen einschließt;
- die Festlegung Großbritanniens, die Stärke der Rhein-Armee von vier Divisionen und einer taktischen Luftflotte nicht ohne Abstimmung mit den Partnern zu verändern;
- die fünfzigjährige Geltungsdauer des Vertrags;
- die Möglichkeiten des Truppeneinsatzes außerhalb des NATO-Vertragsgebietes, das, im Unterschied zum Einsatzraum der WEU-Staaten, fest umrissen ist.

Die ausdrückliche militärpolitische Kompetenz der WEU und das Fehlen der „Querulanten" Dänemark und Griechenland hatten in den vergangenen zwei Jahren zu optimistischen Kommentaren hinsichtlich einer „Wiederbelebung" der WEU geführt, doch diese Integrationshoffnungen sind nicht erfüllt worden. Die Parlamentarier-Versammlung der WEU rügt den Ministerrat denn auch, nicht genügend für die Einflußerweiterung der WEU zu tun, und die Maßnahmen zum Aufbau einer von der NATO unabhängigen militärischen Struktur nicht eingeleitet zu haben. Einzig in der FINABEL-Gruppe, der regelmäßigen Zusammenkunft der Generalstabschefs der Landstreitkräfte, findet eine Koordinierung der Rüstungsproduktion statt.

Um das Gewicht der europäischen NATO-Staaten zu erhöhen und die Rüstungsvorhaben besser aufeinander abzustimmen, wurden 1970 die Eurogroup in der NATO und 1976 die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG) gegründet. Die Eurogroup fungiert ohne die Beteiligung des französischen Imperialismus als die wichtigste Institution britisch-westdeutscher Zusammenarbeit.

Eine der ersten Maßnahmen der Eurogroup war im Dezember 1970 die Verabschiedung des Europäischen Verstärkungsprogramms mit einem Finanzvolumen von einer Milliarde Mark. Gleichzeitig begannen die Eurogroup-Staaten ihre Zusammenarbeit in der Weise zu verbessern, daß seit 1971 regelmäßig sogenannte EURO-PACKAGES verabschiedet werden, die die gemeinsamen Aufrüstungsvorhaben festschreiben.

Im Rahmen der Eurogroup vereinbarte Aufrüstungsmaßnahmen; EURO-PACKAGES 1980-85

	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Luftstreitkräfte (a)						
Kampfflugzeuge	170	225	240	270	260	280
Hubschrauber und sonstige Flugzeuge	110	160	25	60	60	70
Landstreitkräfte						
Kampfpanzer		270	400	550	700	740
gepanzerte Fahrzeuge	640	440	850	450	350	600
Panzerabwehrsyst. (b)	10 200	5 140	3 900	700	40 000	4 150
Seestreitkräfte						
Flugzeugträger	—	—	1	—	—	1
Überwasserschiffe	—	13	17	30	28	19
U-Boote	—	—	4	2	2	1

a) Nicht in der Systemstückzahl angegebene Verbesserungen der Luftabwehrfähigkeit sind ebensowenig aufgeführt wie andere allgemein benannte Kampfwertsteigerungen.
b) Diese Zahlen enthalten auch tragbare Raketenwerfer.

Quellen: *Jahrbücher für internationale Politik und Wirtschaft 1980-1984; NATO-Briefe* 6/1982, 6/1983, 6/1984.

Die aktuellen Zielsetzungen der Eurogroup haben sich gegenübert den Gründerjahren nur wenig gewandelt: die Stärkung der NATO ist das Hauptziel geblieben. Die westeuropäischen Staaten wollen daneben die „Aufspaltung unserer Mittel und (den) kleineren Markt mit Binnenkonkurrenz" überwinden, eine „ausgewogenere Zweibahnstraße des Rüstungshandels" und einen rationelleren Mitteleinsatz bei Forschung und Entwicklung erreichen um „eine hochtechnologische industrielle Basis in Europa (zu) erhalten, die in der Lage ist, mit den Vereinigten Staaten und Japan Schritt zu halten"[8]. Die speziellen Großmachtziele des britischen und des westdeutschen Imperialismus sind auf den allmählichen Aufbau einer westeuropäischen Militärorganisation ausgerichtet, die zu gegebenem Zeitpunkt der EG angegliedert werden kann.

Allein die Eurogroup konnte dafür jedoch nie den ausreichenden Rahmen abgeben, da sie zwar ein bevorzugtes Gremium der westdeutsch-britischen Zusammenarbeit bildet, aber Frankreich ausschließt, das auf absehbare Zeit weder der Militärorganisation der NATO noch der Eurogroup beitreten wird. Immerhin fungiert seit 1976 die Unabhängige Europäische Programmgruppe (Independent European Programme Group - IEPG) als Verbindungsglied zwischen der Eurogroup und Frankreich. Allein Island gehört von den europäischen NATO-Staaten der IEPG nicht an. Die IEPG bildet praktisch den Vorläufer einer Westeuropäischen Rüstungsagentur, deren Gründung 1975 aus der Eurogroup heraus von Belgien und Großbritannien und im gleichen Jahr vom belgischen Außenminister Tindemans in seinem gleichnamigen Bericht für die EG vorgeschlagen wurde.

Die IEPG hat die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit übernommen, die vorher die Arbeitsgruppe EURONAD der Eurogroup geleistet hatte. Während Frankreich und Großbritannien die Programmgruppe nutzen wollten, ihre national produzierten Rüstungsgüter auf dem gesamten westeuropäischen Markt zu vertreiben, forderte die BRD echte Kooperationsprojekte und lehnte die britisch-französischen Vorstellungen ab. Mit dem „Versuch" IEPG wollte der damalige Verteidigungsminister Leber „ein Stück europäische Integration, militärisch und industriell" verwirklichen. Über den Vorsitz im IEPG-Arbeitskreis Rüstungswirtschaft und Verfahren versucht die BRD ihr Interesse an einem gemeinsamen Rüstungsplan durchzusetzen. Sehr erfolgreich sind diese Bestrebungen bisher nicht gewesen. Der niederländische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, van Houwelingen, der für zwei Jahre den Vorsitz in der IEPG führt, schrieb 1984, daß die Programmgruppe „in den acht Jahren seit ihrer Gründung keine großen Fortschritte erzielt hat"[9].

Mitgliedschaft der westeuroäischen Staaten in den verschiedenen Gremien der NATO und der westeuropäischen Integration

	EG	ESA	EUREKA(a)	NATO	Eurogroup	IEPG	WEU
Belgien	x	x	x	x	x	x	x
BRD	x	x	x	x	x	x	x
Dänemark	x	x	x	x	x	x	
Finnland			x				
Frankreich	x	x	x	x		x	x
Griechenl.	x		x	x	x	x	
Großbrit.	x	x	x	x	x	x	x
Irland	x	x	x				
Island				x			
Italien	x	x	x	x	x	x	x
Luxemburg	x		x	x	x	x	x
Niederl.	x	x	x	x	x	x	x
Norwegen			x	x	x	x	
Österreich			x				
Portugal	x		x	x	x	x	
Schweden		x	x				
Schweiz		x	x				
Spanien	x	x	x	x	x	x	
Türkei			x	x	x	x	

EPZ = Europäische Politische Zusammenarbeit
ESA = Europäische Raumfahrtagentur
EUREKA = Agentur für die Koordination westeuropäischer Hochtechnologieforschung
Eurogroup = Europäische Gruppe in der NATO
IEPG = Unabhängige Europäische Programmgruppe in der NATO
WEU = Westeuropäische Union

a) Eine formelle Mitgliedschaft gibt es nicht, sondern eine Teilnahme an den bisherigen EUREKA-Konferenzen in Paris und Hannover.

Um schneller als bisher zu Verbesserungen der Zusammenarbeit zu kommen, hat die erste Ministerkonferenz der Europäischen Programmgruppe im November 1984 ein ganzes Bündel von Maßnahmen beschlossen:

1. Die Zurückstellung nationaler Projekte hinter Kooperationsvorhaben;
2. Der Wille zur Beschaffung im westeuropäischen Ausland oder partnerschaftliche Durchführung von Lizenzproduktionen amerikanischer Waffensysteme.

3. Mehr Wettbewerbsbereitschaft bei der Durchführung der Kooperationsprojekte.
4. Stärkere industrielle Verflechtungen „vorzugsweise auf einer permanenteren Basis“[10].

Auf der gleichen Konferenz wurden die Nationalen Rüstungsdirektoren und die Europäische Verteidigungsindustriegruppe (EDIG) aufgefordert, Programme für die Durchführung gemeinschaftlicher Technologieprojekte zu entwickeln.

Die politischen Vorstöße dieser ersten IEPG-Ministertagung sind sicher ebenso bemerkenswert wie die Tatsache, daß gegenwärtig mehr als 30 Rüstungsprojekte durch die Europäische Programmgruppe vorbereitet werden. Andererseits fällt die Durchführung der Projekte meist „außerhalb des Rahmens der IEPG“[11]. Es bleibt insofern fraglich, ob die IEPG in den nächsten Jahren wirklich mehr werden kann als ein Gremium, in dem versucht wird, die unterschiedlichen nationalstaatlich organisierten Konzerninteressen zu vermitteln.

Mit der Behandlung der vier wichtigsten Institutionen für die westeuropäische Militärzusammenarbeit ist die Vielfalt und das Durcheinander von für die Rüstungsbeschaffung zuständigen Ausschüssen und Arbeitsgruppen kaum erfaßt; der Hamburger Friedensforscher Wulf geht von ungefähr 300 existierenden Gremien dieser Art aus[12]. Das bedeutet, daß in Westeuropa von einer nationalstaatsähnlichen Art der Rüstungsbeschaffung nicht geredet werden kann; das heißt auch, daß der US-Imperialismus in seiner Beschaffungspolitik und der Art der Rüstungsproduktion dem westeuropäischen Zentrum weiterhin überlegen ist. Das bedeutet nicht, daß Westeuropas Bürgertum unfähig sei, eigene rüstungswirtschaftliche und politische Interessen gegenüber den USA durchzusetzen. In der Raumfahrt (siehe Kapitel 4) hat die westeuropäische Kooperation die Grundlagen geschaffen, auf Teilgebieten von Zukunftstechnologien mit den USA Schritt zu halten. Daß die Westeuropäer auch beim Rüstungsexport und der militärischen Interessenwahrung in der „Dritten Welt“ die Konkurrenz mit den USA bestehen können, zeigen wir im folgenden Kapitel.



7 Karl Kaiser, *Sicherheitspolitik als neue EG-Aufgabe*, in: *EG-Magazin* 9/1983.

8 Michael Heseltine, *Die Stärkung des Europäischen Beitrags zur gemeinsamen Verteidigung — Die Rolle der Eurogroup*, in: *NATO-Brief* 6/1984, S. 20 ff.

9 Jan van Houwelingen, *Die Unabhängige Europäische Programmgruppe (IEPG): Aufgaben der Zukunft*, in: *NATO-Brief* 4/1984, S. 19.

10 *Entscheidungsdokument der ersten Ministertagung der IEPG*, in: *NATO-Brief* 6/1984, S. 31.

11 J. van Houwelingen, a.a.O., S. 20.

12 Vgl. Herbert Wulf, *Europäische Zusammenarbeit in der Rüstungsproduktion — Erfahrungen, Probleme, Perspektiven*, S. 18.

There Are Over 200 Political Prisoners And POWs In America's Prisons

They include prisoners from the New Afrikan/Black, Puerto Rican, Native American and Mexicano/Chicano liberation movements. Some of these prisoners have claimed Prisoner of War (POW) status as combatants for their independence movements under international law, which recognizes the right of colonized peoples to win their human rights, including the right to self-determination, by any means necessary. They include Revolutionaries and activists jailed for refusing to collaborate woth grand jury investigations of their movements; Sanctuary Workers; anti-nuclear Plowshares activists; draft resisters and prison organizers. They include anti-imperialists who have been imprisoned for building a clandestine armed Resistance.

NO TO APARTHEID! NO TO CIA CONTRAS!

Tom Manning and Richard Williams are two Revolutionary anti-imperialists recently convicted in Brooklyn, N.Y. of conspiracy and bombing charges along with others of the "Ohio 7." Tom was sentenced to 53 years and Richard to 45. The bombings targeted offices of the fascist apartheid South African government, corporations doing businessin South Africa (such as IBM), and military facilities (such as the U.S. Navy Recruiting Headquarters on Long Island.) These actions, in which no one was injured, were claimed by the United Freedom Front in support of and in solidarity with the Freedom struggles in South Africa and El Salvador. They were done in support of the People of Nicaragua and the Sandinista Revolution and to expose war crimes for which the United States is responsible.

Richard and Tom are deeply committed to the struggle against racism. They support National Liberation struggles and self-determination as fundamental to any struggle for basic human rights. The government calls this conspiracy. We call it RESISTANCE!

What Tom and Richard share with the 200 political prisoners in the U.S. is their will to resist, and because of this resistance they have been targeted by the counterinsurgency forces of the U.S. government, which consists of various state and local police agencies -- including the New Jersey State Police -- as well as the FBI.

Counterinsurgency is a strategy -- sometimes sophisticated, sometimes brutal, often of a paramilitary nature -- whose aims and goals are to search out and destroy a political target; to disrupt, neutralize and destroy targeted individuals or organizations, dissidents and Revolutionaries.

The FBI, U.S. Marshals, prison officials and various state police agencies -- particularly the New Jersey State Police -- have been responsible for many abuses as they target Revolutionary organizations and political prisoners/POWs.

Some examples of this murderous brutality:

** ASSASSINATION OF ANGEL RODRIGUEZ CRISTOBAL, PUERTO RICAN ACTIVIST, IN A FEDERAL PRISON CELL.

** SEKOU ODINGA, NEW AFRIKAN FREEDOM FIGHTER, TORTURED BY FBI AGENTS OF THE JTTF (JOINT TERRORIST TASK FORCE) IN NY.Y. TORTURE INCLUDES GRINDING OUT HIS TOENAILS. HOSPITALIZED FOR THREE MONTHS.

** SEVERAL ASSAULTS AGAINST THE OHIO 7 BY AGENTS WIELDING HIGH-VOLTAGE ELECTRIC STUN GUNS.

** IN THE CASE OF THE N.J. STATE POLICE THERE IS A HISTORY OF PHYSICAL ASSAULTS, ABUSE OF CHILDREN, ILLEGAL USE OF ELECTRONIC SURVEILLANCE, THREATS AND HARASSMENT.

** SUNDIATA ACOLI, NEW AFRIKAN FREEDOM FIGHTER, SECRETLY TRANSFERRED FROM N.J. STATE PRISON TO A "CONTROL UNIT" IN MARION FEDERAL PENITENTIARY. THE CONDITIONS HE IS BEING HELD UNDER CAN ONLY BE DESCRIBED AS INHUMAN.

** SEXUAL ASSAULTS UPON PUERTO RICAN POW ALEJANDRINA TORRES BY PRISON GUARDS.

** THE USE OF GRAND JURIES TO FORCE PEOPLE TO COLLABORATE (i.e., TALK, PROVIDE INFORMATION) OR BE IMPRISONED WITHOUT A TRIAL OR BAIL, AND NO LAWYER ALLOWED AT THE PROCEEDINGS.

THE RIGHT TO RESIST! -- STOP KILLER COPS!

We have a right and a responsibility to resist the criminal actions of those who abuse their power.

During the past year, killer cops who murdered Black community artist Michael Stewart and Eleanor Bumpurs, 66-year-old Black grandmother, were absolved of any guilt and returned to duty in the New York City Police Department.

Recently, a 17-year-old Black youth, Michael Harris, was shot in the back and killed by another killer cop in Newark, New Jersey.

All of us who value basic human rights must support the demands of Black and Hispanic communities across the country to STOP KILLER COPS!

SUPPORT POLITICAL PRISONERS/POWs

Richard and Tom have been charged by the state of New Jersey with the death of a state trooper killed during a shootout. Trial is scheduled for September 22, 1986. Both have emphatically stated that they are guilty of no crimes -- a claim the N.J. State Police can't make. Recently, one of their troopers, H. Messerman, was convicted of beating to death a motorist he had pulled over. It is the N.J. State Police who killed Zayd Malik Shakur on the New Jersey Turnpike and seriously wounded Assata Shakur. It is the N.J. State Police, along with the FBI, who kidnapped the children of Tom and Carol Manning, holding them incommunicado for two months and subjecting their 11 year old son to lengthy interrogation, Presently the state prison officials at Trenton are demanding that the young children of Tom and Richard submit to fingerprinting and photographing before they be allowed to visit their fathers.

By supporting political prisoners and POWs, we assert that the forces of repression -- police, prisons, military -- cannot stop the Spirit of their Resistance, because we make it our Resistance, too.

For information, write OHIO 7 SUPPORT COMMITTEE, BOX 530, CATHEDRAL STA., NEW YORK, NEW YORK 10025 .

FREE ALL POLITICAL PRISONERS/POWs - BUILD REVOLUTIONARY RESISTANCE!

Ohio 7 Fight for Internationalism

The Ohio 7 are revolutionary anti-imperialist women and men who were captured in 1984 and 1985. They were on trial in Brooklyn Federal Court for five months on charges of carrying out armed actions against US military facilities and recruiting offices, South African government offices, IBM, Union Carbide, Motorola, Honeywell and General Electric corporations. These actions were claimed by the United Freedom Front in solidarity with the struggling people of Azania/South Africa and Central America.

The Ohio 7 are white North Americans deeply committed to the struggle against racism. They are working class women and men who have varied histories—as children of mill workers, Vietnam Vets, activists in the prison rights movement and anti-war movement—histories which have given them a lifetime commitment to fighting in solidarity with national liberation to defeat US imperialism and build a socialist future for us and our children.

As political prisoners, the Ohio 7 have been subject to beatings and stun gun torture. They have had their children disappeared and held incommunicado by the FBI for several months. Throughout their imprisonment and trial, they have been an example of strength. They have fought that what the government calls "conspiracy" is, in fact, resistance.

The Ohio 7 were convicted on less than half of the charges against them, and were sentenced in April to terms of 15 to 53 years. Some of them still face state charges.

The following is excerpted from the closing statement of Ray Levasseur:

Good morning, ladies and gentlemen of the jury. During my opening statement, I tried to explain to you why I chose to represent myself during this trial. I said that this is not a criminal case, it is an attempt by the government to criminalize revoutionaries who resist the government's policies. It is an attempt to criminalize the movement of which I am a part, the clandestine movement. It is an attempt to criminalize the fight against U.S. imperialism. This is what in part makes this a political trial.

I have tried to add the voice of revolutionary resistance to this trial, to try to prevent us from being silenced and to advance those issues which are of great concern to us and people throughout the world. Those issues are self-determination for nations, human rights and the right of people to resist a government's criminal activity by whatever means are necessary to do so . . .

. . . Something bothered me that Mr. Gallagher [the U.S. attorney] did the other day. He stood over here and did a lot of pointing toward us talking about how sly we are, about how we're bombers, no regard for human life and everything. I want to point now at both of these men right here. Mr. Gallagher and Mr. Rose [another U.S. attorney] and their cohorts of the Joint Terrorist Task Force, two FBI agents and the NYC police department. I want

to point at both of them. I want you to know the only difference between the two of them is in style and not substance because the substance is the same with both of them. The important thing I want you to realize is that both of them, what they represent, why they are here, why they feel it's necessary to point over at [our] table and say we are the criminals, is because the sole reason they are here is to defend the government of racist South Africa, to defend the government of the United States, its policies, its war crimes in Central America.

They are not defending plaster of Paris walls over there at the South African government offices or the U.S. corporations that do business in South Africa. They are here to defend apartheid and the racist government of South Africa. They are here to defend war crimes in Central America. When we get up, we say something about the death of Michael Stewart on the streets of New York City, murdered by the New York City Police Department. They stand up and object; they show their own racism. They show which side of the freedom struggle they're on. They are here to defend the government of South Africa. I hope you keep that in mind throughout the remainder of this trial when you decide if and where the blame and guilt resides.

I should say now that I know that during the course of this trial that I've been very emotional, very passionate about the issues we've dealt with. In part that is because I'm outraged about what is happening under the apartheid system in South Africa; that it is happening with the support and complicity of this government and corporations that are headquartered in this country. At the same time, I'm not discouraged, I'm not depressed because I feel strong and have been encouraged by knowing, and there is no doubt about this in my mind, that South Africa will one day be free, that it will be called Azania and that the grandchildren of African people that are carrying the struggle on now, and their children, will dance on the graves of fascists like Botha who is president of South Africa today. . . . .

[The FBI tried to de-code dates in notebooks allegedly kept by the Ohio 7, which is the reference to ADJ dates.]

A lot has been said, particularly during the testimony of FBI agent Markey, about Jonathan Jackson and ADJ dates. I will continue on my closing by addressing that for a moment.

Jonathan was killed on August 7, 1980. You remember that Agent Markey came down from upstate Vermont. He said he needed the help of the resources of the Federal Government that are down in Washington, DC to determine that Jonathan Jackson died on August 7, 1970; that he was killed. That has two meanings. It speaks to that agent's credibility or lack of it, I should say. It speaks to the movement and what Jonathan means to us.

On August 9, 1970, two days after Jonathan was killed by police gunfire, George Jackson, his older brother, who was to be killed approximately a year later, wrote a letter to a friend. It was subsequently published in a book called *Soledad Brother: The Prison Letters of George Jackson*. He began the letter with a date, August 9th, 1970. Right under that it says, "Real date, 2 days ADJ." He went on to say, "We recognize all time in the future from the day of the manchild's death. Manchild, gun in hand, he was free for a while. I guess that's more than most of us can expect."

Agent Markey didn't know that Jonathan Jackson was 17 years old; that he was Black; that he was a revolutionary. That's why we called him the manchild. He never reached his full adulthood in a chronological sense, but he certainly did in spirit and with his commitment. The government and Agent Markey who I believe dances to the tune of the United States Attorney's Office, just like all the JTTF agents, have tried to reduce Jonathon's life and death to a mere statistic, just another Black person killed in a hail of police bullets. That he was murdered by police is not too hard to understand in a country as racist as this one where for every 22 Black people that are killed by the police, there is only one white person who is killed. Easily understood where during the very course of this trial, the murderers of Michael Stewart were absolved of the beating death of Michael Stewart and returned to their positions in the police department. A clear sign to the rest of their colleagues in one of the most racist police departments in this country.

We had a lot of talk about the Klan during this trial. You know where the largest chapter of the Klan is in New York State? Right here in New York City. It's called the Police Benevolent Association.

The life and death of Jonathan Jackson is more than a statistic. I think that much has come out to you during this trial. He was and continues to be a shining example to all of us who were affected by his courage and his vision. At 17 he was a manchild but he had the heart of a freedom fighter. He loved the people and was totally committed to removing the jackboot of oppression and racism from the neck of Black people. He challenges those of us who are white to fight white supremacy, to support the Black liberation struggle. He had the foresight to outline back then at 16 and 17 years of age, the necessity to build a movement that had clandestinity, clandestine organizations, as an essential aspect of it. He was a freedom fighter and a servant of the people. The best of the best to spring from the Black liberation struggle.

Clandestinity is something we've tried to make an issue of in this trial. It is essential to come to a certain understanding about clandestinity that is different than



what the government puts forward. The way the government puts it forward is to criminalize it. You might remember that in my opening statement, I said that I have been active for 16 or so years in the movement, beginning when I came back from Vietnam. I've been involved with a number of organizations, Vietnam Veterans Against the War, Southern Students Organizing Committee in Tennessee, a group called SCAR. I worked in the community quite publicly but by 1974, I said that I began doing work of a clandestine nature. Shortly thereafter to go much deeper into clandestinity, more totally underground.

I said there were a couple of factors that motivated me at the time; that's why I did things the way I did. One was that I see the need for clandestinity in this country if you're going to challenge the policies of this government and survive long enough to do it; that I could make a better contribution as a revolutionary working in the clandestine movement, and also there was much political repression in the early '70s. I told you during the opening about the existence of a death squad within the police department in the community where I worked in 1974. It was my intention to bring a witness here who was active in SCAR in Portland, Maine. The judge makes the determination on that, on certain witnesses. He has determined that this witness is not going to take the stand. . .

[Ray's closing was three hours. We're sorry that due to lack of space, we have to stop here. For a copy of the entire closing statement, write to Committee to Fight Repression, PO Box 1435, NY, NY 10025.]

Carrying on the Tradition of John Brown

Marilyn Buck is a North American revolutionary currently held in prison in New York City. She is charged in what has become known as the Brinks/RICO (racketeering) conspiracy case. Her political involvement goes back to the 1960s when she was a member of Students for a Democratic Society (SDS). She did solidarity work with the Black Panther Party in the San Francisco/Oakland area.

In 1973, she was arrested and charged with buying weapons and ammunition for the Black Liberation Army (BLA). Although only convicted of buying 2 boxes of ammunition, she was given the maximum sentence: 10 years in prison. She spent a year and a half in various county jails. Then she was sent to the women's prison in West Virgina, and held in isolation in the maximum security unit for 13 months. After a struggle, she was released into general population.

She kept struggling. She got a furlough in 1977 and didn't return. At her recent trial for escape, she explained, "I had to remain true to the principles which have guided me all my adult life—human rights for all people, self-determination for all oppressed nations, women's liberation and socialism. How could I return to the custody of u.s. imperialism—the sworn enemy of humanity?"

After eight years underground, Marilyn was arrested on May 11, 1985, with another revolutionary, Linda Evans. The government charges that she participated in the liberation of Assata Shakur, a member of the BLA, in 1979. They say she was wounded in the 1981 Brink's expropriation, but managed to escape. She faces a potential life sentence.

We are proud to print this article written by Marilyn about her upcoming case. Like John Brown, she has dedicated her life to fighting white supremacy. We urge our readers to support her and all political prisoners and prisoners-of-war.

This article was written before the capture of New Afrikan Freedom Fighter Mutulu Shakur. He is also charged in this case. At press time, it was not known whether they will be tried separately or together.

Write to Marilyn at: MCC, 150 Park Row, NY, NY 10007.

by Marilyn Buck

For months now, I've read thousands of pages of testimony from various "Brink's trials" that took place in 1983 and '84. Since I was underground then, this is my first direct exposure to these trials. I am struck with how the comrades involved combatted effectively the state's efforts to criminalize them and the New Afrikan Independence Movement. The courtroom became an arena of struggle between the historical force of African liberation and the racism and reaction of the imperialist state. As Sekou Odinga stated in his opening statement at the federal RICO trial:

> "I am a political being. I have been a part of the Black liberation movement—the movement to free Black people from the oppression and the injustices that they have suffered since first being brought here as African slaves... I am a New Afrikan soldier, and we have an absolute right to fight for our freedom. That is a human right. That is not a right that you have to ask or beg for. Like all people who want to be free, what is necessary to exercise that right is to stand up like men and women and exercise it. If it calls for fighting, then we fight."

These words sound in my mind as I watch the advance of the national liberation struggle in Azania/South Africa. The conditions are different, but the fundamental issue of African liberation is the same. The Azanian/South African people are rising up across their nation, on many different fronts, to demand an end to white colonial domination and white supremacy. There is no longer any peace or stability for the Boers and their government. There, the struggle is much closer to victory.

Sekou Odinga's words could have been spoken by revolutionaries from Angola, Mozambique, Zimbabwe, Namibia, or Azania/South Africa. But his words were spoken here. The confrontation between Black people's absolute right to fight for their freedom and the u.s.'s efforts to destroy this struggle has defined all the cases which grew out of the Brink's expropriation and subsequent government counterinsurgency offensive. The political defense in the Brink's case reaffirmed the right of a colonized nation to obtain land and independence, by any means necessary.

Now, two years later, the genocidal oppression Black people face in the u.s. is greater than at any time since this white supremacist government attacked Black Reconstruction in the South in the 1870s.

In May, 1985, the u.s. government en-

dorsed the bombing of a Black neighborhood in Philadelphia to eliminate a Black organization, MOVE, because it rejected the conditions of life and oppression forced upon the Black community. At the end of November, 1985, six cops were acquitted of murdering Michael Stewart, a Black graffiti artist whom they had beaten to death. The state actively encourages forces of white supremacy, like the KKK. It is attempting to enforce a racist, pro-war, consensus among white people, while launching broad-scale attacks on the lives, living standards, and human rights of Third World people inside the u.s.

This is the setting in which this second Brink's/RICO trial will take place. As a white North American, I come from the political perspective of revolutionary solidarity with the New Afrikan Independence Movement.

As in the first trials, the government will directly attack the right of New Afrikan/Black people to fight for land and independence. They will try to portray expropriating money to build a liberation struggle and liberating Prisoners-of-War like Assata Shakur as criminal acts, not legitimate aspects of a developing national liberation movement.

The government will try to criminalize and attack North American solidarity and alliances with the New Afrikan Independence Movement. It will try to reduce solidarity with the New Afrikan/Black liberation struggle to the participation of a few isolated individuals. The government's decision not to try Susan Rosenberg and Alan Berkman, 2 other anti-imperialist revolutionaries charged in this case, was designed to strengthen their media lie that I was "the sole white member of the BLA." The government will try to make an example of me. The message is that this is the price white people pay if they ally with struggles of oppressed peoples. It is one more effort to threaten people in the oppressor nation not to support land and independence for the New Afrikan/Black nation.

I've set political goals for this case, but they can't be just individual and they can't be achieved solely in the courtroom. Organizing support around this trial can build revolutionary consciousness and can fight for the leading strategy of national liberation worldwide in a broader anti-imperialist movement. This trial will be a concrete example of how white people can support the New Afrikan/Black independence struggle and fight white supremacy. This work will have to go on outside the courtroom as well as inside.

My goals for this trial are:

1) To expose the continuing counter-insurgency attacks against revolutionary movements. The u.s. has engaged in a massive counter-insurgency program (COINTELPRO) against the Black liberation struggle since the 1960s. Malcolm X, Martin Luther King, Fred Hampton and other leaders were murdered. Many revolutionary Black organizations, like the Black Panther Party, were attacked, undermined, and destroyed. Countless Black men and women were murdered or imprisoned because of COINTELPRO.

In the 1980s, the government has carried out this program under the guise of "anti-terrorism." After its attacks on the New Afrikan Independence movement and North American allies in 1981, the FBI Joint Terrorist Task Force coordinated counter-insurgency programs like BOS-LUC and Western Sweep. These programs were designed to track down New Afrikan and North American revolutionaries. In the last year, 14 North American revolutionaries—including me—all from a developing clandestine resistance movement—have been captured.

[In February, 1986, Mutulu Shakur was captured. A New Afrikan Freedom Fighter, he is charged in the Brinks/RICO case.]

However, despite escalating political repression, the government has not caught Assata Shakur or Nehanda Abiodun, New Afrikan Freedom Fighters.

2) To build support for the New Afrikan/Black independence struggle, for human rights and to fight white supremacy. Fighting in solidarity with national liberation struggles has been a central part of the development of a revolutionary movement in the white oppressor nation. Judy Clark, David Gilbert, Silvia Baraldini and Kathy Boudin are leading examples of North American anti-imperialists who acted as allies of the New Afrikan independence struggle and the Black Liberation Army. Their practice reflects a long history worldwide of fighting in solidarity brigades.

We will confront the state's efforts to isolate me as the "sole white member of the BLA." I was not a part of the BLA, nor am I an isolated individual. I came out of a real movement which supported Black liberation and Black revolutionary organizations like the Black Panther Party in the late '60s and early '70s. Our support grew from struggling against white supremacy—fighting the Klan, and responding

to the brutal murders of Black people by the police. At the same time, mass resistance to the war in Vietnam was building. Many of us began to understand from the example of the Vietnamese people and the struggles of colonized peoples here that the u.s. imperialist system was our enemy. We realized that if we were ever to win fundamental changes in this system we needed to build a revolutionary movement that would fight imperialism and would support the struggles of the nations directly colonized—Puerto Rico, the New Afrikan/Black nation, the Mexicano/Chicano nation and Native American nations.

Due to our commitment to supporting Black liberation in particular, we have been labelled as deviant individuals, terrorists, and criminals by the government, and as "race traitors" by the Klan and Nazis. However, we know that deep identification with the oppressed here and around the world is not being a traitor to the white race—it's being an enemy of imperialism and an ally of the majority of the world's people. Hating white supremacy is not the same as hating white people.

The more I got in touch with my own oppression as a white woman, the more I could understand the nature of national oppression and the fact that we can never be truly free in a society which is based in oppression. As I became more of a revolutionary and a communist, I increasingly agreed with the leading role that the Black Liberation Struggle and all national liberation movements are playing in the process of defeating imperialism and taking the first steps toward a socialist world.

I want to show in this trial that my behavior and that of other anti-imperialists in the oppressor nation isn't isolated—it's hopefully the behavior of a growing number of white people who have a different world view, who see white supremacy, class exploitation, and women's oppression as barbaric and anti-human.

Preparing for this case, examining my own political history for the last 17 years, has brought home a lesson that I think needs to be part of our movement's strategic thinking: the realities of national oppression and the solution of national liberation make it necessary for us to build for revolution.

The surface of "American" life has been relatively placid for the past ten years or so—but revolutionaries look below the surface to fundamental social contradictions. These contradictions have intensified. Revolutionaries from national liberation movements have learned from the last generation of struggle and are building deeply-rooted organizations that will be able to survive and grow in the face of inevitable repression. It is slow, but it is sure. We need to build that same way.

Armed clandestine organizations have long been a part of the Black liberation movement (the BLA), and of the Puerto Rican Independence Movement (the FARP, OVRP, and PRTP-ERB/Macheteros in Puerto Rico and the FALN, fighting inside the u.s.). In the last number of years, armed clandestine organizations like the United Freedom Front, Red Guerrilla Resistance, Armed Resistance Unit, and Revolutionary Fighting Group have emerged, built by North Americans. They have struggled to build a capacity to wage armed struggle as an integral part of a revolutionary resistance movement in the oppressor nation.

The actions of the North American armed clandestine movement challenge the reformism that has dominated progressive movements in this country. They have begun to build a consciousness of the need to destroy imperialism. Without a capacity to wage a revolutionary struggle for power, there can be no victory. These organizations have struggled to fight in alliance with the national liberation movements against our common enemy.

This country was built on assumptions of white superiority and deeply entrenched racism. Many of today's North American anti-imperialists did not experience the revolutionary mass struggles of the Black nation in the '60s. They didn't witness the revolutionizing power of national liberation and consciousness in a period of world-wide revolution. As anti-intervention and anti-apartheid movements grow in the '80s, we must beware of falling into the reformist and racist trap of "disregarding" the struggles of oppressed peoples here; and attacking their efforts to initiate protracted wars of national liberation.

My own experiences have taught me that we need to build a revolutionary resistance movement which has many levels, tasks and forms of organization. This includes solidarity work which can assume many forms. One form is fighting in solidarity with national liberation struggles around the world—like Carrol Ishee, who gave his life fighting with the FMLN in El Salvador, and Sam Melville who died at Attica in alliance with Third World prisoners, or Judy Clark and David Gilbert who acted in solidarity with the New Afrikan Independence struggle. Many other North American anti-imperialist comrades do solidarity work at the mass level in organizations like the John Brown Anti-Klan Committee, or organizations which work in solidarity with Nicaragua, the FMLN in El Salvador, or the Azanian/South African struggle.

We also need to continue to develop North American revolutionary anti-imperialist organizations which are committed to uphold the right of oppressed nations to self-determination and recognize strategic Third World leadership; are committed and capable of fighting the growing hegemony of organized white supremacist forces and the state; and which directly fight the state. We can speak to the righteous demands of exploited sectors of white people in this country--an end to imperialist war, racist domination, the oppression of women, and a system where economic power is controlled by the ruling class. We can continue to fight for a revolutionary strategy to win these demands.

As a movement, we need to support all people who support and act in solidarity with national liberation struggles. Those of us captured by the state have spent many years fighting white supremacy, imperialist war and aggression, and for an end to the reactionary violence and exploitive nature of u.s. imperialism. I ask for your support in the Brink's/RICO case, and support for all the comrades who are currently facing charges stemming from building clandestine resistance inside the heart of imperialism.

The late '60s and early '70s was a high tide of revolution in the world. Our political development, practice and commitment was shaped by this history. Many New Afrikan/Black, Puerto Rican, Native American and Mexicano/Chicano POWs and political prisoners have been locked up in prisons because they fought for the liberation of their nations. Though many have been behind the walls for 15 years or more, the flames of resistance and revolution do not flicker. They continue to build.

A North American anti-imperialist resistance movement can fight on the side of the oppressed as allies to defeat u.s. imperialism, for human rights, self-determination, independence, and socialism. This is the path to creating a better world.

Land and Independence for the New Afrikan/Black Nation!
Fight White Supremacy!
Free All POWs and Political Prisoners!
Build a Revolutionary Resistance Movement!

STOP THE CONTROL UNITS!

GET LAURA WHITEHORN OUT OF DAVIS HALL!

Laura Whitehorn was arrested on May 11, 1985 when a dozen FBI agents broke into a Baltimore, Maryland apartment in a hunt for Northamerican revolutionaries. She faces charges of possession of weapons, false i.d. and assault on a federal officer. Laura has been an anti-imperialist activist for over 20 years. For the past several years, she has been part of building a clandestine revolutionary resistance movement.

Laura's January, 1986 trial ended in a mistrial when -- after months of legal battles and growing support from the progressive community in Baltimore -- the judge was forced to suppress evidence illegally seized by the FBI. Since then, Laura has been moved to five different jails to isolate her from her lawyers, her political supporters and the press -- all justified in the name of "security." The government is trying to set a further counterinsurgency precedent with her treatment: the isolation and punishment of revolutionaries even before trial.

Laura Whitehorn and the other 200 political prisoners and POWs in this country's jails need and deserve our support. Our opposition shows that we will not be intimidated by repression, and that we will not let the U.S. government tell us which are the "legitimate" parts of our movements. When we support political prisoners, we make sure that the government can't crush their resistance, because we it is our resistance, too.

Dear friends:

I am writing this letter to ask you to join in the campaign to demand my transfer out of FCI Alderson back to Baltimore, and to demand my release from solitary confinement into general population.

As you may know, I've been in jail for a little more than a year in preventive detention (no bail). My trial ended in a mistrial last January, when favorable press coverage, concerted legal work and political support finally forced the judge to suppress evidence illegally seized by the FBI. At the same time, I was held in civil contempt of court for refusing to provide a handwriting sample to the government.

Since then, I've been moved four times, disrupting my legal and political work. These moves were rationalized by the U.S. Marshal's Service by "security demands" and administrative problems. Now I am incarcerated in Davis Hall at Alderson, hundreds of miles from Baltimore. While my conditions here are pretty awful, I have to say it's an honor to be held in a facility that has held, at various times, Assata Shakur, Lucy Rodriguez, Haydee Tòrres, Dylcia Pagan, Rita Brown and Marilyn Buck.

I am in Davis Hall in "administrative detention" for both "administrative" and "security" reasons (the Warden has classified me as a "threat to the security of the institution.") I am locked in a small room for at least 23 hours a day. I am never permitted to be in the presence of another prisoner. I can make one personal phone call each week. After some struggle, I also won the right to make two attorney calls each week. I am not allowed to receive any visitors other than family and lawyer. My visits can't be held in the regular visiting area, but are held here in Davis Hall with a C.O. present at all times to monitor the visits. If I want to use the

"law library" in Davis Hall, I have to submit a written request explaining exactly what work I need to do there; in order to use the type-writer, I have to submit a written draft of the material I plan to type to be "reviewed" by prison personnel! There are a number of women here at Alderson who are friends of mine from Baltimore City Jail, and there are other political prisoners here, too. But I am never permitted to talk to any of them.

My situation is hardly unique. Other political prisoners and POWs have experienced pre-trial conditions of isolation and punishment. Most recently, Alejandrina Torres, Alberto Rodriguez, and Edwin Cortes Puerto Rican Prisoners of War, were held in administrative detention for 3 to 10 months in M.C.C./Chicago in 1983-4. For most of the time since his arrest in May, 1985, Dr. Alan Berkman has been held in maximum security, including being shackled to his hospital bed during his treatment for cancer. In January of this year, M.C.C./NY experimented with isolating all the women political prisoners in the hole, apart from other women prisoners, for about a week. And listing these situations doesn't even begin to touch on the torture, beatings and other forms of violence that many Third World revolutionaries and other Third World prisoners experience upon arrest and while awaiting trial. Every chance they get, the government uses extraordinary conditions of incarceration to accomplish a number of purposes:

<u>Criminalization of revolutionary resistance</u>: Without ever having to prove a word of it in court or in any other open hearing, the government makes sweeping, secret allegations that we are "escape risks" and "dangerous." (The Warden here told me he had imposed special security regulations on me based on what "the Marshals told [him] about my background and attempts to escape from them". He told me there was no written material connected with this "information.") These charges go directly into our records, so that they can be used over and over again to lock us down, designate us to control units, etc. This allows the government to hold us in isolation without having to admit that their goal is political repression.

Free all political prisoners and POWs!

COMMITTEE TO FIGHT REPRESSION
P.O. Box 1435 Cathedral Station
New York, New York 10025

In addition to that, these allegations become a repeated comment on us: we become known and referred to as dangerous criminals and terrorists." For the past 13 months I've been called "dangerous" and an "escape risk." It's been talked about openly at every jail and prison I've been in. It's been quoted in news reports. Like my charges, these allegations are intended to criminalize revolutionary resistance to imperialism. The purpose of "criminalization" is to isolate and destroy the armed clandestine sectors of the national liberation struggles and northamerican anti-imperialist movement -- to turn fighting for Puerto Rican independence into "seditious conspiracy;" fighting for self-defense, land and independence for New Afrika into "racketeering;" building clandestine revolutionary anti-imperialist organization into "criminal use of i.d." and "purchase of illegal weapons."

This program is reflected on the level of individual political prisoners and POWs. One concrete result I've experienced in the year since my arrest is that the first questions I'm asked by everyone I meet -- prisoners, press, activists -- are <u>not</u> "what do you believe in?" and "what are you fighting for?" but "why are you dangerous?" and "why do you believe in violence?" As other comrades have pointed out, the government wants to paint revolutionaries as criminals because who wants to listen to what a criminal has to say?

To try to undermine and destroy revolutionary cadres: The FBI's "anti-terrorism" program favors "turning" revolutionaries. Isolation, degradation, dehumanization -- all are aspects of a program intended to debilitate and destroy the character and will to resist. Over the past year, the state has used a variety of forms of sexual attack on Alejandrina Torres -- and more recently on Susan Rosenberg, too -- for this purpose. When it's possible, the state plays on and exploits any weaknesses to try to produce a traitor, as they did with Alfredo Mendez, Tyrone Rison and Solomon Brown; or a cadre who will renounce revolution. In the vast majority of cases, they fail miserably, as all their attacks on us only serve to heighten our resolve and expose the true character of the U.S. government.

To try to isolate revolutionaries who are awaiting trial from our lawyers, polititical associates and the press, in order to weaken our ability to fight our cases: I am isolated from my lawyers and the political communnity and press in Baltimore while the government is trying to overturn the ruling that suppressed the main evidence in my case. The "evidence" was not only crucial to their indicted charges against me, it was also to have been the basis to "prove" a conspiracy by me and comrades Alan Berkman, Linda Evans and Marilyn Buck involving illegal acquisition of firearms, harboring of fugitives, and armed attacks on U.S. government political and military targets. And if they can't get away with the illegal search in Baltimore, they may have a harder time doing the same thing in other cases, as well.

Typically, the government is expanding its repressive powers each time they deny political prisoners and POWs our democratic rights. If they succeed in holding me here in solitary confinement for the next five months, they'll have taken another step in developing the machinery of political repression. My family, friends, lawyers and fellow prisoners have all reacted to my current conditions by saying "we can't let them get away with that!" The purpose of this campaign is just that.

Victory to national liberation struggles!

Free all political prisoners and Prisoners of War!

Build a revolutionary resistance movement!

Laura Whitehorn
Alderson, West Virginia

Der Spiegel 14-7-86

VERFASSUNGSSCHUTZ

Bisserl komisch

Bayrische Ermittler bemühen sich, einen V-Mann des Verfassungsschutzes, der Bomben- und Brandanschläge gestanden hat, als wirren Einzeltäter hinzustellen.

Die Beamten im Münchner Polizeipräsidium wußten zuerst nicht so recht, was sie mit dem geständigen jungen Mann anfangen sollten. Erst wurde das Landeskriminalamt befragt, dann schließlich ein Hauptkommissar von der Staatsschutzabteilung des Polizeipräsidiums hinzugezogen.

Denn Manfred Scheffer, 28, der sich am 13. Juni den Behörden gestellt hatte, bot brisante Berichte. Er habe, unter dem Tarnnamen „Aktion 83", vor drei Jahren in München und Umgebung ein Kaufhaus, einen Supermarkt, eine Sparkassenfiliale und einen Bauwagen in Brand gesetzt, dazu noch eine Bombe im Justizgebäude an der Nymphenburger Straße versteckt – angestiftet und bezahlt, so Scheffer, vom bayrischen Landesamt für Verfassungsschutz.

Dort war längst bekannt, daß da was hochkommen würde. Seit Ende Mai, so ein Verfassungsschützer, herrschte „helle Aufregung" im Amt; jeden Montagmorgen seien zahlreiche Kollegen zu den Kiosken geeilt, um sich die frische Ausgabe des SPIEGEL zu holen.

Der SPIEGEL nämlich, das war den Verfassungsschützern nicht verborgen geblieben, recherchierte seit Ende vergangenen Jahres auf den Spuren des V-Mannes Manfred Scheffer. Der hatte sein Geständnis, an Eides Statt, im Münchner Redaktionsbüro schon einmal zu Protokoll gegeben.

Darin berichtet Scheffer, er habe, unter Anleitung der Verfassungsschutzbeamten Josef Rauscher und Siegfried Stuck, Molotow-Cocktails geworfen und Bekennerbriefe verfaßt – ein Krimineller im Staatsauftrag. Der Spitzel sollte sich dadurch, so Scheffers Schilderung, in der einschlägigen Szene legitimieren und mögliche Nachahmungstäter aufspüren.

Das Geständnis des V-Mannes, der vielerlei Details über Tatorte und Bekennerbriefe beisteuerte, überzeugte auch die Staatsanwälte: Sie nahmen Scheffer, der unter dem Decknamen „Donner" als Agent provocateur gearbeitet haben will, am 14. Juni in Untersuchungshaft. Doch wundersam: Seit er in Stadelheim einsitzt und der SPIEGEL vorige Woche den Bericht („Alle reden von Mollies, wir haben sie") veröffentlicht hat, rudert Scheffer zurück.

Zuerst schwächte er plötzlich ab, der Verfassungsschutz habe ihn nicht angestiftet, sondern von den Taten nur „gewußt". Dann behauptete er, die bayrischen Geheimdienstler hätten sich „vielleicht hinterher gedacht", daß er der Urheber von fünf Brand- und Bombenanschlägen sei. Der Leitende Oberstaatsanwalt Otto Heindl schob nach, der Geständige habe aus „Geltungsdrang und Minderwertigkeitskomplexen" gehandelt, er kämpfe mit Alkoholproblemen und müsse psychisch untersucht werden.

Der Brandstifter – ein wirrer Einzelkämpfer? Diese Version kommt dem Verfassungsschutz, der die Vorwürfe als „absolut absurd" bezeichnete, und dem verantwortlichen Innenminister Karl Hillermeier, dessen Stuhl seit dem verunglückten Einsatz der Polizei bei den Pfingstkrawallen an der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf wackelt, überaus gelegen. Der Freistaat steht ohnehin im Verdacht, daß er sich selber Vorwände schafft, mit rüder Polizeigewalt gleichermaßen gegen Ökopaxe und Chaoten vorzugehen. Wurde der V-Mann Scheffer in U-Haft massiert, haben ihn die Vernehmer mit Strafmilderung gelockt?

Daß Scheffer die eingestandenen Anschläge tatsächlich begangen hat, zieht auch Ankläger Heindl nicht mehr in Zweifel. Und daß Scheffer zur selben Zeit engste Kontakte zum Verfassungsschutz, vor allem zu seinem V-Mann-Führer Siegfried Stuck, unterhielt, dafür liegen zahlreiche Beweise vor; auch der ermittelnde Kriminalhauptkommissar Josef Illing geht davon aus, daß Scheffer und Verfassungsschutz zusammengearbeitet haben. Illing: „Das wird wohl so sein."

So konnte Scheffer detailreich eine Wohnung beschreiben, die der Verfassungsschutz für konspirative Treffen in einem Apartment-Block in der Landsberger Straße 425 angemietet hatte: „Der Raum ist vielleicht 25 Quadratmeter groß. Großes Fenster, grüne Vorhänge, Tüllgardinen. An der Fensterfront steht ein Schreibtisch, zwei Stühle, dann ist da eine Kaffeemaschine drin, Kühlschrank, zwei Sessel und ein Telephon."

Die Adresse wurde im Frühjahr, nachdem die Geheimdienstler von Recherchen erfahren hatten, eilends geräumt. „Den Mieter", erinnert sich heute die Hausverwalterin Tina Rotter, „habe ich nie zu Gesicht bekommen, das war alles a bisserl komisch." Zum Auszug seien dann „alle möglichen Männer" gekommen, einer habe das Abnahmeprotokoll unterschrieben – sein Name: Siegfried Stuck.

Verfassungsschützer Stuck war es auch, der seinem Spitzel Scheffer alias Donner, noch Ende Oktober 1985, zwei Jahre nach den Anschlägen, neue Aufträge erteilte. Der Verfassungsschützer wollte seinen V-Mann auf die Sponti-Szene im Münchner Stadtteil Haidhausen ansetzen, er sollte einen Info-Laden



V-Mann Scheffer
Bombe im Justizgebäude

der Linken ausspähen. Stuck telephonisch zu Scheffer: „Da ginge schon was. Gestern abend war eine Riesenveranstaltung im Info-Laden, das wäre ein guter Aufhänger. Der Anschluß muß jetzt von Ihnen kommen."

Wenige Tage später gab es ein Treffen im Münchner Café „Peterhof". In beiger Jacke, gedeckter Hose und hellbraun geringelten Socken saß Bartträger Stuck damals, vom SPIEGEL beobachtet, seinem Mitarbeiter gegenüber. Neue Order laut Scheffer: Er sollte sich in die Regensburger „Biwak" einschleichen, eine Bürgerinitiative gegen die Wackersdorfer Atomfabrik.

Daß dort, am Bauzaun, tatsächlich V-Leute in Stellung gehen, mußte vorige Woche das bayrische Innenministerium einräumen. Ein „Informant aus der Chaotenszene", so stellte sich heraus, hatte dem Verfassungsschutz ausführlich berichtet. Und Bürgerinitiativen wie die „Ärzte und Psychologen für Frieden und Abrüstung" glauben schon lange zu wissen, daß in Wackersdorf „bezahlte Provokateure" am gewalttätigen Werk sind.

Die brauchen Bestrafung wohl nicht zu fürchten. Daß sich der weißblaue Geheimdienst schon mal einsetzte, wenn Schützling Scheffer in Kalamitäten war, dämmerte offenbar auch Münchner Staatsanwälten. So war der V-Mann im Juni 1983 erwischt worden, als er in der Sandstraße einen Bauwagen in Brand steckte. Trotz eindeutiger Beweise in dem Fall (Aktenzeichen 267 Js 42959/83) setzten die Behörden Scheffer überra-

schend schon nach zwei Tagen wieder auf freien Fuß. Die Ermittlungen wurden noch nicht einmal drei Wochen später „mangels Tatnachweis" eingestellt. Zu Beginn des Jahres allerdings, als der SPIEGEL den merkwürdigen Umständen nachging, wurde das Verfahren wiederaufgenommen.

In geheimer Sitzung soll sich der Sicherheitsausschuß des Landtages diese Woche mit dem Spitzel und seinen V-Mann-Führern befassen. Dabei wird, kündigt der bayrische SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann an, nicht nur über die Straftaten geredet. Ausgeleuchtet werden müsse auch, wie denn der überraschende Sinneswandel Scheffers in seinen Aussagen zur Rolle des bayrischen Verfassungsschutzes zu erklären sei.

Wie so etwas gehen kann, schilderte ein neuer Zeuge. In Nürnberg stand der Tauchlehrer Udo Faust, 35, wegen Körperverletzung vor Gericht. Als der Richter ein langes Register von Vorstrafen – unter anderem wegen Sachbeschädigung, Störung von Versammlungen und Steinwürfen auf Polizisten – verlas, begehrte der Angeklagte auf: Das brauche er sich nicht vorhalten zu lassen, „das waren Straftaten, die ich als V-Mann des Verfassungsschutzes beging".

Ihm sei versprochen worden, so Faust, die Delikte würden aus dem Strafregister getilgt.

GEHEIM

Inhalt

Läßt sich der elektronische Spitzelstaat noch verhindern?

von Max Reinhardt*

Geheim Nr. 2/86

Die Bundespost wird in den nächsten Jahren ihre sämtlichen Ortsvermittlungsanlagen für den Telefonverkehr umrüsten, so daß Geheimdiensten und Polizei das automatische Abhören ermöglicht wird. Das „Herz" der neuen Anlagen wird — anders als bisher — ein Computer sein. Jedesmal, wenn man die Wählscheibe dreht oder die Wähltasten drückt, wird in diesem Computer ein Programm durchlaufen. Dieses Programm „weiß" für jeden Teilnehmer, was es zu tun hat.

Es kann z. B. eine Kurzwahlnummer in die richtige lange Telefonnummer umsetzen, oder es kann eine sogenannte Konferenzschaltung aufbauen. In diesem Fall sprechen nicht nur zwei Telefonpartner miteinander, sondern drei oder mehr, die alles was einer von ihnen sagt, hören können. Das Programm kann aber auch ein Zweiergespräch einem dritten Mithörer zuspielen, ohne daß die ersten beiden davon irgendetwas bemerken. Der Programmzweig, der dieses vollbringt wird *„Fangschaltung für kriminologische Zwecke"* genannt, obwohl das Wort *„Schaltung"* überholt ist. Bisher mußte tatsächlich von Hand in der Anlage eine Abhörschaltung angeklemmt werden. Jetzt wird der Verfassungsschutz an einem Bildschirm die Rufnummer der Leute eintippen, die abgehört werden sollen. Schickt er dann diese Angaben über Telefon an den Vermittlungscomputer der Post, so ist die Abhörschaltung schon perfekt. Auch Kanzler, Bundesinnenminister und andere *könnten* (hier soll es uns um die technische Möglichkeit, nicht aber um rechtlich Erlaubtes — jetzt oder künftig — gehen) sich einen solchen Bildschirm aufstellen lassen, mit dem sie Fangschaltungen vollautomatisch zum Selbstbedienungspreis und mit Fernsehsesselkomfort in der Telefonvermittlungsstelle einrichten können.

Die Hersteller dieser Anlagen, die Elektronikkonzerne — z. B. Siemens, Philips, IBM, Nixdorf, AEG, SEL —, die diese neuen Anlagen liefern, kennen nicht nur die speziellen Konstruktionsdetails der Programme in ihren Anlagen, sondern sie haben, auch wenn diese Geräte bei der Post stehen, den vollen, jederzeitigen Zugriff zu diesen Geräten. Die Hersteller werben mit der sogenannten *Fern*wartung; sie können Programme und Tabellen, in denen Privilegien verzeichnet sind, von sogenannten Fernbedienungsplätzen, d. h. von bestimmten Büros im Konzern aus verändern. Außer einigen Eingeweihten beim Hersteller weiß eigentlich niemand, was sich in der Anlage abspielt. Das Einspielen oder Löschen eines Programms, das das Abhören zum Nulltarif ermöglicht, geht in Minutenschnelle und über Hunderte von Kilometern, ohne daß in dem Raum, in dem die Anlage steht, irgendjemand parat stehen muß. Orwell 1984!

** Dieser Aufsatz ist die vom Autor überarbeitete Form, die in der Zeitung der IG Druck und Papier „Druck und Papier" (Nr. 9/86) erschienen ist.*

Auf dem Weg zur Bananenrepublik?

CIA in der Bundesrepublik (Teil I)*

* wird unregelmäßig fortgesetzt

vom Michael Opperskalski

Im Oktober 1984 fiel die Fotokopie eines CIA-Handbuches unter dem Titel „psychologische Operationen im Guerillakrieg" in die Hände der Nachrichtenagentur AP. Das Handbuch war dazu gedacht gewesen, den nicaraguanischen Contras Anleitungen in ihrem Kampf gegen die sandinistische Regierung in Managua zu geben. Das Handbuch ist eine Anleitung zum Krieg, zur Sabotage und zum Mord. Aufbrausende Proteste sorgten dafür, daß der CIA seine Terror-Kladde wieder einmotten mußte, doch ihr Verfasser, der CIA-Agent *Duane Claridge*, machte Karriere. Drillte er früher unter dem Decknamen *Dewey Maroni* Contra-Guerillas, so wurde er Anfang 1985 zum Leiter der Europaabteilung des US-Außenministeriums befördert.

Bereits aus dem Jahre 1976 stammen Dokumente des CIA (siehe abgebildete Faksimiles), die Duane Claridge alias Dewey Maroni politische Leitlinien zur Spionage auch gegen „Freunde" der USA geben. So heißt es beispielsweise unter Punkt 54 der Spionagerichtlinien: *„Wie beeinflussen innenpolitische Kräfte die Politik der größeren westeuropäischen Staaten und der EG? Miteinzubeziehen sind hier ökonomische, politische und soziale Kräfte innerhalb der europäischen Staaten, die familiäre Muster von europäischen Beziehungen zu den USA beeinflussen, sowie die Politik gegenüber der NATO und dem Osten, die inner-europäischen Beziehungen und die europäischen Beziehungen gegenüber der Dritten Welt. (...) Dies schließt ebenfalls mit ein die innenpolitischen Faktoren, die die europäische Außenpolitik beeinflussen, wie z. B. der schmale politische Handlungsspielraum der meisten herrschenden Regierungen, die sich ständig verändernde politische Basis der Parteien, Generationskonflikte, die Herausforderungen der Regierungsparteien und die Koalition von linken- und Splittergruppen (die veränderten Strategien der westeuropäischen kommunistischen Parteien mit eingeschlossen) und den Einfluß transnationaler Identifikation innerhalb der wichtigsten Interessengruppen der Arbeit, der Studenten, der Intellektuellen und der Medien. Dies schließt auch regionale separatistische Gruppen mit ein."*

Interessant sind auch einige Schwerpunkte, die das CIA-Dokument setzt, so u. a. zu den *„Internationalen Gewerkschaften"*, der *„NATO"*, der *„Europäischen Gemeinschaft"* etc.

Ins Fadenkreuz des CIA geraten gerade linke und kommunistische Gewerkschafter. Der CIA läßt z. B. *„alle Kontakte zwischen west-europäischen kommunistischen Gewerkschaftsführern"* beobachten. Beobachtenswert sind allerdings auch alle Kontakte, die west-europäische Gewerkschaften mit gewerkschaftlichen Partnern aus Ost-Europa pflegen. Trifft sich also der bundesrepublikanische DGB mit dem DDR-FDGB, dann setzen CIA-Agenten alles daran, herauszubekommen, was da besprochen und vereinbart wurde. Im Vorfeld werden auch die *„privaten Ansichten europäischer Gewerkschaftsführer"* hinsichtlich solcher Kontakte abgeklopft.

Der CIA ist auch auf militärischem Gebiet aktiv. Doch Informationen werden nicht nur über den Gegner, d. h. die Armeen des Warschauer Paktes, gesammelt, mindestens genauso interessant erscheinen nach den erwähnten CIA-Dokumenten die militärischen Möglichkeiten der NATO-Partner. Da im Rahmen gemeinsamer NATO-Sitzungen, ja gemeinsamer Militär-Manöver, nicht nur Planungen koordiniert, sondern auch Informationen ausgetauscht werden, kann die Wißbegier des CIA-Hauptquartiers in Langley nur sensitiven, vertraulichen und geheimen militärischen Angelegenheiten gelten. Dabei sind *„Berichte über neue Entwicklungen besonders wünschenswert"*...

Basis Bundesrepublik

Seinen Heißhunger nach Informationen stillt der CIA nicht nur durch die Auswertung alles erreichbaren, öffentlich zugänglichen Materials, von besonderem Interesse sind Quellen, die auf geheimdienstlichen Weg erschlossen werden. Auf dieser Ebene treten dann die Agenten, elektronisches Spionagegerät oder sogenannte Hintergrundgespräche in Aktion. Gerade in der Bundesrepublik hat der amerikanische Geheimdienst hierfür die besten Voraussetzungen.

In über 75 Orten unseres Landes gibt es nahezu 200 US-Dienststellen, die als Tarnungen für den CIA genutzt werden. Für den ehemaligen CIA-Agenten Philip Agee beherbergt die Bundesrepublik die *„größte CIA-Außenstation"*. Viele Fäden des CIA-Netzes in der Bundesrepublik laufen in Frankfurt im Gebäude des ehemaligen deutschen Chemieriesen „IG Farben" zusammen. Diese CIA-Dienststelle ist als *„Department of the Army Detachment (DAD)"* getarnt. Hier versteckt sich vor allem auch eine der größten technischen Stationen des CIA, die logistische Unterstützung nicht nur für CIA-Operationen in Europa, sondern auch in Afrika, Asien und im Nahen Osten liefert.

Als im November 1979 die US-Botschaft in Teheran besetzt wurde, fanden die islamischen Okkupanten Hunderte von geheimen CIA-Dokumenten, unter ihnen auch falsche Pässe für geheim, also unter *„deep cover"*, operierende CIA-Agenten. Sie fanden einen bundesdeutschen Paß, ausgestellt auf den Namen Markus Schneider, der die Tarnung für den CIA-Mann O'Keefe sichern sollte. Neben dem Paß wurden auch ein Führerschein und Impfzeugnis auf den Namen Markus Schneider gefunden. Die Begleitdokumente der Falsifikate weisen eindeutig die technische CIA-Station in Frankfurt als Herstellungsort aus (siehe Faksimiles).

Der Chef der CIA-Station Bundesrepublik, der *„Chief of Station"* mißbraucht den diplomatischen Status der US-Botschaft in Bonn. Er residiert dort unter diplomatischer Tarnung. Seit 1976 waren CIA-Stationschefs:

- **Graver, William J.** (1976-77):
  geb. 25.3.22
  wohnhaft: 5300 Bonn, Fritz-Erler-Straße 21, Tel.: 22 51 56
- **Frank, Warren E.** (1977-79):
  geb. 4.6.25
  wohnhaft: 5300 Bonn, Martin-Luther-King-Straße 3/3, Tel.: 37 55 85
- **Polgar, Thomas** (1980):
  geb. 24.6.24
  wohnhaft: 5300 Bonn, Fritz-Erler-Straße 21, Tel.: 21 08 15

Polgar sammelte als CIA-Stationschef in Lateinamerika und Saigon Erfahrungen.

Die US-Konsulate in Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Stuttgart und München werden als regionale Zentren jeweils von einem CIA-*Chief of Base* geleitet, der der CIA-Station in der Bonner Botschaft untergeordnet ist und die regionalen Aktivitäten des CIA zu entwickeln und koordinieren hat. Dabei spielt die CIA-Truppe im Münchener US-Konsulat eine besondere Rolle. Zum einen sitzt in der Nähe von München (Pullach) das Kind und der eng kooperierende Partner des CIA, der westdeutsche

BND. Zum anderen dirigiert der CIA von München aus diverse Rundfunkstationen, so *Radio Liberty, Radion Free Europe* oder *Radio Free Afghanistan*, die vom Boden der Bundesrepublik aus, offen und ungestört, zum Sturz aller Regierungen in Ost-Europa und Afghanistan aufrufen können. In den siebziger Jahren war **William B. Lonam** (geb. 2.1.26) lange Jahre Chef der „CIA-Base" in München und zusammen mit dem Bonner US-Botschaftsrat **Hans Nathan Tuch** (15.10.24) verantwortlich für die CIA-Radiosender in München.

Der „große Bruder" hört mit

Auf der „*US Rhein-Main Air Force Base*" betreibt der CIA eine rund um die Uhr arbeitende Fernmeldeleitstelle, die zur Kommunikation der CIA-Stationen in der Bundesrepublik und in Europa dient. Gerade in den letzten Jahren haben die US-Streitkräfte ein vollelektronisches militärisches Fernmeldenetz in Betrieb genommen, das von Frankfurt aus betrieben wird und sich in das neue elektronische Wählsystem (EWS) der Bundespost einschalten kann. Benötigt wird nur der vierziffrige Aufschalt-Code und der CIA kann jedes Telefonat mithören. Dies kann dann mit oder auch ohne Wissen der entsprechenden Behörden der Bundesrepublik geschehen.

Zudem hat die „*National Security Agency (NSA)*", der mit dem CIA kooperierende Geheimdienst zum Abhören fremder Kommunikationssysteme, an mehreren Orten der Bundesrepublik Horchposten eingerichtet, die nicht nur gen Osten gerichtet sind. NSA-Stationen gibt es an der Wesermündung, in Frankfurt, bei Augsburg, in Zweibrücken, West-Berlin, Darmstadt und entlang der Grenze zur DDR und CSSR.

Im Örtchen Baumholder arbeiten Spezialisten der US-Armee an der Funkspionage. Ihre Ergebnisse werden mit der NSA ausgetauscht.

Aber auch andere Spionage-Einrichtungen der US-Armee sind in der Bundesrepublik tätig, so:

- die über 2000 Mann zählende 513. Gruppe des *Military Intelligence Service (MIS)* 15 Kilometer von Frankfurt entfernt im *Camp David* in Oberursel, Hohemarktstraße 101
- der geheime Aufklärungsdienst der *US Air Force* (Luftwaffe), u. a. in Stuttgart-Vaihingen, Wiesbaden, Teveren und bei der 4. Alliierten Taktischen Luftflotte in Ramstein
- das *Counter Intelligence Corps (CIC)* des Heeres und das *Office of Special Investigation (OSI)*, die an allen US-Stützpunkten tätig sind und angewiesen wurden, örtliche Aktivitäten der Friedensbewegung zu beobachten und ihre Träger — wenn möglich — fotographisch festzuhalten

Regelmäßig wird der CIA auch mit Berichten seiner befreundeten westdeutschen „Dienste" beliefert. In allen größeren Städten der Bundesrepublik unterhält der CIA Residenturen unter der Tarnbezeichnung *Office of Coordinator and Advisor (OCA)*. Die GRÜNEN in Hamburg und auch Geheim (siehe 0-Nummer, 1985) haben *Informationsberichte (IB's)* veröffentlicht, die von bundesdeutschen Staatsschutzstellen an NATO-Freunde geliefert wurden, u. a. auch an die CIA-OCA's ... Die *Informationsberichte*, die an die Öffentlichkeit kamen, lieferten Material über Hausbesetzer, Gewerkschaftsveranstaltungen und Demonstrationen, einschließlich genauer Namen und Anschriften.

Weitere Tarn-Unterschlupfe für CIA-Metastasen sind: *Office of the Secretary of Defence for International Security Affairs (OSD/ISA), US Army Europe, Regional Survey Unit (USAREUR)*.

Im bayerischen Oberammergau finden nicht nur die christlichen Passionsspiele statt. In der *Hawkins*-Kaserne werden Spezial-Agenten des CIA und anderer US-amerikanischer Geheimdienste für Sonder-Aufgaben trainiert. Das Ganze nennt sich *Intelligence, Military Police & Special Weapons School, Europe (Europa-Schule für Geheimdienst, Militärpolizei und Spezialwaffen*.

Die *10. Special Forces*, eine Sondereinheit für „verdeckte Operationen", ist in Bad Tölz stationiert. In einer Kaserne in der Nähe von Frankfurt sind -getarnt- Spezialisten einer anderen Sondereinheit, der *Delta Force*, untergebracht. Fernaufklärungskompanien, die USAREUR-Stäben in Heidelberg, Frankfurt und Stuttgart zugeordnet sind, waren bereits bei der jüngsten Bombadierung Lybiens im Einsatz. Der Einsatz der US-Bomber gegen Tripolis und Benghazi wurde von Stuttgart, dem *USAREUR*-Hauptquartier, aus befehligt.

Krieg vom Boden der Bundesrepublik

Auf dem Territorium der Bundesrepublik werden Operationen des CIA vorbereitet. Hierzu unterhält der amerikanische Geheimdienst nicht nur seine technische Station in Frankfurt, sondern auch spezielle Ausbildungszentren. Außerdem werden Einrichtungen der US-Armee zur logistischen Unterstützung dieser Operationen benutzt. Hierzu einige Beispiele:

- als 1984 im libanesischen Sidon eine Bombe explodierte, hatte der CIA seine Hand im Spiel. Der Anschlag galt dem libanesischen Fundamentalistenführer Fadlallah. Organisator dieses Anschlages war ein Libanese, den der CIA unter falscher Identität in der Bundesrepublik ausgebildet hatte. Der CIA hatte jenen Libanesen Anfang der 80er Jahre in einem arabischen Land angeworben. Zunächst war er als Zuträger für Informationen tätig, nachdem die US-Marine mit Bomben und Anschlägen aus dem Libanon vertrieben wurde, unterzog man den libanesischen Kollaborateur einer Spezialausbildung — u. a. auch in der Bundesrepublik. Danach schickte man ihn zurück in seine Heimat, um dort eine Terror-Truppe aufzubauen, die es den Amerika-feindlichen libanesischen Gruppen mit gleicher Münze heimzahlen sollte
- 1980 wurde in Afghanistan ein 27jähriger Ägypter namens Ziaodin Mahmud gefangengenommen. Zia hatte an der Universität Asharra in Ägypten studiert und sein Diplom im Fach Architektur bestanden. Später hat er vier Jahre in Kuwait gearbeitet. In Kuwait wurde er von einem CIA-Agenten rekrutiert und zur Ausbildung in die Bundesrepublik geschickt. Zuvor bekam er eine falsche Identität, bei der Einreise per Flugzeug in die Bundesrepublik wurde er direkt vom Flugzeug aus ohne Zoll- und Einreiseformalitäten zu einem Fahrzeug gebracht. Dort verband man ihm die Augen. Die Augenbinde wurde ihm erst wieder abgenommen, als er im Ausbildungszentrum — nach seinen Beobachtungen ein US-Stützpunkt — angekommen war. Afghanische sowie US-amerikanische Ausbilder bereiteten ihn auf seinen Einsatz in Afghanistan vor. Er wurde besonders mit der Handhabung von Spezialsprengstoffen vertraut gemacht und über Pakistan in seinen Einsatzort gebracht
- vom Boden der Bundesrepublik aus läuft eine CIA-Nachschub-Pipeline zu den afghanischen Rebellen. Bekanntlich unterstützt der CIA die gegen die Kabuler Regierung kämpfenden islamischen Fundamentalisten mit jährlichen Hunderten Millionen von US-Dollars. Beispielsweise forderte der Rebellenführer Massoud einmal besondere Landminen bei seinen CIA-Freunden an. Die Sendung dieser Minen wurde in der Bundesrepublik zusammengestellt und von einem kleinen US-Flughafen in der Nähe von Stuttgart zu einer geheimen Landepiste im Golfsultanat Oman geflogen. Mit dem Schiff ging es dann weiter nach Pakistan. Das explosive Material wurde als Telefonmaterial für eine religiöse Organisation deklariert.

CIA-Spione in der Bundesrepublik

Der CIA hat in der Bundesrepublik ein dichtes Agenten-Netz gespannt. Logistisches Rückgrat dieses Netzes sind die in der US-Botschaft oder den US-Konsulaten arbeitenden CIA-Agenten. Sie mißbrauchen bei ihrer geheimdienstlichen Tätigkeit dabei den diplomatischen Status der US-Missionen. Hier sind einige Namen der Agenten unter diplomatischer Tarnung aufgeführt:

Früher in der Bundesrepublik und West-Berlin tätige CIA-Agenten:

Albright, Joy
Allner, Frederick A. jr.
Arnst, William F.
Barnes, Edward O.
Bennet, William E.
Blackshear, Thomas Russell
Broutas, Constantine M.
Brown, Charles J.
Casey, Bruke M.
Chipman, Harold E.
DeLong, Sandra J.
Dolge, James J.
Eckstein, William Herbert
Ellam, Katherine T.

Falcon, Jack
Fendig, Philip Franklin
Frank, Warren E.
Graver, William J.
Gyenes, Alfred
Hollis, Allan L.
Howley, James M.
Hulnick, Arthur S.
Jensen, Hans J.
Jenkins, Cynthia A.
Jones, Frank Williams jr.
Karpovich, Serge
Kimball, John W.
Klein, Theodore
Kline, Albert Haines jr.
Lanham, Charles E.
Latta, Merron E.
Leven, Charles H.
Lewis, Whitney N.
Lipscomb, Suzanne
Little, George R.
Long, Richard Maxwell
Luther, Richard M.
Maas, Ernst S.
McCabe, Walter Cassatt
MacDonald, Charles R.
Malzahn, Richard L.
Mapother, John Rubel
Miller, William B.
Mills, Thomas John jr.
Nelson, Glenn Walter
Nibley, Lloyd E.
Oneil, Frances E.
Palevich, John Edward
Player, Adger Emerson
Polgar, Thomas
Pollock, Bernard Charles
Scarlata, Lawrence J. jr.
Schneider, Robert W.
Sherman, Joseph Peter
Silver, Arnold M.
Stolz, Richard F. jr.
Susan, Edward R.
Van der Rhoer, James Philip
Velte, Robert
Vreeland, Frederick Dalziel
Walsh, Michael John
Weisz, George
Ziemer, Suzanne E.

In jüngerer Vergangenheit in der Bundesrepublik und West-Berlin aktive CIA-Agenten und wo sie heute sind:

Brennan, Richard M.
geb. 6.6.47
1982 Kuba — 1978/80 Bundesrepublik Deutschland
Handford, Janet Marie
geb. 20.12.46
1972/74 Rom — 1976/78 US-Konsulat in Leningrad — 1978/79 London — 1980 West-Berlin, US-Konsulat, jetzt Thessaloniki im US-Konsulat
Doughethy, Michael M.
geb. 14.6.49
7.1975 US-Außenminister, dann US-Botschaft in Paris — 7.1976 US-Außenministerium — 6.1980/82 US-Konsulat West-Berlin — derzeit wieder im US-Außenministerium
Furey, Thomas Patrick jr.
geb. 11.6.51
6.1975 US-Außenministerium — 10.75/77 Belice, US-Konsulat — 1977/78 US-Außenministerium — 1979/81 US-Konsulat in West-Berlin — 8.1981 US-Außenministerium — 2.1982 Nepal — derzeit wieder im US-Außenministerium

Green, George B.
geb. 6.3.51
4.1979 US-Außenministerium — 8.1979 Bonn bis 2.1981 — jetzt wieder im US-Außenministerium
Pavitt, James L.
geb. 19.2.46
9.1974 Beginn seiner Arbeit im US-Außenministerium — 3.1976/3.1977 Wien — 1976/10.1979 US-Konsulat in West-Berlin — 4.1980 US-Außenministerium — 7.1983 Luxembourg, wo er noch heute aktiv ist
Skodan, Emil M.
geb. 25.11.1953
3.1977 Bridgetown US-Konsulat — 2.1979 US-Außenministerium — 7.1979/2.1982 US-Konsulat in West-Berlin — 8.1981 US-Außenministerium — gegenwärtig in Wien aktiv
Roht, Robert Hugh
geb. 8.5.27
10.1955 US-Außenministerium, Wien — 7.1959 US-Außenministerium — 6.1967 Prag — 10.1969 US-Außenministerium — 6.1973 Beirut — 2.1976/78 Brüssel — 1978/82 Bonn
Kearns, Keven Lawrence
geb. 5.9.47
6.1977 Beginn der Tätigkeit im Außenministerium — 10.1977/79 US-Konsulat in Frankfurt — 1979 US-Botschaft in Bonn — 1980 Seoul — 6.1983 wieder im US-Außenministerium
Schubert, Conrad Charles
geb. 28.7.27
3.1965 US-Außenministerium, Santiago de Chile — 6.1966/70 Buenos Aires — 10.1970 US-Außenministerium — 1973 US-Konsulat in West-Berlin — 1975/79 US-Außenministerium — 1.1980 Buenos Aires — 1983 West-Berlin, US-Konsulat
Baldwin, James Donald
geb. 27.8.29
8.1965 US-Außenministerium — 7.1966 Belgrad — 7.1968 US-Außenministerium — 9.1969 Athen — 1976/80 Bonn
Wallace, Jewell C.
11.1976 Beginn seiner Arbeit im US-Außenministerium — 1.1979 Bonn — 10.1980 Karachi — 2.1981 US-Außenministerium — 8.1982 Athen — derzeit wieder im US-Außenministerium
Raynor, George H.
geb. 12.4.1937
1977 US-Außenministerium — 6.1978/2.1981 — 8.1981/10.1982 Bern — derzeit wieder im US-Außenministerium
Lamb, Thomas William
geb. 5.5.24
6.1965 US-Außenministerium, Genf — später in der Bundesrepublik
Steen, Charles W.
geb. 5.10.45
1966/70 US-Außenministerium, Wien — 10.1981 West-Berlin - 9.1983 Bonn — derzeit wieder im US-Außenministerium, spricht fließend Deutsch und Tschechisch
Smith, Edward J.
geb. 25.5.38
9.1967 US-Außenministerium — 4.1971 Warschau — 11.1972 US-Außenministerium — 10.1973 Saigon — 4.1974 US-Außenministerium — 3.1977 Warschau — 9.1977 Bangkok — 6.1979 US-Außenministerium — 6.1980 West-Berlin — 2.1981 US-Außenministerium derzeit in Monrovia (Liberia) tätig

Derzeit in der CIA-Station Frankfurt arbeitende Agenten:

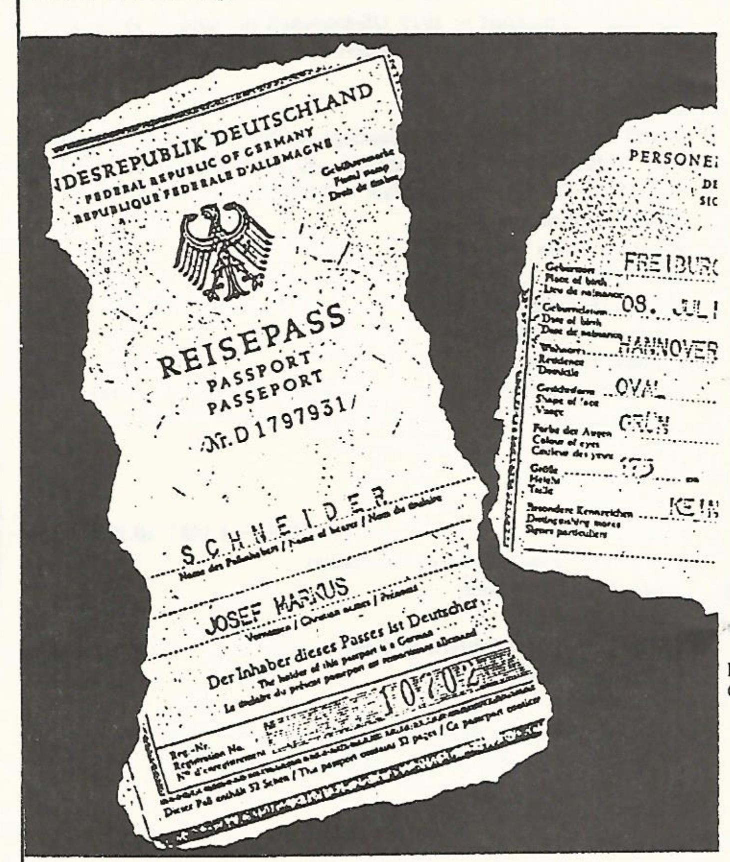
Peterson, Richard
Paterson, Larry
geb. 22.3.42
bereits 1972 in der US-Militärvertretung in West-Berlin tätig
Patrick, Alena
geb. 26.1.43 (in der damaligen CSR, heute CSSR)
Palar, John
geb. 1944
Barron, F.
Stansfield, Allan Keith
geb. 8.1.37 (in Indien)
1980 als Mitarbeiter im US-Konsulat in Frankfurt tätig, Diplomatischer Kurier
Seefeldt, Raymand
geb. 14.1.36
1969/72 Erster Sekretär der US-Botschaft in Polen

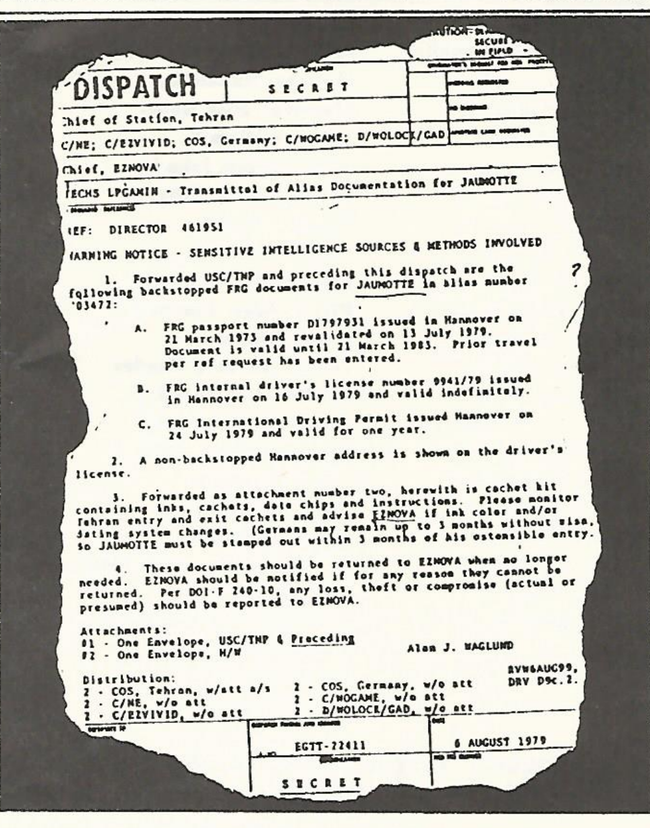
1975 US-Militärvertretung West-Berlin
spricht Russisch und Polnisch
Stelloh, Reynold F. III

Zimmer, Everett Charles
geb. 21.8.44

In der Bundesrepublik tätiger CIA-Agent:

Asmac, Francis Joseph





DISPATCH | SECRET

Chief of Station, Tehran

C/NE; C/EZVIVID; COS, Germany; C/NOGAME; D/WOLOCK/GAD

Chief, EZNOVA

TECHS LPGAMIN - Transmittal of Alias Documentation for JAUMOTTE

REF: DIRECTOR 461951

WARNING NOTICE - SENSITIVE INTELLIGENCE SOURCES & METHODS INVOLVED

1. Forwarded USC/TNP and preceding this dispatch are the following backstopped FRG documents for JAUMOTTE in alias number 03472:

A. FRG passport number D1797931 issued in Hannover on 21 March 1973 and revalidated on 13 July 1979. Document is valid until 21 March 1983. Prior travel per ref request has been entered.

B. FRG internal driver's license number 9941/79 issued in Hannover on 16 July 1979 and valid indefinitely.

C. FRG International Driving Permit issued Hannover on 24 July 1979 and valid for one year.

2. A non-backstopped Hannover address is shown on the driver's license.

3. Forwarded as attachment number two, herewith is cachet kit containing inks, cachets, date chips and instructions. Please monitor Tehran entry and exit cachets and advise EZNOVA if ink color and/or dating system changes. (Germans may remain up to 3 months without visa, so JAUMOTTE must be stamped out within 3 months of his ostensible entry.

4. These documents should be returned to EZNOVA when no longer needed. EZNOVA should be notified if for any reason they cannot be returned. Per DOI-F 240-10, any loss, theft or compromise (actual or presumed) should be reported to EZNOVA.

Attachments:
#1 - One Envelope, USC/TNP & Preceding
#2 - One Envelope, H/W

Alan J. WAGLUND

RVW6AUG99,
DRV D9c.2.

Distribution:
2 - COS, Tehran, w/att a/s
2 - C/NE, w/o att
2 - C/EZVIVID, w/o att
2 - COS, Germany, w/o att
2 - C/NOGAME, w/o att
2 - D/WOLOCK/GAD, w/o att

EGTT-22411

6 AUGUST 1979

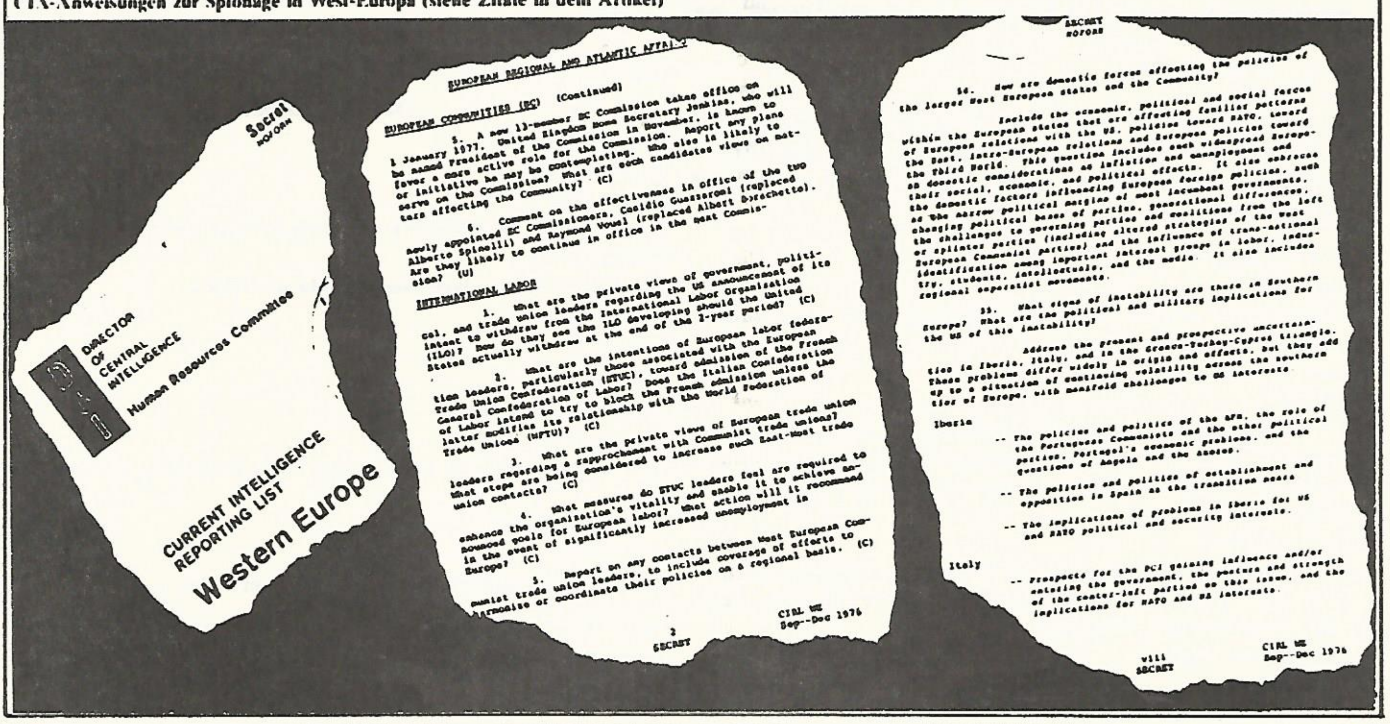
SECRET

Begleitpapier, aus dem hervorgeht, daß die gefälschten Papiere in der CIA-Station Frankfurt hergestellt wurden

Gefälschte bundesrepublikanische Paßdokumente auf den Namen Markus Schneider für den CIA-Agenten O'Keefe



CIA-Anweisungen zur Spionage in West-Europa (siehe Zitate in dem Artikel)



EUROPEAN REGIONAL AND ATLANTIC AFFAIRS

EUROPEAN COMMUNITIES (EC) (Continued)

5. A new 13-member EC Commission takes office on 1 January 1977. United Kingdom Home Secretary Jenkins, who will be named President of the Commission in November, is known to favor a more active role for the Commission. Report any plans or initiative he may be contemplating. Who else is likely to serve on the Commission? What are each candidates views on matters affecting the Community? (C)

6. Comment on the effectiveness in office of the two newly appointed EC Commissioners, Cesidio Guazzaroni (replaced Alberto Spinelli) and Raymond Vouel (replaced Albert Borschette). Are they likely to continue in office in the next Commission? (U)

INTERNATIONAL LABOR

1. What are the private views of government, political, and trade union leaders regarding the US announcement of its intent to withdraw from the International Labor Organization (ILO)? How do they see the ILO developing should the United States actually withdraw at the end of the 2-year period? (C)

2. What are the intentions of European labor federation leaders, particularly those associated with the European Trade Union Confederation (ETUC), toward admission of the French General Confederation of Labor? Does the Italian Confederation of Labor intend to try to block the French admission unless the latter modifies its relationship with the World Federation of Trade Unions (WFTU)? (C)

3. What are the private views of European trade union leaders regarding a rapprochement with Communist trade unions? What steps are being considered to increase such East-West trade union contacts? (C)

4. What measures do ETUC leaders feel are required to enhance the organization's vitality and enable it to achieve announced goals for European labor? What action will it recommend in the event of significantly increased unemployment in Europe? (C)

5. Report on any contacts between West European Communist trade union leaders, to include coverage of efforts to harmonise or coordinate their policies on a regional basis. (C)

2
SECRET

CIRL WE
Sep--Dec 1976

SECRET
NOFORN

54. How are domestic forces affecting the policies of the larger West European states and the Community?

Include the economic, political and social forces within the European states that are affecting familiar patterns of European relations with the US, policies toward NATO, toward the East, intra-European relations and European policies toward the Third World. This question includes such widespread European domestic considerations as inflation and unemployment and their social, economic, and political effects. It also embraces the domestic factors influencing European foreign policies, such as the narrow political margins of most incumbent governments, changing political bases of parties, generational differences, the challenges to governing parties and coalitions from the left or splinter parties (including altered strategies of the West European Communist parties) and the influence of trans-national identification among important interest groups in labor, industry, students, intellectuals, and the media. It also includes regional separatist movements.

55. What signs of instability are there in Southern Europe? What are the political and military implications for the US of this instability?

Address the present and prospective uncertainties in Iberia, Italy, and in the Greece-Turkey-Cyprus triangle. These problems differ widely in origin and effects, but they add up to a situation of continuing volatility across the southern tier of Europe, with manifold challenges to US interests.

Iberia

-- The policies and politics of the AFM, the role of the Portuguese Communists and the other political parties, Portugal's economic problems, and the questions of Angola and the Azores.

-- The policies and politics of establishment and opposition in Spain as the transition nears.

-- The implications of problems in Iberia for US and NATO political and security interests.

Italy

-- Prospects for the PCI gaining influence and/or entering the government, the posture and strength of the center-left parties on this issue, and the implications for NATO and US interests.

viii
SECRET

CIRL WE
Sep--Dec 1976

Das Washingtoner Terrorismus-Zentrum

von Peter Niggl

„Terrorismus" heißt der politische Passepartout der momentanen Washingtoner Administration. Das dies so sein wird, hatte schon der zum ersten Außenminister der Reagan-Regierung avancierte Vier-Sterne-General Alexander Haig nur wenige Tage nach seine Amtseinführung die internationale Öffentlichkeit wissen lassen.

Auf seiner ersten Pressekonferenz am 28. Januar 1981 machte Haig deutlich, daß Reagans „Terrorismus"-Kampagne die „Menschenrechts"-Kampagne der Carter-Regierung ablösen werde. Er merkte an, daß ein Thema, das mit der *„nationalen Sicherheit"* der USA und der Washingtoner Außenpolitik *„in engem Zusammenhang steht — in der Durchführung sowjetischer Aktivitäten und hinsichtlich der Ausbildung, der finanziellen Unterstützung und der Ausrüstung —, der internationale Terrorismus ist. Der internationale Terrorismus wird den Platz der Menschenrechte einnehmen."*[1]. Wenige Tage nach dieser Pressekonferenz erschien ein Interview mit Haig in der US-Zeitschrift „New Republic". Dabei meinte der Ex-NATO-Oberbefehlshaber, der internationale Terrorismus werde *„oberste Priorität in der unmittelbaren Zukunft haben"*[2]. Das Gespräch hatte **Michael Ledeen** geführt, auf den man bei der Spurensuche des Terrorismus noch häufiger stoßen wird.

Haig erklärte damals andererorts, er beabsichtige *„zu der schon bestehenden Abteilung für den Kampf gegen den Terrorismus im Außenministerium ... noch einen Terror-Spezialisten als persönlichen Berater ins Außenministerium zu berufen"*: **Michael Ledeen**, 39, Historiker, Autor und Chefredakteur der politischen Zeitschrift 'The Washington Quarterly', die das konservative *'Center for Strategic and International Studies' (CSIS)* der Washingtoner Georgetown University herausgibt. **Ledeen** hat in den letzten Jahren über den Terrorismus gearbeitet. Er ist ein langjähriger Haig-Freund ... er gehört zu einem Kreis von US-Bürgern, die wie Haig in den von Anschlägen erschütterten 70er Jahren in Europa lebten und ihn in seiner Fixierung auf den Terror bestätigt haben. Neben Ledeen sind das

- **Arnaud de Borchgrave ...**
- **Claire Sterling**, Korrespondentin mehrerer US-Publikationen und Autorin von *'The Terror Network'*. Thema des Sachbuches: *„Wie Moskau den Terrorismus in der Welt fördert."*[3]

Das besagte *Zentrum für Strategische und Internationale Studien (CSIS)* hat inzwischen weiter an Bedeutung und politischem Gewicht gewonnen. *„In dem Ausmaß, in dem der Terrorismus zu Theater oder politischem Drama wird, müssen Anti-Terror-Maßnahmen das gleiche Publikum ansprechen"*[4], heißt es in einer vor kurzem veröffentlichten CSIS-Studie zweideutig.

Seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre ist das CSIS mit Nachdruck im „Terrorismus"-Geschäft.

Die *„Frankfurter Allgemeine Zeitung"* bezeichnet das CSIS als *„eines der Universität von Georgetown verbundenen konservativen, Think Tank'"* und sieht es als *„regierungsnahe"*[5] an.

Die Liste der führenden *CSIS*-Vertreter ersetzt dabei fast schon ein Programm. Da findet man ganz oben Ex-US-Außenminister **Henry Kissinger**, Ex-Präsidentenberater **Zbigniew Brzezinski**, die ehemalige UNO-Botschafterin und prominentes *Opus-Dei*-Mitglied **Jeanne Kirkpatrick**, der frühere CIA-Chef und spätere Pentagon-Chef **James Schlesinger**, den CIA-Vize der Dulles-Ära **Richard Bissell** und den ehemaligen Chef der CIA-Abteilung für Nachrichten und Forschung **Ray Cline** — heute wichtiger Verbindungsmann zur *Antikommunistischen Weltliga* — und den früheren Chef der israelischen Abwehr, **Aharon Yariv**, jetzt Direktor des Zentrums für Strategische Studien in Tel Aviv.

Verbindungen zu Israel

Die Beziehungen des *CSIS* zu entsprechenden Einrichtungen in Israel spiegeln überhaupt die Verbindungen der Achse Washington-Tel Aviv wider. Ende Juli 1979 hatte das Jerusalemer Jonathan-Institut ein Konzil zum Thema *„Internationaler Terrorismus"* einberufen. Allein der Institutsname ist eine Absichtserklärung. Die *„Bildungseinrichtung"* ist nach dem Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad, **Jonathan Netanyahu**, benannt. Netanyahu war 1976 ums Leben gekommen, als er ein Kommandounternehmen Tel Avivs leitete, das unter Mißachtung internationaler Normen ein entführtes Flugzeug auf dem Flughafen von Entebbe in Uganda stürmte. Bei dem Überfall wurden außerdem Personen und Einrichtungen des Flughafens angegriffen. Peter Boenisch, damals Chef der *Bild-Zeitung* kommentierte am folgenden Tag: „Wir können aus den Vorgängen von Entebbe und von den Israelis noch viel lernen."[6]. Jonathans jüngerer Bruder **Benjamin Netanyahu** vertritt heute Tel Aviv bei den Vereinten Nationen in New York.

Die Taten des **Jonathan Netanyahu** wurden dann auch 1979 zum Beginn des Konzils vom ehemaligen Verteidigungsminister Moshe Dayan - dem Führer im Okkupationskrieg von 1967 — besonders herausgestrichen. Auf der illustren Gästeliste des Konzils fand man Namen wie **Henry Kissinger**, der als *senior adviser* — Hauptberater — im *CSIS* eine ganz wesentliche Rolle spielt; den ehemaligen *Newsweek*-Chefkorrespondenten **Arnaud de Borchgrave**, den Begründer und *Direktor des Londoner Instituts für Konfliktforschung*, **Brian Crozier**. Auch der ehemalige CIA-Chef und spätere Vizepräsident **George Bush** hatte sich eingefunden, ebenso **Ray Cline** und der Chefredakteur der vom *CSIS* mitunterhaltenen Zeitschrift *Commentary*, **Norman Podhoretz** — *„geistiger Kopf der Neo-Konservativen in den USA" (Welt am Sonntag)*. **Crozier** faßte unmittelbar nach dem Treffen seine Schlußfolgerungen zusammen. Die von der Sowjetunion unterstützte *„Art des Terrorismus"* sei *„im Grunde weit gefährlicher als der 'reine' Terrorismus von Baader-Meinhof und den Roten Brigaden."*[7] Beide Indochina-Kriege, *„in denen Terrorismus eine Hauptrolle gespielt"* haben, seien durch den Komitern-Agenten Ho Tschi Minh ausgelöst worden. In diesem Stile doziert Crozier weiter: *„Ähnlich, die Aufstände in Angola, Mocambique und Portugiesisch-Güinea begannen mit Terrorismus."*[8] **Crozier** verdeutlicht, daß sein „Terrorismus"-Begriff sich an den Befreiungsbewegungen festmacht; Vademecum Reaganscher „Terrorismus"-Orientierung.

Zu den Teilnehmern des Jerusalemer Konzils zählte auch **Claire Sterling**, die kurze Zeit später in der Ausarbeitung der *„bulgarischen Spur"* beim Attentat auf Papst Paul II. ihren großen — wenngleich glücklosen — Auftritt hatte. In ihrem Buch *„Wer schoß auf den Papst?"* zitiert sie den Attentäter Mehmet Ali Agca, dessen Terrorismus sei *„nicht rot oder schwarz, er ist rot und schwarz."*[9] Hinter dieser einfachen Gleichung verbirgt sich das ganze Konzept der „Terrorismus"-Strategie, das von sozialen Ursachen und politischen Bedingungen ablenken soll.

Das *CSIS* streckt zwar seine „Terrorismus"-Fühler in alle Gegenden des Globus, doch kann man davon ausgehen, daß Europa und vor allem der Mittelmeerraum den Schwerpunkt der strategischen Überlegungen bildet.

Bereits 1976 hatte das *CSIS*, drei Monate vor den italienischen Wahlen, eine Konferenz über die Gefahren eines Wahlsieges durch die *Kommunistische Partei Italiens (PCI)* abgehalten.

Der Schriftsteller Werner Raith schreibt in seinem Buch *In höherem Auftrag* über den Mord an Aldo Moro über dieses Treffen: „*Im April 1976, kurz vor den gefürchteten Wahlen, versammelte sich in Washington gar die Creme der ‚Italien-Freude', angeführt vom texanischen Öl-Magnaten und ehemaligen Nixon-Finanzminister Connoly und der ehemaligen Rom-Botschafterin* **Claire Booth Luce**, *beide entschiedene Antikommunisten, zu einem Kongreß ‚The Political Stability of Italy', veranstaltet vom ‚Center of Strategic and International Studies' der Georgetown University in Washington, D.C. Unter den Teilnehmern übrigens als einziger Italiener* **Roberto Memmo**, *dies-und jenseits des Ozeans besonders durch seine engen Bindungen an Mafiosi und andere kriminelle Vereinigungen sowie durch Beziehungen zu Spitzeln, aber auch zu Spitzenpolitikern vor allem der Republikanischen Partei bekannt. Überdies gehörte er der Loge ‚Propaganda 2' an, jener Geheimorganisation, um die sich in Italien die Freunde der Antikommunisten besonders zu scharen pflegten.*"[10] Der bereits erwähnte **Michael Ledeen**, Büro-Chef **Kissingers** im *CSIS*, war Ende der 70er Jahre auf Italien angesetzt. Als der Chef der italienischen Christdemokraten Aldo Moro 1978 entführt wurde und sich Verdachtsmomente eröffneten, die USA könnten hierbei ihre Finger im Spiel haben, beteuerte Ledeen Washingtons Unschuld in der Zeitschrift *Panorama* auf seine Weise: „*Vor allem ist Italien von heute nicht das Chile Allende. Hier gibt es kein sozialistisches Regime, das man destabilisieren könnte ...*"[11] **Ledeen** entwickelte in Italien, bevor er 1980 zur persona non grata und ausgewiesen wurde, eine schicksalhafte Verbindung zu **Francesco Pazienza**.

Pazienza, Agent des italienischen Geheimdienstes und Mitglied der *Loge P-2*, half — wie die US-Zeitschrift *The Nation* später schrieb — die *Billygate affaire* in die Welt zu setzen[12]. **Ledeen** hatte am 1. November 1980 — weniger als eine Woche vor den US-Präsidentenwahlen — zusammen mit **Arnaud de Borchgrave** einen Artikel in der Zeitschrift *The New Republic* veröffentlicht. Unter der Überschrift „*Die fortgesetzten arabischen Nächte des Präsidentenbruder — Gaddafi, Arafat und Billy Carter*" wurden schwere Geschütze gegen den zur Wiederwahl angetretenen Präsidenten Jimmy Carter aufgefahren. Mit **de Borchgrave** — der heute Chefredakteur des *Moon-Sekten*-Blattes *The Washington Times* ist — schrieb Ledeen: „*Wenn sich Billy Carter in Libyen der Gastfreundschaft von Muammar Gaddafi, dem führenden Finanzier des internationalen Terrorismus erfreute, traf er auch zwei von dessen Praktikern: Yasser Arafat, Kopf der Palästinensischen Befreiungsorganisation und George Habasch, Führer der extremistischsten Palästinensergruppe, der Volksbefreiungsfront von Palästina.*"[13] Dann wurde Billy Carter der Geschäftemacherei mit Libyen — somit natürlich mit dem „Terrorismus" — bezichtigt. Dem **Ledeen/de Borchgrave**-Artikel wurde ein entscheidender Einfluß auf den Wahlerfolg Reagans nachgesagt. Das „*Libyen-Syndrom*" stand somit bereits Pate an der Wiege der derzeitigen Washingtoner Administration.

Als wenige Wochen nach dem Amtsantritt Reagans am 13. Mai 1981 der türkische Neofaschist und *Graue Wolf* Mehmet Ali Agca auf dem Petersplatz in Rom auf das Oberhaupt der katholischen Kirche schoß, bekamen die „Terrorismus"-Experten Konjunktur. Schon im April 1979 hatte **Ledeen** die Wahl Wojtylas zum Papst in einem Artikel für *Commentary* als einen „*spektakulären Streich*" bezeichnet, denn dieser Mann „*symbolisiert den Triumph des Katholizismus über den Kommunismus in Polen*". Sollte das was kommen könne, schon a priori den kommunistischen Regierungen und Parteien angelastet werden? Zum Jahresende 1982 hatte man die Fährte gefunden. Der *Spiegel* schrieb damals: „*Henry Kissinger, Außenminister und Sicherheitsberater unter Nixon, und Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater unter Carter, spekulierten zum Jahreswechsel in getrennten Interviews über die selbe brisante Frage: ob hinter dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. vor knapp zwei Jahren der bulgarische Geheimdienst und, als Auftraggeber der damalige Chef des sowjetischen Geheimdienstes KGB und jetzige Kreml-Boß Jurij Andropow gesteckt habe.*"[14] Hier hatte sich also das *CSIS* unüberhörbar zu Wort gemeldet. Die Zeitschrift *The Nation* sprach in diesem Zusammenhang von den „*Grauen Wölfen von Georgetown*"[15]. Das Blatt verwies darauf, daß Ledeen unter dem *Code Z-3* im italienischen Geheimdienst *SISMI* geführt worden wäre und meint, die „*US-Funktionäre der Konspiration sind eine festverknüpfte Gruppe:* **Sterling, Henze, Ledeen, de Borchgrave, Kalb.**"[16] **Paul B. Henze**, Ex-CIA-Resident in Ankara und jetzt Fachberater der *Rand*-Corporation, konnte im Herbst 1983 in der *CSIS*-Schrift *The Washington Quarterly* seine Thesen einer bulgarisch-sowjetischen Verstrickung im Papst-Attentat ausbreiten.

Zu Beginn der zweiten Legislaturperiode Reagans gewann die „Terrorismus"-Kampagne an Schärfe. „*Das Problem des staatlich geförderten Terrorismus wird neben den Auseinandersetzungen um eine Rüstungskontrolle das beherrschende internationale Problem für den Rest dieses Jahrhunderts sein. Dieser Meinung ist eine Gruppe von 18 Experten und Analytikern unter Leitung des ehemaligen Sicherheitsberaters Präsident Carters,* **Zbigniew Brzezinski**, *und es ehemaligen CIA-Direktors* **Richard Helms**"[17] hieß es in einer Meldung im Februar 1985. Die Gruppe habe, so wurde gemeldet, das Papstattentat zum Anlaß genommen, „*die internationalen Zusammenhänge des Terrorismus zu untersuchen.*"[18] Der Chef selbst hatte am 6. April 1984 vor dem *Zentrum für Strategische und Internationale Studien* die Richtung gewiesen. Reagan meinte, in den „*70er Jahren nahm die sowjetische Unterstützung für den Terrorismus, Aufruhr und Aggression zu, verbunden mit einer empfindlichen Schwächung der US-Macht ...*"[19] Dann nannte er die Felder in denen dies geschehen sei, Kampuchea, Afghanistan, Äthiopien, Mittelamerika und einigen anderen Gebieten. Dann verdeutlichte Reagan, daß die USA andere Regierungen für ihren Karren einspannen wollen: „*Es ist auch offensichtlich, wir allein können nicht im Kampf stehende Regierungen schützen oder den Terrorismus kontrollieren.*"[20]

Kurze Zeit nach dieser Reagan-Rede präzisierte der jetzige US-Außenminister George Shultz in einer Adresse an die zweite Konferenz des *Jonathan*-Institutes über „*Internationalen Terrorismus*" am 24. Juni 1984 die Washingtoner Positionen. „*Terroristische Angriffe*" würden „*unterstützt durch das was Gaddafi ‚die heilige Allianz' von Libyen, Syrien und Iran nannte*"[21]

Der Angriff gegen Libyen wurde dabei immer mehr in den Mittelpunkt gerückt. CSIS-Berater Ledeen schrieb im August 1985: „*Gaddafi in Libyen schläft unruhig, weil die eigenen Leute ihn weghaben wollen, nicht weil wir etwas getan hätten. Und das internationale Terrornetz hat noch keinen Schlag von den Vereinigten Staaten erhalten*"[22]

Während der jüngsten Anschläge, die Washington nicht unwesentlich zur Rechtfertigung seiner Politik dienten, haben sich vor allem **Edward Nicolae Luttwark** und **Robert Harris Kupperman** vom *CSIS* hervorgetan. Der am 12. Mai 1935 in New York geborene Kupperman ist nach Ansicht des *Spiegel* „*derzeit wohl der angesehenste' Terrorismus-Experte der USA*"[23] Daß er seit 1979 im *CSIS* an leitender Stelle tätig ist, mag auch den Zeitraum charakterisieren, in dem die „Terrorismus"-Kampagne sich entwickelt hat. **Kupperman** glaubt, so schrieb *Newsweek*, „*daß das Eindringen in verschiedene terroristische Organisationen eine der obersten Prioritäten für westliche Geheimdienste ist.*"[24]

Nach dem US-Angriff auf Libyen meldete sich gleich der ganze *CSIS*-Chor zu Wort. „*Die Europäer haben nicht den politischen Willen oder das Rückgrat zu tun, was getan werden muß, um mit dem Terrorismus fertig zu werden*"[25], ärgerte sich *CSIS*-Mitarbeiter **Yonah Alexander** über die westeuropäische Zurückhaltung und er setzte darauf: „*Der kurzfristige Nutzen ist ihnen wichtiger als ihre langfristigen Interessen.*"[26] Um die langfristigen Interessen ist man am *CSIS* besorgt, deshalb sind auch Politiker wie CSU-Chef **Franz Josef Strauß** dort begehrte Gastredner. Zu der Frage der Sicherung des Einflusses der westlichen Staaten auf das Apartheidregime in Südafrika sagte Strauß am 27. Juni 1985 vor dem CSIS: „*Selbst wenn Moskau keine militärischen Mittel benutzt, so führt es einen ungebremsten Feldzug gegen die Freiheit in Westeuropa. Dieser unerklärte Krieg ist ein Feldzug mit den Mitteln der Infiltration und Desinformation. Subversion und Spionage. Es ist ein Krieg der Stellvertreter und Terroristen.*"[27] Da diese Position von **Strauß** selbst im bürgerlichen Lager nicht auf ungeteilte Zustimmung stößt, war auch die US-Aggression gegen Libyen von differenzierten Tönen — nur in seltenen Fällen von Beifall — begleitet. In Washington sieht man das. So meinte **Walter Laqueur**, Mitherausgeber der *CSIS*-Vierteljahresschrift *The Washington Quarterly, in einem Welt*-Interview, er glaube, „*daß es auch*

in Europa eine Grenze der Geduld gibt... Wenn... eine systematische größere Kampagne kommt, dann wird zweifellos das Bündnis wieder gestärkt werden."[28] Fast zum gleichen Zeitpunkt wie dieses Interview erschien, ließ Reagan durch seine mit dem „Terrorismus"-Vorwurf begründete Drohung gegen Syrien und Iran die Welt erneut erschaudern.

---

(1) zit. nach „Blätter für deutsche und internationale Politik" 3/81, S. 370
(2) „The National Republic", February 7, 1981, pag. 19
(3) „Der Spiegel", Nr. 22/1981, S. 125
(4) zit. nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9. Mai 1986
(5) ebd.
(6) „Bild-Zeitung", 5. Juli 1976
(7) „National Review", August 3, 1979, pag. 961
(8) ebd.
(9) Claire Sterling, „Wer schoß auf den Papst", München 1985, S. 22
(10) Werner Raith, „In höherem Auftrag", Frankfurt a.M./Olten/Wien 1986, S. 69
(11) ebd. S. 79
(12) „The nation", July 6/13, 1985
(13) „The New Republic", November 1, 1980, pag. 19
(14) „Der Spiegel", Nr. 2/1983, S. 90f
(15) „The Nation", a.a.O.
(16) ebd.
(17) „Die Welt", 18. Februar 1985
(18) ebd.
(19) „Official Text", United States Information Service, US Mission, Berlin (West), April 6, 1984
(20) ebd.
(21) „The Secretary", Washington, August 1984, pag. 31
(22) „Commentary", August 1985, pag. 29
(23) „Der Spiegel", Nr. 32/1985, S. 107
(24) „Newsweek", February 11, 1985, pag. 11
(25) „Newsweek", January 20, 1986, pag. 11
(26) ebd.
(27) zit. nach Manuskript (hektographiert)
(28) „Die Welt", 22. April 1986

Naming Names

von Michael Opperskalski

Geheime CIA-Operationen finden nicht im luftleeren Raum statt. Sie benötigen ein dicht gewobenes organisatorisches Netz, das das jeweilige Zielgebiet bis in alle Bereiche bedeckt. Wie die schwarze Spinne sitzt in diesem Netz die jeweilige CIA-Station, die in der entsprechenden US-Botschaft untergebracht ist. Unter der Tarnung und der diplomatischen Immunität einer Botschaft oder eines Konsulates lassen sich für den CIA am sichersten und günstigsten jene organisatorischen, technischen und personellen Voraussetzungen schaffen, ohne die CIA-Aktivitäten in dem betroffenen Land unmöglich sind.

An diesen CIA-Diplomaten hängen ungezählte Spitzel, Spione, Agenten, Ausbilder und Spezialisten. Diese arbeiten, eingeschleust oder angeworben, in Parteien, Verbänden, Studentenorganisationen, Gewerkschaften, in den Medien, in militärischen und Regierungsstellen und im wirtschaftlichen Bereich des jeweiligen Landes. Sie können jedoch auch in US-amerikanischen Firmen, Institutionen und Organisationen — staatlichen wie nichtstaatlichen - untergebracht sein. Zudem benutzt der CIA US-Touristen, Austauschstudenten und -schüler, ja sogar Priester und Wissenschaftler, um an benötigte Informationen zu gelangen oder Geheimaktionen vorzubereiten.

Barbara Jean Acosta
1984 Mexiko

Donald L. Benfield
1977 Liberia
1982 Kolumbien
1984 Ecuador

Richard M. Brennan
1973 Rumänien
1974 BRD
1982 Kuba
1984 Uruguay

Judith M. Cline
1978 Mexiko
1984 Brasilien

Thomas P. Delaney
1982 Honduras
1984 Costa Rica

Richard A. Dibble
1981 Indien
1984 Chile

John T. Enkoji
1969 Guyana
1972 Venezuela
1978 Mexiko
1984 Panama

Jenaro A. Garcia
1980 Spanien
1984 Argentinien

Robert Immerman
1962 Japan
1963 Guatemala
1978 Japan

William F. Rooney
1970 El Salvador
1971 Panama
176 Bolivien
1978 Ecuador
1980 Nicaragua
1984 Peru